

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisklasse für 1898 unter Nr. 7576.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnet-
 ten oder deren Raum 40 Pfg., für
 Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
 nachmittags geöffnet.
 Anzeigensprecher: Amt 1, Nr. 1506.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonntag, den 27. Februar 1898.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Parteigenossen! Parteigenossinnen!

Am 1. März 1898 eröffnen wir ein neues Abonnement auf den **Vorwärts**

Mit der illustrierten Sonntags-Beilage **Die Neue Welt.**

Im Unterhaltungs-Blatt

beginnen wir am 1. März mit dem Abdruck eines Sittenromans von Iwan Franko:

„Am häuslichen Herd“.

Iwan Franko, der Lobfeind der polnischen Adelswirtschaft in Galizien, ist unseren Lesern nicht unbekannt. Wir glauben, daß ihnen der Schriftsteller bald so sympathisch sein wird, wie der Politiker.

Der „Vorwärts“ wird weiter bemüht sein, seiner Doppelaufgabe als Zeitung der Berliner Arbeiterschaft und als Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands gerecht zu werden.

Wir stehen in politischen Entwicklungen bedeutsamer Art. Die nächste Zeit wird in der inneren wie in der äußeren Politik hochwichtige Ereignisse zeitigen.

Das deutsche Volk tritt nun auch ernstlich in das Zeichen der Reichstagswahl. Alle Parteien betreiben lebhaft ihre Vorbereitungen. Für die deutsche Arbeiterklasse wird diese Wahl von einer ungeheuren Tragweite sein.

Der „Vorwärts“ legt besonders Gewicht auch auf eine vollständige Orientierung der Leser über die Vorgänge in Wissenschaft und Kunst, auf welchen Gebieten die Unterhaltungs-Beilage während ihres mehr als einjährigen Bestehens sich selbständige Anerkennung erworben hat.

An unsere Leser und Leserinnen, an unsere Parteigenossen und Parteigenossinnen wenden wir uns deshalb beim Wechsel des Jahres, den „Vorwärts“ eifrig in der Durchführung seiner Aufgaben zu unterstützen und neue Abonnenten für ihn zu gewinnen.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Redaktionen sowie unsere Expedition, Benthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennigen frei ins Haus.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

1,10 M. für den Monat März

entgegen. (Eingetragen ist der „Vorwärts“ in der Post-Zeitungsliste für 1898 unter Nummer 7576.)

Die Redaktion des „Vorwärts“.

Cirpik, Lieber u. Komp.

Es verlautete dieser Tage, der Abg. von Hertling, Mitglied der Zentrumspartei, habe eine Audienz beim Kaiser gehabt, und es habe sich dabei um eine Beeinflussung jener Partei zu Gunsten des Flottengesetzes gehandelt. In entsetzter Weise weist heute die „Germania“ eine solche Verdächtigung zurück und Herr v. Hertling selbst stimmt in der heutigen Verhandlung der Budgetkommission in diese Enttarnung mit ein.

Warum enttarnet man sich im Zentrum? Ist es etwa gar so Schlimmes, was man seinen Parteiführern zutraut? Oder sollte nur bekundet werden, daß es gar keiner besonderen kaiserlichen Audienz bedürfe, um den endgiltigen Umfall der Zentrumsmänner herbeizuführen?

Der Umfall des Zentrums ist da. Es ist gekommen, wie man vorausah. Herr Dr. Lieber, der schon bei der ersten Lesung im Plenum des Reichstages dem Herrn Kontre-Admiral Tirpich eine ganze Hand freundschaftlich entgegenstreckte und mit der anderen sich noch ein wenig zierte und zurückhielt, Herr Dr. Lieber hat nun seine beiden frommen Zentrumshände dem Militarismus, dem Marinismus gereicht.

Wir geben im folgenden den Bericht über die heutige Sitzung der Budgetkommission, der sich im ersten Theile mit der Bindung des Etatsrechts, im zweiten mit der Kostendeckungsfrage befaßt.

Abg. Lieber: Die vorgestrige Erörterung habe das Resultat gehabt, daß die geplante heimische Schlachtschiff-Flotte sich als ein Organismus darstelle, der ein Ganzes bilde. Der Plan sei ein seit Jahren feststehender, nach allen Richtungen durchgearbeiteter und von diesem Gesichtspunkte stelle sich die verlangte gesetzliche Festlegung des Planes in einem anderen Lichte dar, wie bisher angenommen. Jetzt begreife man auch, warum auf einmal in dem sog. Hollmann'schen Plan statt 14 Panzer 16 gefordert wurden. Vorher, wo noch alles unsicher und unklar gewesen sei, konnte man mit einem Marine-Gesetz nicht an den Reichstag herantreten, das sei jetzt, wo alles klar und fertig vorliege, anders.

Die Frage entstehe, ob das gestellte Verlangen einen Eingriff in das verfassungsmäßige Bewilligungsrecht des Reichstages darstelle. Weder geht auf die Geschichte der Entstehung des jetzigen Artikels 71 der Verfassung ein. Unter anderem bezieht er sich auf den damaligen Abg. Friedenthal, der ausgesprochen habe, daß dem von ihm gestellten Amendement zu dem damaligen Artikel 65 die Absicht zu Grunde liege, für Gründung einer Marine eventuell Bewilligungen auf eine längere Reihe von Jahren zu machen. Weiter bezieht er sich auf einen damaligen Antrag Windthorst's, der ebenfalls dafür spreche, daß er mit seinen Mitantagsstellern auf längere Jahre Bewilligungen für die Marine für wünschbar erachtete. Anfangs seien alle Anträge dieser Art abgelehnt worden, aber in der Schlussberatung sei auf Antrag des Grafen Eberh. v. Stolberg der Artikel 71, so wie er vorliege, beschlossen worden. Eine Ausführung Lasker's aus jener Zeit spreche ebenfalls für die Wichtigkeit der Auffassung, auf Jahre Bewilligungen festzulegen. Seiner, des Redners,

Meinung nach müßten heute die Regierungen nicht einmal ganz die Macht ausüben, die sie auf Grund von Artikel 71 in Anspruch nehmen können.

Es sei ferner die Frage, ob jetzt der Augenblick gekommen sei, eine Festlegung von Bewilligungen auf eine Reihe von Jahren für die Marine vorzunehmen. Es fehle ihm der Einblick in die technischen Marineverhältnisse, um die Forderungen bekämpfen zu können.

Zu bemängeln habe er in dem Entwurf, daß die Bindung der Regierungen nicht klar genug sei und daß das Bewilligungsrecht des Reichstages verschiedenes bemessen sei, er werde dementsprechend für die zweite Lesung Abänderungsanträge einbringen. Er halte für notwendig, die Organisationen für die verschiedenen Geschwader im Gesetz festzulegen, um später Ueberschreitungen nach der einen oder anderen Seite zu verhindern. Im Artikel 2 will er ausgesprochen haben, daß die Lebensdauer der Schiffe „in der Regel“ in den im Gesetz vorgesehenen Fristen zu bemessen sei. Er wendet sich alsdann zu der geforderten jährlichen Bewilligungsfrist; sollte der Reichstag darauf gebunden werden, dann müßten auch die Regierungen auf die heute geforderten Summen gebunden werden, wobei es vielleicht besser sei, die Gesamtsumme festzulegen, um eine gewisse Freiheit in den jährlichen Bewilligungen zu haben. Er beschwor eine dementsprechende Fassung für einen neuen § 7, in dem zugleich ausgesprochen werden soll, daß, soweit die festgesetzten Summen für die Durchführung des Planes schließlich nicht reichten — infolge sonstiger Veränderungen zc. — der Mehrbetrag erst nach 1904 gefordert werde.

Staatssekretär Tirpich gab darauf folgende Erklärung ab: „Mit Ermächtigung des Herrn Reichskanzlers gebe ich die Erklärung ab, daß nach meiner Ansicht das Flottengesetz für die verbündeten Regierungen unannehmbar wird, wenn dasselbe nicht die geforderte Sicherheit bietet.“

1. daß die Flotte in dem Umfange, wie sie vom Bundesrath und Reichstag als notwendig anerkannt wird, auch innerhalb der von den verbündeten Regierungen für möglich erachteten Zeit fertiggestellt wird,
2. daß die für notwendig erkannte Flotte auch in kriegsbrauchbarer Beschaffenheit erhalten bleibt.

Ich bin aber gern bereit, meine Herren, nach besten Kräften mitzuwirken, noch einer Fassung der fraglichen Bestimmungen zu suchen, die Ihren Wünschen besser entspricht. Ich bin auch gern bereit, eine andere Fassung, falls sie nur den zuerst angeführten Zweck des Gesetzes nicht in Frage stellt, dem hohen Bundesrath gegenüber zu beschwören.“

Abg. v. Bennigsen: Es sei dankbar anzuerkennen, daß Lieber auf die Verhandlungen des Jahres 1897 zurückgegriffen und sie klar gestellt habe. Der Zeitpunkt sei gekommen, wo man zur Durchführung eines großen Gründungsplanes vorschreiten könne. In England sei man 1880 ähnlich vorgegangen wie jetzt bei uns, er und seine Freunde seien geneigt, auf die Lieber'schen Gedanken, wie sie in einem neuen § 7 ausgedrückt werden sollten, einzugehen.

Abg. Richter: Es habe keinen Zweck, hier die erste Berathung im Plenum zu wiederholen. Ueberrascht habe ihn nur die Seriosität der Zentrumsforderungen. Die Tragweite der vorgeschlagenen Änderungen könne er noch nicht voll übersehen, aber erheblich seien sie nicht. Darüber kann kein Zweifel sein, daß die Vorlage eine Aenderung des Etatsrechts enthalte.

Abg. Massow (L.) ist mit dem Abg. Lieber einverstanden.

Abg. Webel: Er wolle erklären, daß, was er gehört, ihn von seinem Standpunkt nicht abzubringen vermocht habe, insbesondere von dem Gesichtspunkte aus, daß die geordnete Schlachtschiff-Flotte nur in einem Kriege zwischen Rußland und Frankreich gegen Deutschland einen Sinn habe, wobei sie aber ihren Zweck, den Schutz des Handels, nicht erfüllen könne. Die deutschen Küsten seien gefährdet, diese seien, darüber werde er sich im Plenum weiter anlassen, so gefährdet, daß dafür noch besondere Anwendungen nicht notwendig seien. Er habe nie bezweifelt, daß verfassungsmäßig Gesetze wie das vorliegende zulässig seien, er will aber Lieber daran erinnern, daß, obgleich Windthorst im Jahre 1867 sich für langjährige Etatsfestlegungen ausgesprochen, er später als Abgeordneter niemals davon Gebrauch gemacht, vielmehr solche Forderungen (Septennat, u. s. w.) stets bekämpft habe. Das Zentrum nehme also hierin eine neue Stellung ein. Die Sozialdemokratie werde in ihrer alten Stellung verbleiben, ihre Vertreter in der Kommission würden nicht in die Spezialdebatten eingreifen, sie seien am besten, um sich zu informieren und würden Anträge, die etwa eine Verbesserung der Vorlage im Sinne der Partei bedeuten, unterstützen.

Die Abgg. Graf Arnim und Dr. Hammacher sprechen sich im Sinne der Referenten und für die Vorlage aus. Graf Arnim findet die Ausführungszeit zu lang bemessen, man hätte rascher arbeiten sollen. Abg. v. Jazdzewski (Polen) erklärt, daß er und seine Freunde sich gegen die Vorlage erklären würden.

Abg. Frese (Fr. Bg.) erklärt für seine Freunde, dem Gesetz zustimmen zu wollen.

Abg. Müller-Gulda (Z.) bedauert, daß die Polen kurzer Hand ablehnten, statt sich durch die Kommission erst bestimmen zu lassen. Aus den weiteren Ausführungen des Redners geht hervor, daß er ganz auf dem Standpunkte Lieber's steht und zum Theil in Widerspruch mit seiner kürzlich veröffentlichten Flottenbrochure.

Abg. Jazdzewski erklärt gegenüber dem Abg. Müller-Gulda, die Fraktion, der eine prinzipielle Opposition sehr unangenehm sei, könne nicht anders handeln; sie werde von der Bevölkerung dazu gedrängt, die erbittert sei über die Politik, welche die preussische Regierung den Polen gegenüber einnehme. Dem gegenüber könne die Fraktion zu ihrem Bedauern nicht anders handeln.

Abg. Lieber wünscht Auskunft, ob es möglich sei, die Mehrausgaben für das Marinegesetz durch die jetzigen Reichseinkommensquellen zu decken, andernfalls würde er sich einen Vorschlag erlauben, der dahin gehe, eventuell von Einkommen von 10.000 Mark auf eine besondere direkte Steuer, sei es von Reich wegen, oder auf dem Wege der Gesetzgebung der Einzelstaaten aufzubringen.

Staatssekretär v. Thielmann: Die Frage sei, ob das deutsche Volk reich genug sei, sich eine Mehrausgabe zu gestatten, und ob die jetzigen Einnahmen des Reichs dazu reichten, die Aus-

gaben zu decken. Das Deutsche Reich bringe weniger für Heer und Marine auf als einige andere Länder. Jetzt sei die Finanzlage günstig, es sei ein erheblicher Ueberschuß vorhanden und es sei anzunehmen, daß die jetzige Finanzlage sich nicht verschlechtere. Auch sei immerhin anzunehmen, daß die Finanzlage sich noch bessere, wie das sich in allen industriellen Ländern zeige, wenn auch die Steigerung der Einnahmen wahrscheinlich zeitweilig keine Rückschläge zu erwarten habe. Die Mehrausgaben für die Marine würden einschließlich der Mehrausgaben für die Artillerie für die nächsten drei Jahre durch die vorhandenen Einnahmen gedeckt. Für später stelle sich die Vorausberechnung etwas schwieriger. Immerhin müsse festgehalten werden, daß einerseits manche Ausgaben, die jetzt gemacht werden, künftig wegfiele; andererseits sich die Bevölkerung vermehre und der Wohlstand der Bevölkerung steigere und dadurch die Mehrausgaben gedeckt würden. Ein Endurtheil könne aber erst abgegeben werden, wenn die neue Formulierung der Vorlage vorliege.

Abg. Müller-Gulda theilt die optimistischen Auffassungen des Staatssekretärs nicht in bezug auf die Dauer der günstigen Finanzlage. Deckung finde man, wenn es gelänge, die Zuckerprämien zu beseitigen. Den Mehrausgaben ständen auch Mehrausgaben gegenüber, z. B. für die Invalidität- und Altersversicherung, die Verneuerung der Artillerie, die Beschaffung neuer großer Übungsplätze für die Armee. Er frage an, welche Steuerprojekte etwa in Frage kämen, falls dennoch neue Steuern nöthig sein sollten.

Staatssekretär v. Thielmann: Daran könne er keine Auskunft geben, er glaube, daß die jetzigen Einnahmen reichten.

Abg. Richter: Der Staatssekretär habe recht mit seiner Antwort; er könne keine Auskunft geben. Wer, wie der Abg. Müller-Gulda Bedenken über die Mittel habe, müsse die Vorlage ablehnen.

Abg. Paasche (nall.) polemisiert gegen den Abg. Müller-Gulda, der die Dinge zu schwarz male.

Unterstaatssekretär Ksch en b o r n : Zu pessimismus neige kein Grund vor, die Zolleinnahmen im Januar seien schon wieder um 8 Millionen höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Er glaube, daß bis zum Jahre 1904 die Bevölkerung allein infolge ihrer Vermehrung 8 Millionen Mark pro Jahr mehr aufbringe.

Abg. Müller-Gulda: Man habe bei früheren Gelegenheiten auch die Dinge schöner dargestellt, als sie nachher sich herausgestellt.

Abg. Webel bringt im Namen seiner Freunde Meißner und Singer folgenden Antrag ein:

Die Kommission wolle beschließen, dem Gesetzentwurf für den Fall der Annahme folgenden Paragraphen hinzuzufügen:

§ 8. Soweit durch dieses Gesetz die Ausgaben des Marine-Etats über die Ausgaben desselben Etats für das Etatsjahr 1897/98 sich erhöhen, ist das Mehr dieser Ausgaben vom Etatsjahr 1899 ab auf dem Wege einer progressiven Reichs-Einkommensteuer aufzubringen, der diejenigen unterworfen sind, die ein jährliches Einkommen von über 6000 Mark beziehen.

Die Normierung der Steuerhöhe und die Bestimmungen über die Erhebung der Steuer erfolgen durch ein besonderes Gesetz.“

Abg. Webel begründet diesen Antrag: Er wolle keine Zukunftsmusik treiben. Es sei schwer, wenn nicht unmöglich, zu sagen, was in den nächsten 7 Jahren alles gefordert werden wird. Anzunehmen sei, daß die Mehrausgaben, wie es bisher seit Gründung des Reiches geschehen, auch weiter steigen würden, ob mehr oder weniger, könne man nicht voraussagen. Fest stehe aber, daß die Flottenvorlage, wenn sie Annahme finde, bestimmte Mehrausgaben bringe; seine Freunde und er verlangten, daß diese Mehrausgaben durch jene getragen würden, die vorzugsweise die Flotte verlangten. Gälten diese die Begeisterung für die Flotte, wie behauptet werde, so sei auch gerechtfertigt, daß sie ein Opfer für ihre Begeisterung brächten. Außerdem solle derjenige, der am Leistungsfähigsten sei, auch zum Opfer für den Staat bzw. das Reich bringen. Das werde doch auch niemand bestreiten, doch Heer und Marine hauptsächlich den Weiz und das Vermögen der besitzenden Klasse zu schätzen hätten, denn die anderen besäßen wenig oder nichts, also müsse man auch auf jener Seite zu Opfern bereit sein. Eine Reichs-Einkommensteuer sei nöthig, weil die Einzelstaaten verschiedene Steuererträge hätten und eine Erhebung der Flottenkosten auf dem Wege der Zuschläge in den Einzelstaaten zu großen Ungerechtigkeiten führe. 6000 M. Einkommen habe man statt eines höheren Satzes genommen, um die Steuern der Flottenvorlage einem möglichst großen Kreise zuzuwenden.

Die Abgg. v. Kardorff und Paasche wandten sich lebhaft gegen den sozialdemokratischen Antrag. Der Antrag gehe wider den föderativen Charakter des Reichs, er werde vom Bundesrath nicht angenommen und seine Annahme bringe die Vorlage zu Falle.

Abg. Müller-Gulda (Z.) antwortet gegen Webel: Er habe sich nicht für die Anträge Lieber erklärt.

Abg. Lieber: Er sei nicht der Ansicht, daß eine Einkommensteuer sich mit dem föderativen Charakter des Reichs nicht vertrage. Nach seinen Berechnungen, die mit 10.500 M. Einkommen und 1/2 pCt. Steuer begännen und mit 10 Millionen Einkommen und 3 pCt. Steuer schloßen, hätte er eine Einnahmehöhe von 46 Millionen Mark allein für Preußen gefunden.

Im Laufe der Debatte erklärt der Abg. Hammacher (nall.) sich mit dem Gedanken der Reichs-Einkommensteuer einverstanden, aber er sei nicht ausführbar, er erfordere einen starken Eingriff des Reichs in die Steuerverwaltung der Einzelstaaten. Darauf gehe keine Regierung ein.

Abg. v. Massow (L.) ist durch die Erklärungen des Staatssekretärs bezüglich der dauernd guten Reichseinnahmen bestärkt, er werde auch vor Anleihen nicht zurückweichen. Im Prinzip habe er gegen eine Einkommensteuer nichts.

Abg. Werner (Reform-P.): Man habe so viel platonische Liebe für die Einkommensteuer, aber bewilligen wolle man sie nicht. Er sei der Meinung, daß jetzt die Marine-Entlastungen auch in die Tasche greifen und zahlen sollten. Er werde für den Antrag der Sozialisten, eventuell für eine bezügliche Resolution Lieber's stimmen.

Abg. Lieber: Er habe zunächst gar nichts vorgeschlagen und werde es auch nicht thun, vor allen Dingen genüge keine Resolution, die helfe nichts. Viel Geld werde auch Kioskschau noch kosten.

Damit schließt die Generaldiskussion.
Bei Schluß der Sitzung gehen die angekündigten Abänderungs-
anträge Dr. Lieber's ein. Dieselben lauten:
Die Kommission wolle beschließen:
§ 1. Der Schiffsbestand u. s. w. — und Auslands-Kanonen-
boote, festgesetzt auf:
a) verwendungsbereit:
1 Flottenflaggschiff,
2 Geschwader zu je 8 Linien Schiffen,
2 Divisionen zu je 4 Küstenpanzerschiffen,
18 Panzerkanonenboote,
6 große Kreuzer als Aufklärungs Schiffe der heimischen
16 kleine Kreuzer Schlachtkolite,
8 große Kreuzer für den Auslandsdienst,
10 kleine Kreuzer
b) (wie Vorlage).
2. Zwischen „Küsten-Panzer Schiffe“ und „große Kreuzer“
(§ 1) „Panzer-Kanonenboote“ 13.
3. Die Bereitstellung der Mittel für die zur Erreichung des
Sollbestandes (§ 1) erforderlichen Neubauten unterliegt der
jährlichen Festsetzung durch den Reichshaushalts-Etat mit der
Rahgabe, daß die Fertigstellung des gesetzlichen Schiffsbestandes
ihmlichst bis zum Ablauf des Rechnungsjahres 1904 durchgeführt
werden kann.
§ 2. Die Bereitstellung der Mittel für die erforderlichen
Ersatzbauten unterliegt der jährlichen Festsetzung durch den Reichs-
haushalts-Etat mit der Rahgabe, daß in der Regel (s. wie in der
Vorlage).
Unter „daß“: Panzer-Kanonenboote nach 30 Jahren.
Die Fristen laufen vom Jahre der Bewilligung der ersten
Rate des zu ersetzenden Schiffes bis zur Bewilligung der ersten
Rate des Ersatzschiffes.
Abweichungen von vorstehender Regel bedürfen der Zu-
stimmung des Bundesrats und des Reichstags.
§ 3. Die Bereitstellung der Mittel für die Indienststellungen
der heimischen Schlachtkolite unterliegt der jährlichen Festsetzung
durch den Reichshaushalts-Etat mit der Rahgabe, daß im Dienste
gehalten werden können (u. s. w. wie in der Vorlage).
§ 4. (Es sind unter Kanonenbooten sowohl Panzer- als Aus-
lands-Kanonenboote zu verstehen.)
§ 7. Die bis zum Jahre 1904 einschließliche zur Aus-
führung dieses Gesetzes anfordernden Mittel
müssen nur bis zum Gesamtbetrage von
474 Millionen Mark an einmaligen Ausgaben und
28 Millionen Mark Steigerung gegen das Rechnungs-
jahr an fortwährenden Ausgaben
bereit gestellt werden.
Soweit sich das Gesetz mit vorstehenden Mitteln bis zum
Ablauf des Rechnungsjahres 1904 nicht durchführen läßt, ist die
Ausführung bis über das Jahr 1904 hinaus zu verschieben.“

Diese „Abänderungsanträge“ des Dr. Lieber erweisen sich
als wichtiger Schein. Tatsächlich bewilligt damit Dr. Lieber
alles, was die Regierung verlangt hat.
Er bewilligt die Schiffsforderungen im ganzen
Umfange.
Er bewilligt eine Milliarde (im obigen § 7 sind die
fortwährenden Ausgaben nicht aufgeführt) für den Zeitraum
von nur 7 Jahren.
Er bewilligt das Septennat, d. h. er legt das Be-
willigungsrecht des Reichstages auf 7 Jahre lahm, er bindet
den nächsten und zweitnächsten Reichstag in seinen Ent-
schlüssen.

In, wie es den Anschein hat, wird nicht einmal dafür
Fürsorge getroffen werden, daß die neuen Lasten der Flotten-
rüstungen nicht den Armen, sondern den Vermögenden auf-
erlegt werden, wie es der sozialdemokratische Antrag fordert.
Der Handel zwischen Regierung und Zentrum ist so gut
wie fertig. In diesem Handel braucht nicht Zug um Zug,
Leistung gegen Leistung gegeben werden. In diesem politischen
Handel erweist sich das Zentrum mehr als je als reif, Regie-
rungspartei zu spielen und ihr Lohn wird ihm dafür
werden in allerlei Gestalt.

Einst stand das Zentrum in Militär- und Marinesagen
in Opposition. Jetzt ist es Chorführer geworden in der
völlig verändernden Kriegsführungspolitik. Noch vor Jahres-
frist kämpfte es voll Eifer, um der Regierung wenigstens
zwei Kreuzer weniger zu bewilligen. Jetzt gibt es nicht nur
der Regierung alles, was sie verlangt, sondern unendlich viel
mehr, als sie je früher verlangt hatte, jetzt gibt es zugleich die
elementarsten Volkrechte preis.
Einst war es die Ausgabe der Nationalliberalen,
Regierungspartei zu spielen und die Volksinteressen
systematisch zu vernachlässigen. Jetzt ist das Zentrum
nationalliberal geworden, jetzt führt Herr
Dr. Lieber das Wort und Herr v. Bennigsen ist Neben-
figur. Jetzt bilden Tirpitz und Lieber die Handelsfirma
und die Nationalliberalen und Konservativen sind die Kom-
pagnons der feinen Firma.

Jedoch, so schön es für die Zentrumspatrioten sein mag,
von der Regierungsgewinn gewährt zu werden, es bleibt nicht
ungestrast. Je mehr Regierungspartei, um so
weniger Volkspartei. Je mehr Herr Lieber mit der
militärischen Reaktion, die zugleich die kapitalistische
Reaktion ist, durch Dick und Dünn geht, um so weiter entfernt
er sich von den Empfindungen und Wünschen des arbei-
tenden deutschen Volkes.
Und dieses deutsche Volk wird das letzte Wort haben.
Es wird sein Verdict abgeben über diejenigen, welche die end-
losen Kriegsrüstungen immer weiter pflegen, stets wachsende
Steuerlasten bewilligen und die parlamentarischen Grundrechte
verrathen!

1848.
Erinnerungstage der Revolution.
27. Februar.
In Paris wird am Sonntag, den 27. Februar, die Republik
auf dem Bastilleplatz feierlich eingeweiht. Die Behörde, die Gerichte,
die Armeen und die Geistlichkeit hatten der provisorischen Regierung
bereits ihre Ergebenheit ausgedrückt. Die Republik war gesichert.
Von den Vertretern der fremden Mächte erkannte zunächst der
Gesandte der Vereinigten Staaten die Regierung an. Die meisten
andern folgten. Zur Einweihungsfeier bewegte sich 2 Uhr nachmittags
ein großer Zug nach der Bastille. Von berittenen Nationalgardien
und einer ungeheuren Menschenmenge geleitet, begaben sich die Mit-
glieder der provisorischen Regierung nach der Bastille, an deren
Fuß bereits die Behörden und das Offizierskorps versammelt waren.
Offizielle Reden der Regierungsmänner und eine Parade beendeten
das Schaugepränge. —

Im schweizerischen Kanton Neuchâtel, der durch Seeverträge
an die preussische Krone gefallen war, erhob sich die Bevölkerung,
nahm die Vertreter der Staatsgewalt gefangen und erklärte die
Republik. Das Berliner Kabinett mußte sich mit einem leeren Protest
begnügen.

Zur politischen Lage in Frankreich.

Paris, 26. Februar 1898.
Unter betrübenden Umständen erlebt Frankreich das fünfzig-
jährige Jubiläum der Februar-Revolution. Welch schroffer Gegen-
satz zwischen Februar 1848 und Februar 1898! Damals das Morgen-
rot der neu erklärten Republik, die Abschüttelung des Joches der
großbürgerlichen Oligarchie, die Wiederaufnahme der glorreichen
Leitsätze: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ — heute die Abend-
dämmerung nicht nur der Republik, sondern des Rechtsstaates
schlechthin, die tatsächliche Diktatur der schamlosen, der militärischen
Oligarchie, allmächtige einer gedankenlosen, verkehrten Menge
unter den Diktatoren: „Hoch die Armeen! Hoch die Generale! Tod
Jola! Tod den Juden!“

Das alles ist im Verlauf und Ausgange des Prozesses Jola ent-
halten, ist aus Anlaß dieses Prozesses grell zum Vorschein gekommen.
Auch diejenigen republikanischen und sozialistischen Elemente,
welche aus verschiedenen Gründen, hauptsächlich aus Rücksicht auf
die nahen Wahlen, im juristischen Streit Dreyfus-Esterhazy Partei
zu nehmen vermieden haben, beginnen endlich die der Republik, ober-
dem, was man noch so nennt, drohenden Gefahren einzusehen. Ob
nicht zu spät? ...

Die Vorgänge im und um den Gerichtssaal, die Strafen und
die sonstigen Kundgebungen in Paris haben die wachsende Freiheit
der demagogisch-reaktionären Bewegung gezeigt. Ja es auch noch
immer eine geringe Minderheit der Bevölkerung, die sich am Madan
aktiv, mit fanatischer Leidenschaft beteiligt, so bleibt der Unstand
dennoch bedrohlich, daß eben diese Minderheit unumschränkt und
widerstandslos die Anderen den Terrorisieren kann. Wie wäre es
wohl um eine Monarchie bestellt, in welcher ein Hochruf auf den
König Todesdrohungen, Prügeln und Verhaftung des Königen
im Interesse seiner Sicherheit nach sich ziehen würde? Und doch
war dies in Paris das Schicksal der übrigen vereinsamten Tapferen,
welche im Justizpalast gegen die Besetzung der Offiziere durch
Hochrufe auf die Republik protestierten! ...

Ein magerer Trost ist es dabei, daß die große Masse in ihrem
Indifferentismus verharrt. Auf dem Boden des Massenindifferentismus
gibt es naturgemäß am sichersten jedes reaktionäre Unternehmen.
In den ersten Anfängen der neuen, an den Boulangerischen Windel
erinnerten Bewegung mußte man sie für eine lässliche Eintags-
fliegenart halten. Es schien unmöglich, daß das französische Volk
binnen zehn Jahren auf den Leim einer verschämten Ausgabe
des Boulangerismus gehen sollte. Die Hauptlinge waren ja wesentlich
dieselben Personen (Kochert, Drumont, Millevoix, Juret etc.), die
in Boulangerismus sich blamirt haben, aber ohne den populären „brav
général“ und verstärkt durch eine Anzahl neuer, ganz un-
verkappter Sklavereaktionäre (Kochert, Drumont, Millevoix, Juret etc.)
war dasselbe chauvinistische Gepolter in wilderer Tonart minus
die demokratischen Versprechungen und plus die antisemitischen
Krautworte. Der Fortgang der Ereignisse hat aber bewiesen, daß
die neue Boulange tiefere Wurzeln geschlagen hat. Sie schöpft ihre
Kraft aus dem bekannten patriotischen Untergrunde alles politischen
Lebens in Frankreich. Es genügt die Andeutung, daß der Kampf
die Rehabilitierung des Dreyfus, des für jeden guten Chauvin-
isten und Antisemiten unweifelhaften Verräters zu Gunsten
Deutschlands und namentlich der starke Widerstand dieses
Kampfes weit über Frankreichs Grenzen hinaus den
geweihtmächtigen Ausbeutern der chauvinistischen und anti-
semitischen Instinkte eine Art Diktatur über die öffentliche
Meinung verschaffen mußte. Zudem haben die Kochert und Drumont
den Vorbehalt, anstatt sich um die Fahne eines rebellierenden
Generals, wie Boulanger, zu schaaren, die Interessen und Leidens-
schaften des legalen Generalstabes unter dem alles beherrschenden
nationalen Banner zu vereinen. Ein kopfloses Stimmthier
des unigen Bundes zwischen der Demagogie und der
militärischen Oligarchie ist die Zusammenkoppelung der Hoch-
rufe auf die „Armee“ (woll heißen: den Generalstab) mit
den Todesrufen gegen die Juden, die Maub- und Weidmannen in
Algerien sowie die Krawalle in Paris, Lyon, Marseille, Nantes etc.
unter Hochrufen auf die Armee und mitunter auf die — Polizei!

Während des Prozesses Jola zeigte die selbst-gegründete
Genossenschaft die ärgsten, mit einem Rechtsstaat — geschweige denn
mit einer Republik — unvereinbaren Erscheinungen. Die Presse
des Generalstabes überbot sich nicht nur in der bei ihr heimlich
nicht mehr verwundernden gewissenlosesten Fälschung der Gerichts-
debatten, sie schenkte auch vor keinem Mittel zurück, um die Ge-
schworenen zu terrorisieren. Ihre Namen und Adressen werden
täglich mit fetten Lettern gedruckt, um sie im Falle der Frei-
sprechung der Mache der verkehrten Menge und dem geschäft-
lichen Boykott durch die gutgemeinte Kundschast anzukündigen. Ein
Geschworener, namens Geland, Unternehmer in Hochdecker-Arbeiten,
legte aus Furcht mitten in den Verhandlungen sein Amt nieder,
weil die Generalstabsadresse heraufgeschrien hat, daß er einmal
auch für Nothwehr eine Bestrafung übernommen hatte. ... Einen
Vorgeschmack von den sie eventuell erwartenden Mord-
akten wurde den Geschworenen gegeben in dem un-
behinderten chauvinistisch-antisemitischen Gerede um das Justiz-
palast, in dem krassen Thätlichkeitsverbrechen gegen Jola,
in den ungeheurnen wilden Ausdrücken des Jornes und Hasses
des vornehmlich aus Offizieren zusammengesetzten Publikums im
Gerichtssaal selbst. Die demüthigsten Wortführer des Generalstabes,
die Generale de Pellissier und de Valdesire, spielten schließlich als
letzte Terrorisierungsmaßnahme auf die Drohungen mit einem „Arme“,
der viel näher ist als man glaubt“, mit der schwächlichen „Wieder-
mehlung“ ihrer, der Geschworenen, Kinder im besagten Kriegs- und
mit der Demission des Generalstabes. ...

Noch trauriger als diese wahren militärischen Promyziamentos
ist die Billigung derselben durch Regierung und Kammer. Die
bezügliche Interpellation des radikalen Freischützen Dubard
(24. Februar), der Protest Viviani's im Namen der sozialistischen
Fraktion, gaben Meline die Gelegenheit, das diktatorische Auftreten
der Generale geradezu zu rechtfertigen. Die Angriffe der Ver-
theidiger Jola's (sic: die von ihnen nachgewiesene Schuld
des Generalstabes an den Justizverbrechen Dreyfus-Esterhazy)
und die Betonung der für das Land gefährlichen Un-
verantwortlichkeit des Generalstabes in der Zeugenaussage
Janvot's hätten nach Meline die lammegebildigen Generale
in einen Zustand der Nothwehr versetzt! Dafür drohte das
regierende Werkzeug der großbürgerlichen Reaktion und des General-
stabes mit Kussabmägesehen gegen die Presse zur
„Verschüttelung“ der Leidenshaften. Daran hat die Kammer
der Regierung und dem Generalstabe ein begeistertes „patriotisches“
Weiterentwicklung mit 421 gegen 40 (sage: vierzig!) Stimmen.

Dieses Stimmverhältnis entspricht ungefähr dem Kräfte-
verhältnis der im Lande für und gegen den Generalstab kämpfenden
Lager. Mit Ausnahme einer kleinen Minderheit dringt sich alles,
alles — aktiv oder passiv, freudig oder feige resigniert — unter das
Machtgebot des militärischen Königthums. Und das gerade im Augen-
blick, wo dessen Schande vor der ganzen Welt enthüllt worden ist,
wo er aus solbaischem Körpergeist nicht nur die Grund-
lagen des Rechtsstaates unterwühlt, sondern auch sich
über seine eng berufsmäßigen Pflichten hinwegsetzt, in-
dem er Picquart, den glänzenden, tadellofen Offizier,
aus der Armee fortjagt und Esterhazy, den allseitigen
Pompier, den Verfasser der franzoisensprecherischen Briefe, den
des militärischen Verrathes dringend Verdächtigen auf den Schild
hebt, zur Verherrlichung der „Armee-Ehre“ macht! ...

Viviani schloß seine gehrige Rede mit den Worten: „Findet
die Regierung selbst kein Wort des Bedauerns (sicher die
Promyziamentos der Generale vor dem Schwurgericht), so ...
werden wir nur noch eine vom Säbel der
Generale terrorisierte Republik haben.“ Das ist
nun unbedingt wahr. Die Republik existirt eigentlich
noch kraft der Trägheit. „Der Säbel“ haucht mit recht der
Bonapartisten Cassagnac, leuchtet am Horizont wie ein neues
Wort.“ Es fehlt nur der populäre und wissenschaftliche Absträger,
Esterhazy taugt für diese Rolle denn doch nicht, trotz der ihm nach
seiner vorsichtig-stimmen Zeugenaussage von den chauvinistisch-

antisemitischen Straßenheern dargebrachten Doanion und trotz des
warmen Gänsebrüdes, dessen ihn der Prinz Henri d'Orléans
gewürdigt hat ...

Politische Uebersicht.

Berlin, 26. Februar.
Das preussische Abgeordnetenhaus erledigte heute
zunächst in zweiter Beratung den Gesetzentwurf, betreffend
Erhöhung des Grundkapitals der Zentral-
Genossenschaftskasse. Namens der Konservativen
erklärten sich die Abgg. v. Blöy, Febr. v. Erffa und
Dr. Arndt für die geforderten 20 Millionen, ersterer stellte
sogar die Bereitwilligkeit seiner Freunde für eine weitere Er-
höhung in Aussicht. Ebenso zeigten sich Abg. Sattler (natl.)
und vom Zentrum die Abgg. Cahensly, Strombeck
und Febr. v. Huene, der Direktor der Kasse, der Vorlage
geneigt, während die Freisinnigen Brömel und Ehlers
dagegen sprachen und stimmten. Charakteristisch ist es, daß
Abg. Arndt die Gelegenheit für gekommen hielt, sich an
dem Reichsbank-Präsidenten Koch zu reiben, indem er seine
Disfunktionalität angriff, daß aber der Finanzminister
Dr. v. Miquel diesen Angriff ruhig zuließ und kein Wort
der Erwiderung darauf hatte. Die Vertheidigung des Reichs-
bank-Präsidenten übernahm Abg. Brömel.

Darauf wurde die zweite Lesung des Staatshaushalts-
Etats fortgesetzt und zunächst der Etat der Zentral-Genossen-
schaftskasse ohne Debatte genehmigt. Beim Etat des Handels-
ministeriums beantragte Abg. Brömel (natl.) eine Herab-
setzung der Remunerationen für die Börsenkommissare,
zog aber diesen Antrag zurück, nachdem Minister Brömel er-
klärt hatte, er hoffe, daß die börsenlose Zeit nicht mehr lange
anhalten werde und daß inzwischen mit großer Sparfameit
verfahren werden sollte. Beim Rest des Etats wurden nur
lokale Wünsche zur Sprache gebracht.

Die Interpellation Brochhausen (L.) betr. Besteuerung
der Waarenlager wurde von der Tagesordnung abgesetzt, da
dieselbe erst gestern Abend eingebracht ist und die Parteien
infolge dessen auch keine Stellung dazu genommen haben.
Montag beginnt die Beratung des Eisenbahn-
Etats. Wie verlautet, wird Minister Thielen die Debatte
mit einer längeren Rede einleiten. —

Ein neues Grubenunglück meldet der Telegraph: In der
Grube „Maria“ bei Raasdorf wurden gestern durch Explosion
schlagender Wetter 3 Bergarbeiter getödtet und
ebenso viele schwer verletzt. Weitere Einzelheiten fehlen
noch.

Auf den preussischen Verban paßt das Dichterwort: Opfer
sollen hier, weder Lamm noch Stier, aber Menschenopfer unerböt!
Mögen die vom Minister versprochenen Reformen so schnell
als möglich ins Werk gesetzt werden! Jeder Tag der Verzögerung
bedeutet Verlust an Menschenleben und Menschenglück.

Die Politik der Sammlung wird trotz aller äußerlichen
Mißerfolge im stillen eifrig weiter vorbereitet. Hierüber
macht die „Nationalliberale Korrespondenz“ einige recht inter-
essante Enthüllungen: „Seit längerer Zeit bestehen im
Schosse des wirtschaftlichen Ausschusses oder
genauer gesagt, bei einer großen Anzahl von Mit-
gliedern dieses Ausschusses Bestrebungen, die einigende
Arbeit der in diesem Ausschusse zusammen wirkenden
Vertreter von Industrie, Landwirtschaft und Handel
im Sinne der Politik der Sammlung nutzbringend
anzustellen. Das Ergebnis dieser Bemühungen war eine
private Versammlung, welche von dem Grafen Schwerin-
Löwitz, der als konservativer Reichs- und Landtags-Ab-
geordneter und Wortführer der Karabewegung
bekannt ist, in Gemeinschaft mit dem Hüttenbesitzer
und freikonservativen Landtags-Abgeordneten Popelius ein-
geladen, im Abgeordnetenhaus geformt tagte. Dieser
Versammlung, an welcher 22 Personen, zum größten Theil
Mitglieder des Ausschusses, theilnahmen, war ein formu-
lirtes Programm vorgelegt. Die Versammlung kam
über zu keinem Ergebnis. Das Sammlungsprogramm, das
dieser Versammlung vorgelegt wurde, ging im wesentlichen
dahin:

Ende 1903 lauten die Handelsverträge ab; es erscheine zweifel-
haft, ob die bestehende Meißelbegünstigungsklausel, die allen Staaten
auch solche Konzessionen ohne Entgelt auflösen lasse, welche von
dritten Vertragsmächten mit wirtschaftlichen Opfern erkauft
seien, sich aufricht erhalten lasse. Weiterhin wird auf die
wirtschaftlichen Ausschuss verwiesen und darauf, daß für die
Wahlen die Sammlung der Interessen geboten sei. Der ent-
scheidende Punkt ging allerdings dahin, die Vertreter von
Industrie, Landwirtschaft und Handel sollten nur für solche
Kandidaten eintreten, die rückhaltlos auf dem Boden der nationalen
Wirtschaftspolitik stehen, „unter Zurückstellung nebensächlicher
Parteiengruppen“.

Das genannte Organ der nationalliberalen Partei sagt seine
Eindrücke folgendermaßen zusammen:
„Handelsverträge für längere Fristen und ausreichendem Post-
schutz für die Industrie, wirksame Hilfe für das bedrängte land-
wirtschaftliche Gewerbe; beides unter festem, von Land- und
landwirtschaftlichen Gesichtspunkten abgewogener Regulierung der
Beziehungen zum Ausland. Und von diesem festen Boden
aus: wirtschaftlich-politisch entschiedene Abweisung
extremer Interessensforderungen, die sich mit
dem Wohl der Gesamtheit nicht vertragen, und po-
litisch die ebenso entschiedene Wahrung der nationalen
Aufgaben und des Einflusses des deutschen Völk-
thums im Staatsleben gegen jedweden Versuch, es aus
seiner historisch gewordenen Stellung zu verdrängen. In dieser
Position hat lokale Mitwirkung recht und Anlaß auf lokale Er-
widerung zu rechnen. Ziehen die andern Parteien und die
Regierung daraus die Konsequenzen, dann haben sie die „Sam-
lung“. Sie brauchen sie nur zu wollen.“

Nun, die Nationalliberalen sind heute in den Zeiten des
Verfalls noch leichter mit Worten zu beschwichtigen als in der
Epoche ihrer Blüthe, wo Fürst Bismarck sie so leicht dämpfte.
Mit oder ohne Politik der Sammlung haben die national-
liberalen jeden Rückhalt im Volk verloren. —

Chinesische Fragen. Die wiederholt aufgetretenen Gerüchte,
daß die Franzosen von Tongking aus die Insel Hainan zu be-
setzen beabsichtigen sollten, haben im englischen Unterhaus am Freitag
ein lazes Moment gefunden. Vere'sford richtete die Anfrage an die
Regierung, ob sie bezüglich der angeblichen Besetzung von Hainan
durch Frankreich eine Nachricht habe und ob sie von einer Absicht
Frankreichs Kenntnis habe, zeitweilig oder dauernd eine maritime
Basis in jenen Gewässern ähnlich den kürzlich von Deutschland und
Rußland ausgeführten Besetzungen zu schaffen. Parlament-Unter-
sekretär des Reichens Curzon erwiderte, die französische Regierung
habe dem englischen Volschafter in Paris, Woulson, mitgeteilt, daß
sie nicht die geringste Absicht hege, eine derartige
Politik gegen China einzuleiten.

Danach darf auch die neue Mittheilung der „Daily Mail“ als
unzutreffend angesehen werden, wonach starke französische Streit-
kräfte bei Kwangtsewan, 240 englische Meilen südwestlich von

Dongkong, gelandet seien und den Chinesen ihre Absicht mitgeteilt hätten, daselbst Gebäude zu errichten.

Nach einer Meldung des "Reuter'schen Bureau" hält Rußland entschieden daran fest, daß den russischen Militärbesamten, die der chinesischen Armee zugeteilt sind, weitgehende Vollmachten eingeräumt werden. China zögert aber noch, diese Bedingungen anzunehmen.

Nach einer weiteren Meldung aus Peking scharft ein kaiserlicher Erlass, welcher in betreff Kiaotschau's ergangen ist, den chinesischen Unterthanen ein, Ordnung zu halten, sowie die Verträge und die fremden Religionslehrer zu achten.

Ein englisch-italienisches Syndikat hat Bahnbau- und Bergbaukonzession, hauptsächlich für Kohlen und Erze sowie Petroleum, in der Provinz Schensi erhalten.

Deutsches Reich.

Die Abtrennung der Medizinalabteilung vom Kultusministerium und ihre Übertragung an das Ministerium des Innern ist den "Berl. Pol. Nachr." zufolge im Prinzip für den 1. April 1890 beschlossen.

Der deutsche Handelstag ladet zum 14. März d. J. seine Mitglieder zu einer Plenarsitzung ein. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Verlängerung des Privilegiums der Reichsbank, die Reichsunterstützung der Postdampfschiffverbindung mit Ostasien und die Vorbereitung von Handelsverträgen.

Juristen und Techniker in der preussischen Eisenbahnverwaltung vertheilen sich bezüglich ihres Einflusses auf den Reichshandelsvertrag in einer für die technische Seite des Betriebes höchst ungünstigen Weise.

Die "Deutsche Wtg." in ihrer Nr. 16 berichtet, befinden sich zur Zeit unter den Räten I. Klasse: 7 Juristen gegen 1 Techniker.

II.	18	8
III.	10	5
IV.	116	829
V.	59	612

Aus dieser Tabelle geht hervor, welchen geringfügigen Einfluß die Techniker in den bestimmenden und maßgebenden obersten Behörden haben. Es ist auch natürlich, daß die verkehrten Verhältnisse sich nicht ändern können, so lange nicht an der Spitze dieses technischen Ministeriums ein erfahrener, vielseitig gebildeter Techniker gestellt wird. Der Jurist ist seiner ganzen Natur und Ausbildung nach nur geeignet und zweckmäßig wirksam als Beirat. Herr Thielens hat sich zwar viel Mühe gegeben, durch Denkschriften seine Verwaltung gegen den allgemeinen Unwillen wenigstens vor dem Landtage zu rechtfertigen. Diese Denkschriften und Berichte sind aber gar zu sehr für den Laiken berechnet, sie täuschen den Techniker nicht über die an allen Ecken und Enden zu weit getriebene Sparsucht. Der Mangel an Beamten war ein Experiment, das der Minister unter Umständen mit seinen Knochen bezahlen mußte; die Entlassungen auf den Bahnhöfen, kurz vor und kurz hinter den Stationen sind in vielen nachweisbaren Fällen auf dieselbe Sparsucht zurückzuführen; ferner müssen Hindernisse umfahren werden, die dem Lokomotivführer den freien Fernblick unmöglich machen, d. h. oft Hindernisse, die durch sofortigen Anlauf aus dem Wege zu räumen waren; es ist der Oberbau rascher zu verstärken, als es wirklich geschieht, aber ein preussischer Minister ist in Zimmertreuen am angelegentlichsten, wenn er dem Publikum möglichst unbeliebt ist. Da vom Abgeordnetenhaus ein energisches Vorgehen gegen das Sparsystem des Eisenbahn-Ministers nicht im entferntesten zu erwarten ist, so werden die Eisenbahn-Unfälle auch weiterhin eine stehende Rubrik in den Blättern bleiben.

Biologisch-landwirtschaftliche Anstalt. Am Freitag ist im kaiserlichen Gesundheitsamt unter dem Vorsitz des Direktors dieser Behörde eine Kommission zusammengesetzt, um über die Errichtung einer biologischen landwirtschaftlichen Anstalt zu verhandeln. An den Beratungen haben außer Kommissarien des Reichsamts des Innern einschließlich des Gesundheitsamts sowie der königlich preussischen Ministerien der geistlichen u. Angelegenheiten und der Landwirtschaft u. zahlreiche Sachverständigen und Fachmänner theilgenommen.

Die Zeitungen nach dem Herzen Sturm's. Unter diesem Titel giebt H. v. Gersack in dem seit kurzem in Stuttgart erscheinenden "Pol. Wochenblatt" eine überaus interessante Charakteristik der verschiedenen Schleiße in Berlin, Damburg, Saarbrücken, Breslau, Leipzig. Wir entnehmen dem "Pol. Wochenblatt" einen Theil dessen, was dort über die "Post" gesagt ist:

Die "Post" ist von Jahr zu Jahr, von Chefredakteur zu Chefredakteur immer tiefer heruntergeglitten. Der alte Kähler hatte als Chefredakteur noch die und da offen hervortretende Unabhängigkeitsregungen. Sein Nachfolger Grobdeck protestierte wenigstens noch in seinem Innern gegen was auch, was er unter seinem Plamen in die Welt gehen lassen mußte. Der jetzige Chefredakteur Kroschke — ja nun, der Mann ist direkt vom freisinnigen "Reinischen Konze" zur ergreifendsten "Post" übergegangen.

Zwischen ist Herr v. Stamm absoluter König über die "Post" geworden, geistig jedenfalls völlig, ob auch finanziell, steht nicht fest. Der Geist des Dusses ergiebt alle freihetlichen und sozialen Bestrebungen, der ja immer die Spalten des freikonservativen Blattes durchdrang, hat sich potenziert. Bezeichnend ist, daß die sozialen Bahnen und Professoren, die National-, Sozialen und Christlich-Sozialen, ja selbst die Sozial-Konservativen à la Westphal mit noch größerer Feindseligkeit verfolgt werden als selbst die Sozialdemokraten. Die Preßüberficht, die niemals auch nur den Versuch der Unparteilichkeit machte, ist neuerdings einerseits dürftiger und andererseits noch tendenziöser geworden. Uebrigens halten viel nicht-konservative Leute, namentlich hochkonservative, die "Post" gerade wegen dieser Preßüberficht. Sie bilden sich ein, dadurch einen unbefangenen Überblick über die Preßsituation der verschiedensten Richtungen zu erhalten. Die guten Seelen! Journalistisch ist die "Post" so zurückgegangen, daß sie heute schon beinahe mit der "Kreuz-Zeitung" in Bezug auf technische Unkenntnis konkurriren kann. Was man sachlich von dem Blatt zu halten hat, geht schon daraus hervor, daß sie die Unbilligkeit zum Prinzip erhoben hat, Versammlungsberichte über gegnerische Versammlungen erstreckt, Berichtigungen nicht oder nur verstimmt annehmen, eigene falsche Sachdarstellungen selbst dann unberichtigt läßt, wenn sie sich von ihrer Unrichtigkeit hat überzeugen müssen, und schließlich die Kunst des Todtschweigens mit einer Virtuosität ohne Gleichen ausübt.

Eisenbahnunfall. Aus Krefeld wird amtlich gemeldet: Gestern Abend gegen 8 Uhr stieß der Schnellzug Nr. 88 Köln-Venlo bei der Einfahrt in den Bahnhof Kaldenkirchen auf eine Rangirabteilung, welche über das auf Galt stehende Einfahrtssignal hindurchgefahren war. Ein Rangirarbeiter wurde getödtet und fünf Beamte wurden unerbittlich verletzt; Reisende wurden nicht verletzt. Der Materialschaden ist bedeutend. Die entstandene Verkehrsstörung ist beseitigt. Untersuchung wurde eingeleitet.

Braunschw. 20. Februar. In dem Disziplinarverfahren gegen den bekannten Pöster Schall wurde heute das Urtheil gefällt. Dasselbe lautet, wie die "Br. N. N." melden, auf Dienstentlassung. Politische Unterlage soll das Disziplinarverfahren nicht gehabt haben, doch mögen politische Sentimente bei Erhebung der Anklage vielleicht mitgesprochen haben.

Dresden, 22. Februar. (Eig. Bericht.) In der Fortsetzung der Staatsberatung wurden von sozialdemokratischer Seite weitere Maßnahmen der Kreis- und Amtshauptmannschaften gegen die Arbeitervereine gerügt. So beschwerte sich Abg. Stoll über die verschärfte Durchsuchung der Tanzregulative; dadurch würden die Arbeiter gegen andere Gesellschaftsklassen benachteiligt. Was durch das Vereinsgesetz nicht erreicht werden könne, um mißliebige Vereine zu drangsaliren, das werde durch Tanzregulative versucht. Abg. Grünberg (Soz.) spricht über die Nichtbestätigung mißliebiger Gemeinde-Vorstände durch die Ober-

behörden; dadurch werde die politische Streberei geächtet. Durch Änderung der Gemeinde-Wahlgesetze suche man die Sozialdemokratie von der Gemeindeverwaltung auszuschließen. Die Erwerbung des Bürgerrechts werde den Sozialdemokraten ungebührlich erschwert.

Beim Kapitel "Aufsicht der Gewerbe- und Dampf-Kessel-Anlagen" bemängelt Abg. Goldstein (Soz.), daß die im letzten Landtage gestellten Anträge auf Trennung der Dampf-Kessel-Revision von der Gewerbe-Inspektion, auf Vermehrung der Gewerbe-Inspektoren bzw. Anstellung von Assistenten aus Arbeiterkreisen und auf Anstellung von weiblichen Hilfskräften bei der Gewerbe-Inspektion keine Berücksichtigung gefunden haben. Die Revisionen der Betriebe fänden viel zu selten statt. Redner wünscht, daß auch die Hausindustrie der Gewerbe-Inspektion unterstellt werde, und kritisiert die Art der Abfassung der Inspektionsberichte. Abg. Fräßdorf sprach für gründlicheren Schutz der Arbeiter. Abg. Dietrich (L.) wendet sich in geradem tonischer Weise gegen die Anstellung weiblicher Hilfsinspektoren. Beim Kapitel "Polizeidirektion Dresden" erklärt Minister v. Meißel gegenüber den kritischen Bemerkungen des Abg. Fräßdorf: Die sozialistischen Versammlungen verließen nur deshalb so friedlich, weil so viel Gendarmerie zur Ueberwachung anwesend sei. (Großes Gelächter links.)

Worms, 25. Februar. (Eig. Ber.) Unser Landtag tagt nun bereits 6 Wochen, ohne daß nennenswerthe Verhandlungen stattgefunden hätten. Gestern stand der von freisinniger Seite eingebrachte Antrag: "Die Einführung einjähriger Staatsperioden" zur ersten Lesung. Die Debatte ergab, daß die linksstehenden Abgeordneten für den Antrag eintraten, ein Theil der Nationalliberalen will erst die beiderseitigen Ansichten prüfen, und die rechtsstehenden Abgeordneten werden sich den Wünschen der Regierung eherbeiligh als "getreuer Landtag" fügen. Die zweite Lesung des Staats für die Jahre 1890, 1891 und 1892 begann heute. Zur Erledigung desselben, sowie der noch vorliegenden anderen Punkte werden voraussichtlich noch ein paar Wochen verstreichen.

München, 24. Februar. (Eig. Ber.) Bayerischer Landtag. In der heutigen Kammer Sitzung nahm unser Genosse Segitz Veranlassung, angesichts der jüngsten Unglücksfälle in Bergwerken, beim Kapitel "Bergwerksinspektion" einmal die Frage aufzuwerfen, ob in Bezug auf die Bergwerksinspektion auch alles in Ordnung sei. An der Hand der Statistik wies er nach, daß in den Bergwerken Bayerns die größte Betriebsgefahr herrscht und sagte hieran die Bemerkung, daß man die meisten Unfälle gewöhnlich auf Naturereignisse zurückzuführen sucht. Der preussische Berg-Arbeiter Todschick hat jedoch, wie Redner weiter ausführte, seine Meinung dahin bekundet, daß eine große Anzahl dieser Unglücksfälle bei entsprechenden Vorsichtsmaßnahmen hätte vermieden werden können. Weidlich des Unglücks in Frankenholtz soll nach dem Berichte des Berginspektors dieses Unglück durch einen Zufall, durch Ausströmen von Grubenwasser, das sich wahrscheinlich an der Lampe eines Arbeiters entzündete, entstanden sein und die Grubenverwaltung keinerlei Schuld treffen. Nach der "Völkischer Ztg." ist aber das Unglück nicht nur durch schlagende Wetter, sondern auch durch explodirenden Kohlenstaub herbeigeführt worden. Eine Kohlenstaub-Explosion ist aber unter allen Umständen bei Vornahme der notwendigen Schutzmaßnahmen zu vermeiden. Man muß daher doch an den Minister die Frage stellen: Welches ist das Ergebnis der amtlichen Untersuchung über die Ursache des Grubenunglücks in Frankenholtz? Gehört dieses Unglück zu denen, die bei Anwendung der notwendigen Schutzmaßnahmen hätten vermieden werden können? In den Gruben Penzberg, Hansham und Wiesbach herrschen sehr ungesunde Zustände, daß sie jeden Augenblick eine Katastrophe herbeiführen können. Ist kein Regierungsvertreter in der Lage, mitzutheilen, wie oft, von wem und nach welchen Grundrissen die Bergwerke inspiziert werden? Das steht heute schon fest, daß die kaiserliche Grubenaufsicht an Haupt und Gliedern reformbedürftig ist. Es müßten Aufsichtsbereame aufgestellt werden, deren praktische Grubenarbeiter als Assistenten beigegeben wären. Der Minister müßte eine Untersuchung anstellen, ob die ausgesprochenen Behauptungen richtig sind, denn mit dem Verdict des Reichsgerichtes kann das Grubenunglück von Frankenholtz noch nicht abgethan sein.

Auf die wirtschaftlichen Verhältnisse übergehend, konstatirte Genosse Segitz, daß der bayerische Bergbau von Jahr zu Jahr an Ausdehnung zugenommen habe und der Gewinn von Jahr zu Jahr rentabler geworden ist, während die Löhne keine steigende, sondern eine sinkende Tendenz anwiesen. Die Arbeitszeit sollte in Bergwerken 8 Stunden täglich nicht übersteigen, in Wirklichkeit wird aber oft 10-12 Stunden gearbeitet, wodurch die Betriebs- und Unfallgefahr erhöht wird. Die Arbeiterinnen haben bei 12stündiger Arbeitszeit einen Tagesverdienst von nur 1.20-1.50 M. Auch mit den Wohnungsverhältnissen ist es sehr schlecht bestellt. Wuscheln und Kohlenmädchen schlafen meist entweder in ein und derselben Stube oder die Burschen müssen doch durch das Zimmer der Mädchen gehen, um zu ihrer Schlafstelle zu gelangen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bergarbeiter sind also unter allen Umständen verbesserungsbedürftig und der Minister müßte daher eine eingehende Untersuchung hierüber anstellen, um solche unhaltbare Zustände zu beseitigen.

Echtlich betreffen von dieser vernichtenden Auflage erinnerte Herr v. Feilich, die Regierung habe die genauesten Erhebungen durch amtliche Organe anstellen lassen, die ergeben haben, daß sich in den Gruben alles in Ordnung befindet. Das Unglück in Frankenholtz sei nur durch Schlagwetter und nicht durch Leuchtstein oder irgend eine Unterlassung entstanden. Ein Unglück lasse sich trotz aller Sicherheitsmaßnahmen nicht immer verhindern. Der Verdienst der Bergarbeiter sei den sonstigen Verhältnissen durchaus entsprechend. Die Arbeiter seien auch zufrieden und sei von ihrer Seite noch kein ernstes Klage zu den Ohren der Beamten gekommen.

Genosse Segitz bemerkte schließlich noch, daß seine heutigen Ausführungen den Minister vor allem veranlassen sollten, der Berg-Inspektion erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden und ihr bessere Berücksichtigung angedeihen zu lassen.

München, 25. Februar. (Eig. Ber.) Bayerischer Landtag. Die Abgeordnetenkammer lebte in heutiger Sitzung mit allen gegen die Stimmen unserer Genossen den vom Abg. Ehrhart (Soz.) gestellten und eingehend begründeten Antrag, die Reform des Apothekenwesens betreffend, nach vierstündiger Debatte ab.

Ein Elsfah-Löhringen, 24. Februar. (Eig. Ber.) Was in Elsfah-Löhringen alles möglich ist, das sieht man wieder einmal an dem Verhalten der Regierung im Fall Pöster. Obwohl in dem gegen den kaiserlichen "Elsässer" angehängten Preßbeleidigungsprozess nachgewiesen wurde, daß Pöster in seiner Eigenschaft als Kreisdirektor anlässlich der letzten Reichstags-Sitzung im Jahre 1890 erkennbare Wahlzettel hatte herstellen lassen in der ausgesprochenen Absicht, festzustellen, wer sozialistisch wählte; obwohl die Verhandlung ferner ergab, daß er bei der nachher angestellten amtlichen Untersuchung über diese Angelegenheit den Drucker der erwähnten Stimmzettel zu unwahren Angaben gegenüber dem mit Erhebungen beauftragten Polizeikommissar verleitet hatte; obwohl endlich das Gericht auf Grund dieser und einer Reihe weiterer für den Beamten deselbenben Thatsachen zur kostenfreien Freisprechung des angeklagten Redakteurs gelangte und damit ein geradezu vernichtendes Urtheil über die amtliche Thätigkeit Pösters fällte; trotz alledem befindet sich der Herr Kreisdirektor heute noch in Amt und Würden und schwingt sein Szepter über die Bewohner des Kreises Elstein. Wir wollen abwarten, ob man in den Reichstagen im nächsten Vertrauen an die jammervollen preßgesetzlichen Verhältnisse des Landes, die es den einheimischen Blättern unmöglich machen, über den Pöster-Prozess eingehend zu berichten und ihre Verwahrungen darüber anzustellen, wirklich den Muth besitzt, einen schwer kompromittirten Beamten auf die Dauer in seiner verantwortungsvollen Stellung zu belassen, oder ob man einzieht, daß das Ansehen der Behörden sowohl wie die Rücksicht auf die Bevölkerung seine Entfernung verlangen.

Der Gemeinderath der Stadt Straßburg i. G. lebte in seiner letzten Sitzung den Antrag der drei sozialistischen Mitglieder

auf Unentgeltlichkeit der Lehrmittel in den Volksschulen mit 13 gegen 10 Stimmen ab. Durch unsere Redner wurde in der Debatte festgestellt, daß die Gemeinde für die Schülerinnen der höheren Mädchenschule jährlich rund 175 M. pro Kopf aufwende, für die Elementarschüler dagegen bloß etwa 40 M. Ein Antrag der Liberalen auf konfessionelle Trennung der Mittelschulen fiel mit 20 gegen 4 Stimmen.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Aus Kottbus meldet die "Märkische Volksstimme": Am Freitag wurde vor der hiesigen Strafkammer gegen die Arbeiter Wilhelm Sch. und Wilhelm G. wegen Majestätsbeleidigung und gegen Sch. und den Kupferschmied Moritz W. wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung (Sch. mit einer Bierflasche, W. mit einem Messer) verhandelt. Sch. und G. werden der Majestätsbeleidigung, Sch. auch der gefährlichen Körperverletzung für schuldig befunden und Sch. zu neun Monaten und G. zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt. W. wird freigesprochen.

Der "Frankf. Ztg." zufolge lautet das von der Strafkammer in Kolmar i. G. in dem Majestätsbeleidigungsprozess gegen die "Elsass-Lothringische Volkspartei" verkündete Urtheil gegen den Redakteur Hermann Walter auf 6 Monate Gefängnis und gegen den verantwortlichen Redakteur, Schriftsetzer Eugen Schmidt auf 2 Monate Gefängnis. Die Verleger der Zeitung wurden freigesprochen.

Oesterreich.

Wien, 20. Februar. Die Blätter übereinstimmend melden, wurden wegen Theilnahme an den jüngsten Kundgebungen der Studenten drei Hörer des Polytechnikums relegirt, zwanzig erhielten eine einfache Note.

Prag, 25. Februar. (Eig. Ber.) Die Entscheidung ist gefallen: Am Schluß der heutigen Sitzung wurde die Tagesordnung für morgen festgesetzt und als erster Gegenstand wird die zweite Lesung des Adreßberichts stattfinden. Schon bei Verlesung dieses Programms brach ein unbeschreiblicher Tumult los. Die Gehehen applaudirten begeistert, die Deutschen protestirten stürmisch. Während des größten Lärms ward die Sitzung geschlossen. Die Deutschen werden also einstweilen Abstinenz üben. Welche Folge dieser letzte Schritt nach sich ziehen wird, ist vorläufig noch nicht abzusehen.

Wir in Oesterreich sind es nicht gewohnt, an leitender Stelle einen festen Plan und weiterblickende Ideen voranzuführen und deshalb ist es sehr wahrscheinlich, daß Baron Gausch die latente Krisis, die weder heute noch morgen unter den gegenwärtigen Verhältnissen weder im Landtag noch im Reichsrath gelöst werden kann, auf einige Zeit hinauszuschieben versucht. Als Hintermann steht Graf Tuma bereit, der jetzt überhaupt als der "Mann der Zukunft" gepriesen wird, er wartet bloß auf die Stichwort. Es ist charakteristisch für die maßlose Verkommenheit der ezechischen Bourgeoisie, daß sie gut Freund geworden ist mit jenem Mann, der das ezechische Volk mit Füßen getreten, jede freihetliche Bewegung durch den Ausnahmestand im Jahre 1893 erwürgt hat, und dafür damals von denselben Junggehehen als "Alba von Böhmern" verhöhrt wurde. Es kann also zu einer neuen Ministerkrise kommen. Die wenigen Sitzungen im böhmischen Landtag werden mehr ein Vorspiel sein; die Schlacht wird erst im Reichsrath geschlagen werden. Sicher ist, daß auch dort mit den üblichen Mitteln der österreichischen Gaullerpolitik die gefährliche Lage behoben werden wird.

Prag, 26. Febr. Landtag. Bei Beginn der heutigen Sitzung giebt der Abg. Lippert im Namen der Abgeordneten aller deutschen Parteien eine Erklärung ab, in der gegen die föderalistische Tendenz des Adreßberichts Stellung genommen, das Festhalten an der Verfassung betont und zum Schluß erklärt wird, daß die Deutschen an den weiteren Verhandlungen des Landtages nicht theilnehmen werden. Darauf verlassen die Deutschen aller Parteien unter Hochrufen auf die Verfassung den Landtagssaal. Der Jungehehe Aramuz begrüßte sodann den Landtagsaufbruch, worauf der Statthalter namens der Regierung eine Erklärung verlies, daß sie nicht auf dem staatsrechtlichen Standpunkt des Adreßberichts steht. (Ironische Zurufe der Jungehehen.)

Ungarn.

Budapest, 26. Februar. Infolge Verfügung des Ministers des Innern wird die zwangsweise Photographirung der Sozialisten bei der Polizei eingestellt.

Außerordentlich gültig! Zuerst photographirt man alle irgendwie bekannten Sozialisten, und als man keinen Zweck erreicht hat, erklart man das Verfahren für nicht zulässig. Diese Denkelei fehlte noch zu dem ablichtenden Bilde des offiziellen Ungarns.

Budapest, 26. Februar. Abgeordnetenhause. Ministerpräsident Baron v. Vassfy bringt einen Gesetzentwurf ein, durch welchen der 11. April als Jahrestag der vom König Ferdinand V. im Jahre 1848 sanktionirten ungarischen Verfassungsgesetze als nationaler Feiertag erklart wird.

Die Feldarbeiter-Bewegung. Von nichtsozialistischer Seite wird aus Wien geschrieben: Es wird nachdrücklich ganz klar, daß die ungarische Regierung systematisch den Zweck verfolgt, die sozialistische Organisation zu vernichten. Die Mittel, deren sie sich hierzu bedient, sind allerdings solche, wie man sie sich bei irgend einem asiatischen Despoten gewärtigen könnte; allein das wäre bei diesem Kulturstaat weniger zu verwundern, als die Freimüthigkeit, mit der die Minister ihr Stückchen den Abgeordneten — wahrscheinlich um sie zu amüüsieren — erzählen. Man muß nur die offiziellen Berichte der Regierungsbürokratie lesen, um zu sehen, wie grundlos die Anwendung der Gewaltmaßnahmen ist. Die offiziöse Presse muß bestätigen, daß die Bewegung bisher nirgends zu einer Ausbreitung geführt hat und die Bauern nur Versammlungen abhalten wollen. Der Vernichtungskrieg der Regierung ist ein systematischer. In die von der Bewegung bestrittenen Komitate werden ganze Kompagnien Militär geschickt, welche bei den wohlhabenden Sozialisten einquartiriert werden. Der Fleischbedarf des Militärs wird durch das den Ställen der Bauern entnommene Viehvieh gedeckt. Jede Versammlung wird unter Anwendung großer Machtmittel verhindert, die Führer verhaftet und in Anstalten erregender Weise abgeführt. Am diese Gewaltanwendungen zu rechtfertigen, werden durch die Presse unwahre Nachrichten von Gewaltthaten, — wie die Ermordung des Stabrichters Bindorich — verbreitet, um am nächsten Tage dementirt zu werden. Damit das Leben an der Wurzel vernichtet werden kann, wüthet die Polizei auch in der Hauptstadt gegen die Vereine, Gewerkschaften und die Presse. So wurden nicht nur bei der Redaktion des "Reinischen", sondern auch bei verschiedenen Mitgliedern der sozialdemokratischen Parteileitung Handdurchsuchungen vorgenommen. Viele wurden wegen "verdäutener Versammlungen" verurtheilt, obwohl keine Sammlungen stattgefunden hatten und kein Geld gefunden wurde, andere für das Verbrechensalbum photographirt. Daß die Kassen der Vereine, ihre Bücher und Schriften konfisziert wurden, ist selbstverständlich. Das sind aber nur einige Proben dieses planmäßigen Vernichtungskampfes, der eine politische Partei wohl tödten kann. Allein hier sieht die Regierung eben nicht vor einer solchen, sondern vor einer Bewegung, die sich aus wirtschaftlichen Verhältnissen entwickelt hat. Würden die ungarischen Staatsmänner die Geschichte der letzten Dezentenn Europa's verfolgt haben, so wären sie zur Erkenntniß gelangt, daß auch sie sich vor dieser wirtschaftlichen Bewegung werden heugen müssen, wie andere — größere — Staatsmänner sich vor ihr gebeugt haben.

Ueber die agrar-sozialistische Bewegung berichtet der "Pester Lloyd" täglich sehr ausführlich. In der letzten hier eingegangenen Nummer berichtet er u. a. folgendes:

Heute wurde der bekannte Arbeiterführer Alexander Rabi in seiner Wohnung in Neupest durch Detektivs verhaftet. Die Familie Rabi's suchte vergebens durch den Advokaten Dr. Bazsonyi die Freilassung des Inhaftirten zu erlangen.

Im Laufe des heutigen Tages wurde die zwangsweise Photographirung der in der sozialdemokratischen Bewegung eine Rolle spielenden Personen fortgesetzt. Es wurden photographirt: Józ. Kürschner,

Sekretär der Allgemeinen Arbeiter-Kassenkasse, Karl Dipp, Samuel Jahan, Ludwig Kreiswanger, Adolf Szatay, Jakob Cseprenpat, Eugen Watos und Franz Dupot. Ferner wurden die Arbeiterführer Desider Wolanski, Alexander Pfeifer, Eduard Baros und der Präsident des Schutzmacher-Arbeiter-Vereins Stefan Kaganer wegen ungesetzlicher öffentlicher Sammlungen einzeln zu je 100 fl. Geldstrafe verurteilt.

Außerhalb Budapests geht man mit Schamlosigkeit und Gewaltthätigkeiten noch ungenirt vor. Das Regierungsblatt berichtet weiter:

Obergespan Stefan v. Malnar und Komitats-Obernotar Dolus reisten nach Gyugand und von dort begeben sie sich nach Kiraly-Helmecy, dem Sitze des Bezirkes. Hierher sind sämtliche Gemeindevorstände des Bezirkes und die Präsidenten der sozialistischen Affoziationen zitiert worden, um sie über die entsetzlichen Folgen des gemeingefährlichen Unrechts persönlich aufzuklären. Eine vom Obernotar ausgearbeitete Anweisung zur Auflösung der sozialistischen Verbände wird den Gemeindevorstehern übergeben werden. Ueberdies werden in sämtlichen Gemeinden des Komitats wieder Plakate verendet werden, die das Volk von der sozialistischen Bewegung ernstlich abmahnen.

Frankreich.

Paris, 25. Februar. Die Deputiertenkammer genehmigte ohne Debatte das dritte provisorische Zwölftel.

England.

London, 22. Februar. (Sig. Ver.) Die neue irische Sozialverwaltungs-Bill, ihr demokratischer Charakter und ihr Preis an die Landlords. Gestern hat Herr Gerald Balfour, der gegenwärtige Staatssekretär für Irland, die neue irische Sozialverwaltungs-Bill eingebracht, welche die Regierung den Iren an Stelle von Home-rule darbietet, die aber thätlich sich nur als ein Schritt zur Verwirklichung von Home-rule, der nationalen Selbstverwaltung Irlands, erweisen wird. Die Staatsämter der unionistischen Koalition mühten unerlaubt kurz-sichtig sein, wenn sie sich das verheimlichten. Indes wissen sie sehr gut, was sie thun, wenn sie es zunächst mit dieser Bill versuchen.

Nicht daß dieselbe schwindig wäre. Im Gegentheil, in wichtigen Punkten ist sie so liberal oder demokratisch, wie man sie von einer Regierung, an deren Spitze Lord Salisbury und der Herzog von Devonshire stehen, nur verlangen kann, und in Preußen würde man sie für revolutionär erklären. Irland erhält Grasschaftsräthe, Distrikts- (Kreis-) Räte und Armenräthe, die auf Grund eines Wahlrechts gewählt werden, das sich namentlich auf den Lande- und Irland ist überwiegend Ackerbau-land — nur wenig vom allgemeinen Wahlrecht unterscheidet. Jeder Parlamentswähler, das heißt jeder Inhaber einer noch so kleinen eigenen Wohnung, ob Selbsterwerb oder Mieterwerb, ist wahlberechtigt und außer zu den Grasschaftsräthen erhalten auch Frauen, die vorkommende Bedingung erfüllen — und das trifft nicht nur bei Frauen der bestehenden Klassen zu — das Wahlrecht. Die Iren aller Michtungen haben denn auch soweit der Bill ein geradezu überschwängliches Lob gespendet. Dagegen die irische Presse. Am lautesten in ihrem Lob sind die sogenannten Varnelliten, richtige Redmonditen. Sie schimpfen schon auf die Liberalen, daß diese überhaupt es wagen, an der Bill etwas anzufügen.

Die Rehfeste, oder wenn man will, der Kaufpreis der Bill sind die Bestimmungen über die Aufbringung der Kosten der Sozialverwaltung. Bisher fielen diese zu einem großen Theil den Landlords zu, die dafür die Verwaltung im Verein mit der irischen Staatsregierung monopolisirten. Da die Bauern in den neuen Körperschaften mit Verantwortlichkeit die Landlords überstimmen können, bestände für diese die Gefahr, daß man allerhand Ausgaben beschließen könnte, für welche die Landlords vornehmlich die Kosten aufzubringen hätten. Um dem vorzubeugen, bestimmt die Vorlage, daß die Landlords als solche zu den Sozialverwaltungen überhaupt nicht mehr herangezogen, die Steuern vielmehr ausschließlich von den Pächtern, Freisassen oder Landlords, soweit sie Landbesitzer sind, aufgebracht werden sollen. Dafür übernimmt der Staat bezw. das Reich die Hälfte der Kosten der Sozialverwaltung. Herr Balfour schätzt den erforderlichen Zuschuß auf 780 000 Pfd. Sterl. (14,6 Millionen Mark) jährlich, wozu noch die Einkünfte aus Schankkonzessionen z. kommen. Auf diese Weise werden alle Theile bedrückt. Die kleinen Leute erhalten Selbstverwaltung ohne zu große Lasten, die Landlords Steuerentlastung und Schutz gegen Expropriationsgefahr der Bauern. Diese Steuerentlastung ist die auf Irland entfallende Liebesgabe der konservativen Regierung für die „Landwirtschaft“. Ein Theil davon wird den Pächtern dadurch wieder zugeführt, daß das Gesetz eine Ermäßigung der Pachtzins um den vorausgeschickten Betrag der Steuern, von denen die Pächter bisher befreit waren, vorsieht. Aber der Löwenanteil verbleibt den Landlords.

Gegen diesen zweiten Theil der Bill hat sich mit großer Behemung Michael Davitt gewandt. Er werde jeden Versuch, Parteigänger der Regierung aus dem Staatsrädel zu unterziehen, mit der äußersten Energie bekämpfen. Auch der liberale Abgeordnete Caldwell und ebenso Herr John Morley, der als offizieller Parteirebner sprach, setzten mit ihrer Kritik hier ein. Im übrigen versprach Morley, die Bill von Herzen zu unterstützen. Das ist überhaupt der Wortlaut konservativer Regierungen in England, daß ihre wirklichen Reformvorlagen gewöhnlich im Parlament verbessert werden, während, wenn die Liberalen im Amte sind, das Umgekehrte geschieht. Andererseits werde diese Bill aber schwerlich gekommen, wenn nicht die Liberalen Home-rule aufgenommen hätten. Das wissen auch die Iren, und ebenso wissen sie, daß es bei den Reformen in England langsam vorwärts, aber nie rückwärts heißt, und daher der Jubel über die vorläufige Home-rule von der Tagesordnung abgehende Bill. Sie ist in ihren Augen immerhin ein Erfolg, der sie die hundertjährige Gedächtnisfeier der Rebellion von 1798 mit Genugthuung begehen läßt.

Die Vernehmung der Armee kam im Unterhaus am Freitag zur Debatte. Der Parlamentsekretär des Kriegsdienstes John Brodrick führte aus, die verlangte Vernehmung sei die größte in diesem Jahrhundert außer in den Zeiten, wo in Europa Krieg herrschte, sie sei aber durch die eigenthümlichen Erfordernisse des Heeres bedingt; das Heer habe eine sehr große Grenze zu vertheidigen und Streitkräfte für mögliche große Kriege einzubringen und jeden Augenblick kleine Kriege in den verschiedensten Zonen zu führen. Die vorgeschlagenen Veränderungen würden bewirken, daß das Land für die heimische Verteidigung genügend reguläre Truppen haben werde, die völlig mit Artillerie für die drei Armeekorps versehen seien. Für kleinere Nothfälle werde man eine Streitmacht von zehntausend Mann entsenden können, ohne die Hauptreserve einzuberufen oder Mannschaften von einem zu dem anderen Truppentheile zu überführen. Für einen großen Krieg würden zwei Armeekorps vollständig zur Verfügung stehen. Die Vorschläge der Regierung seien von der Ueberzeugung diktiert, daß sie für die nationale Sicherheit notwendig seien.

Italien.

Rom, 25. Februar. Deputiertenkammer. Der Unterstaatssekretär des Innern, Arcolio, erklärt in Beantwortung einiger Anfragen über die Verhältnisse in Troina und Modico, daß diese Vorkommnisse vereinigt und ohne jeden Zusammenhang seien. In den betreffenden Gebieten herrschten ganz besondere örtliche Verhältnisse und die Vorkommnisse seien hauptsächlich dem Widerstande gegen administrative Maßregeln zuzuschreiben.

Spanien.

Madrid, 26. Februar. Im heutigen Ministerrathe wurde General Augusti zum Gouverneur der Philippinen ernannt. Ferner wurde mitgeteilt, daß die Beziehungen Spaniens zu den Vereinigten Staaten heutzutage blieben; der Ministerrath sprach sein Bedauern darüber aus, daß die amerikanische Presse die öffentliche Meinung aufregt.

In Salamanca veranstalteten ungefähr 3000 Personen eine Kundgebung und verlangten Brot und Arbeit. Die Monisten warfen gegen einige Häuser Steine, drangen in den Bahnhof ein und bemächtigten sich einer Anzahl Säcke und Getreide.

Serbien.

Belgrad, 25. Februar. Es verlautet, die Skupschina soll aufgelöst und die Neuwahlen sollen für Mitte März ausgeschrieben werden. Die neue Skupschina soll dann in der zweiten Hälfte des April nach Nisch einberufen werden.

Amerika.

New-York, 26. Februar. „New-York Herald“ meldet, Mac Kinley habe dem Vizepräsidenten des Senats und zwei Senatoren gegenüber die Meinung ausgedrückt, daß, wenn die Untersuchung ergeben sollte, die „Maine“-Explosion sei auf ein Verbrechen zurückzuführen, ein Krieg mit Spanien unvermeidlich wäre.

„Daily Mail“ wird aus New-York gemeldet: Nach Berichten aus Washington verhehlen höhere Beamte der Admiralität nicht, daß man einer kritischen Lage entgegenstehe. Die Arbeiten der Untersuchungskommission in Havana würden zwar geheim gehalten, jedoch gewinne die Meinung, daß die „Maine“-Katastrophe durch eine von außen kommende Explosion einer unterirdischen Mine hervorgerufen sei, an Wahrscheinlichkeit. Die spanische Regierung leugnet allerdings das Vorhandensein unterirdischer Minen im Hafen von Havana.

Partei-Nachrichten.

Polizeiliches, Gerichtliches zc.

Die vom ersten Staatsanwalt in Halberstadt, dem Geheimen Justizrat Schöne, veranlaßte Beschlagnahme der Nr. 10 der „Arbeiter-Zeitung“ ist auf seinen eigenen Antrag wieder aufgehoben, und zwar wegen „Ermangelung eines berechtigten Strafantrags“. Für die Behandlung der Arbeiterpresse ist es charakteristisch, daß die Beschlagnahme überhaupt ausgesprochen werden konnte. Unser Bruderorgan wurde nämlich wegen folgender Notiz beschlagnahmt:

Verenburg. Der „General-Anzeiger für Anhalt“ meldet, daß ein jähriges Mädchen, das die hiesige höhere Mädchenschule besucht, von seinem Vater argmißhandelt worden und ihm auch häufig die Nahrung entzogen worden ist, sodaß das Kind fortgesetzt Hunger leiden mußte. Man darf auf das gerichtliche Nachspiel, das die Sache jedenfalls haben wird, hoch gespannt sein, da der „General-Anzeiger“ behauptet, der Staatsanwalt Pannier sei der Vater des Kindes.

Die bürgerliche Presse Halberstadts, die längst vor der „Arb.-Zg.“ über die auch unseren Lesern bekannte Panniersche Angelegenheit in ausführlicher Breite berichtet hatte, ist unbeeinträchtigt geblieben. Bei der „Arb.-Zg.“ aber wurden auch noch die Verhöre anderer Städte alarmirt, um auf die Nummer zu schauen. Staatsanwalt Pannier, dem die Sache doch zunächst anging, hat einen Strafantrag nicht gestellt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Die Differenzen der Arbeiter mit dem Verband der Berliner Schuhfabrikanten scheinen, veranlaßt durch die Haltung der letzteren, wieder ernstliche Konflikte herbeizuführen. Am 20. Januar wurde vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts zwischen den Bevollmächtigten der Fabrikanten und der Arbeiter unter anderen vereinbart, daß die Parteien in Wäde über die strittigen Punkte bezüglich des Arbeitsnachweises in Verhandlung treten“. Unter dieser Voraussetzung schlossen die Parteien einen Vergleich, wonach die Arbeiter sich damit einverstanden erklärten, daß der Arbeitsnachweis-Schein, wie in der Arbeitsordnung der Fabrikanten bestimmt war, deponirt werde. Beide Parteien nahmen den Vergleichsvorschlag des Einigungsamtes bedingungslos an.

Als strittiger Punkt galt die in den Verhandlungen des Einigungsamtes von den Arbeitervertretern erhobene Forderung nach Beteiligung an der Verwaltung des Arbeitsnachweises. Nachdem die Arbeiter durch Verlegung des Ausstanzes ihrerseits die Einigungsbedingungen erfüllt hatten, rückten die Arbeitervertreter an den Vorstand des Verbandes der Schuhfabrikanten das Ersuchen, die Verhandlungen über den Arbeitsnachweis einzuleiten. Der Vorsitzende Schützow, der mit als Vertreter der Fabrikanten vor dem Einigungsamt fungierte, stellte daraufhin das Verlangen, Beschwerden über den Arbeitsnachweis schriftlich mitzutheilen, er werde dieselben dann dem Verbandsverlegen und das weitere veranlassen. Diese gewundene Zuschrift, die wie ersichtlich, die strittigen Punkte garnicht berührt, veranlaßte nunmehr die Arbeiter, ihre Vorschläge betreffs der Verwaltung des Arbeitsnachweises den Fabrikanten zu unterbreiten. Die Fabrikanten lehnten es ab, auf diese Vorschläge einzugehen und verwiesen wiederum auf den Beweismittelweg; sie haben sich auch bis jetzt nicht zu weiteren Zugeständnissen bereit erklärt. Auch ein letzter Versuch der Arbeiter, durch Annahme des Einigungsamtes des Berliner Gewerbegerichts einen Ausgleich über die strittigen Punkte herbeizuführen, ist durch die in unserer gestrigen Holz-näher erläuterten Haltung der Fabrikanten gescheitert. Schon hierdurch ist klar ersichtlich, daß die Fabrikanten die durch die bedingungslose Annahme des Vergleichsvorschlages übernommenen Verpflichtungen nicht erfüllt haben. Aber auch noch in einem anderen Punkte sind mehrere Fabrikanten ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen. Die Fabrikantenvertreter gaben vor dem Einigungsamt die Erklärung ab, daß sämtliche Arbeiter, deren Plätze nicht besetzt oder die nicht kontraktmäßig geworden sind, sofort wieder an ihre alten Arbeitsplätze kommen sollten. Diejenigen aber, deren Plätze mittlerweile besetzt waren, sollten auf dem Arbeitsnachweis das Vorrangrecht bekommen. Von den Ringfabrikanten, die diese Verpflichtungen nicht erfüllt haben, nennen wir die Firma Teschner und Lüderig und die Wollschuhfabrik von Max Hey. Aber auch von dem Arbeitsnachweis der Fabrikanten sind vor der Einstellung der Ausständigen nicht am Ausstanz Beteiligte plagirt worden.

Es ist klar, daß die Nichterfüllung der Einigungsbedingungen von seiten der Fabrikanten in den beteiligten Arbeiterkreisen eine große Erörterung wachgerufen hat. Die Fabrikanten haben es sich in diesem Falle durch ihr Verhalten selbst zuzuschreiben, wenn es zu keinem friedlichen Verhältnis zwischen den Parteien kommt.

Der Zimmerer-Versammlung, die am Freitag Abend tagte, lagen zwei Resolutionen zur Abstimung vor. Die eine, von Knäuper (zentral) eingebracht, forderte Auflösung der Lohnkommission und Führung der Lohnbewegung durch die Organisationen. Nur die Angelegenheiten, die aus vereinigungsgesetzlichen Gründen nicht durch die Organisationen erledigt werden können, sollen durch die von einem Vertrauensmann einzuberufenden öffentlichen Versammlungen ihre Regelung finden. Die von Fischer (lokal) gestellte Resolution empfiehlt an Stelle der bisherigen Lohnkommission einen Vertrauensmann, einen Kassirer und zwei Stellvertreter zu wählen, welche die öffentlichen Angelegenheiten, insbesondere die Lohnbewegung der Berliner Zimmerer zu leiten haben. Diese Personen sollen auch die Sammlungen zum Streikfonds in der bisherigen Weise führen. Auch steht diese Resolution die Wahl von Mandatirten vor und schließlich wird ein sofortiges Vorgehen zur Sicherung des 60 Pf.-Stundenlohes gefordert. Die Abstimmung ergab die Annahme der Knäuper'schen Resolution mit 499 Stimmen gegen 411 Stimmen, die für die Resolution Fischer abgegeben wurden. (Weiterer Bericht folgt. D. H.)

Die Tabakarbeiter und Tabakarbeiterinnen werden auf die am 1. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Gröndel stattfindende öffentliche Versammlung aufmerksam gemacht, in welcher der Reichstags-Abgeordnete Wilhelm Kees über: „Den Kampf um die Koalitionsfreiheit“ sprechen wird. Außerdem findet die Neuwahl der Kommission nach der vorhergegangenen Neuwahlung statt. Die Kommission.

Nähting. Glaser! Verschiedene Unternehmer versuchen jetzt, was wir 1896 durch unsere Bewegung errungen haben, rückgängig zu machen. Bei Kleist, Genthnerstraße 2, ist die 9 1/2 stündige Arbeitszeit eingeführt. Bei S. Alt, Rosenhallerstraße, sind am vorigen Sonnabend zwei Kollegen entlassen, dafür wird nun bis abends 9 Uhr gearbeitet, ob die Ueberstunden als solche bezahlt werden, bezweifeln wir. Im übrigen herrscht bei Alt eine unbestimmte Arbeitszeit. Montag, den 28. Februar, abends 8 1/2 Uhr, tagt eine öffentliche Versammlung der Glaser in den Kaminhallen, Kommandantenstr. 20, wo die feinerzeit gewählte Kommission Bericht erstatten wird und betreffs unserer Bewegung, welche jetzt sehr im argen liegt, weitere Schritte beraten werden sollen. Nicht eines jeden Kollegen ist es, pünktlich zu erscheinen. Die Vertrauensmänner der Berliner Glaser.

Nähting. Stuckateure! Kollegen! Wie einzelnen unter Euch schon bekannt ist, soll über das Statut des diesjährigen Verbandstages laut Bestimmung des Hauptvorstandes zur Urabstimmung geschritten werden. Zu diesem Zweck hat die hiesige Verwaltung Stimmmittel anfertigen lassen, welche in den einzelnen Zahlstellen sowohl wie auf dem Arbeitsnachweis ausliegen. Die Zettel müssen bis spätestens 1. April er. ausgefüllt sein. Sorgt für weite Bekannmachung. Erscheint alle in der Versammlung am 28. d. M.

Nähting. Maurer Charlottenburgs und Umgegend! Laut Beschluß der am Donnerstag, den 17. Februar 1898, stattgefundenen öffentlichen Maurerverammlung ist jeder Kollege verpflichtet, an dem Ort eine Sammelkarte zum Streikfonds zu lösen, wo er seinen Wohnsitz hat. Die Grenze des Streikgebietes für Charlottenburg, Wilmerdorf und Schmargendorf ist wie folgt festgesetzt: Von der Nollmanntwiese, Tegeler Weg bis Hamburger Bahn, dieselbe entlang bis Hasburger Ufer, von dort die Spree entlang bis Bahnhof Thiergarten, Berlinerstraße bis zum Anie, Hardenbergstraße bis zur Gedächtniskirche, Lützenstraße bis Wartenberger Platz, Bayentherstraße, Gaisbergstraße, Prinz-Regentenstraße entlang bis an die Bahn Siedring, Wilmerdorf, Schmargendorf südlich und westlich Halensee, Grunewald und Westend bis Spandauer Hof. Wir erklären uns nun bereit, mit den Maurern Berlins die Lohnforderung für das Jahr 1898, den stündlichen Arbeitslohn sowie den Lohn von 60 Pf. pro Stunde zur Durchführung bringen zu helfen. Die Lohnkommission empfiehlt Mandatirten auf jeder Arbeitsstätte zu ernennen und dafür einzutreten, daß jeder Kollege sich in den Besitz einer Sammelkarte setzt wie oben angegeben und den wöchentlichen Beitrag pro Woche von 25 Pf. zahlt. Aufnahme- und Sammelkarten werden täglich von morgens 8 Uhr bis abends 8 Uhr in der Zentralstelle bei Feder, Bismarckstraße 74, Telefon: Amt Charlottenburg Nr. 579, veräußert, diejenigen, welche arbeitslos sind, erhalten vom Donnerstag ab jede Woche den Arbeitslosen-Stempel in die Sammelkarte gedruckt. Die wöchentlichen Beiträge werden Sonnabends abends in folgenden Lokalen entgegengenommen in: Charlottenburg bei Feder, Bismarckstraße 74; Bredlow, Ausburgerstr. 78; Wilmerdorf bei Klingenberg, Berlinerstraße, sowie im Restaurant Cafe Bahnhof Wilmerdorf-Friedenan. Wir ersuchen alle Kollegen, darauf Bezug zu nehmen. Die Lohnkommission der Maurer Charlottenburgs und Umgegend.

Deutsches Reich.

In Burg steht eine Lohnbewegung der Schneider bevor, was zu beachten die Fachgenossen allerorts gebeten werden.

In der Osen-Fabrik von Gebrüder Reif in Ramenz in Sachsen sind die Lohndifferenzen auf dem Wege gegenseitiger Verhandlung beigelegt worden.

Ausland.

Die schweizerischen Metallarbeiter haben für die englischen Maschinenbauer die Summe von 4704 Franks aufgebracht.

Das internationale Agitationskomitee der Bildhauer veröffentlicht in der „Bildhauer-Zeitung“ einen Bericht des nordamerikanischen Korrespondenten, in dem hervorgehoben wird, daß die Bildhauer in Amerika schon ganz ansehnlich unter der Konkurrenz der Maschine zu leiden haben. Die Zahl der Arbeitslosen ist daher sehr eine ziemlich große und die Löhne können nur mit Aufwendung aller Kräfte seitens der Organisation noch hochgehalten werden.

Soziales.

Ueber die Einrichtung und den Betrieb von Bäckereien und Konditoreien hat der hamburgische Senat im Dezember vorigen Jahres eine Verordnung erlassen, die sowohl im Interesse der Bäckerarbeiter wie des Publikums nur zu begrüßen war. Die Bäcker-Zunft erklärte die Verordnung natürlich für „undurchführbar“ und kündigte an: „Wirde die Behörde die Bestimmungen genau und strikte durchzuführen, wir alle würden, analog den Folgen des Gesetzes betreffend den Minimal-Arbeitslohn, zu Gesetzesübertretern werden.“ Diese Spekulation auf die Langsamkeit des Senats scheint aber mit einem vollständigen Recht einden zu sollen. An der Hamburger Börse ist nämlich der Prospekt der Gründung einer großen Profabrik ausgegeben worden, die täglich 176 Tausend Mehl zu Backwaren, ungeredet das Feingeback, verarbeiten soll. In dem Prospekt heißt es: „Es ist bekannt, daß die Brotbereitung in Hamburg schon lange zu erheblichen Klagen geführt hat, es darf in dieser Hinsicht auf die Verordnung des Senats vom 20. Dezember 1897 verwiesen werden, welche bezweckt, die großen Mängel in den bisherigen Bäckereibetrieben zu beseitigen. Das neue Unternehmen soll in erster Linie bei der Bereitung des Brotes einwandfreie Sauberkeit beachten, und diejenigen Anforderungen erfüllen, die billigerweise an einen derartigen Betrieb gestellt werden müssen. Weiter wird in dem Prospekt mitgeteilt, daß das Personal der Profabrik dauernd durch einen Arzt überwacht werden würde, weil Schwindsucht und insbesondere die sogenannte Bäckerkrebe leider nur zu häufig vorkommende Krankheiten im Bäckereibetriebe sind.“

An der amüsanten Thatsache, daß das Großkapital sich bei seinen Gründungen bereits auf die jämmerlichen Betriebsbedingungen der bestehenden Bäckereien beruft, könnten die Bäckermeister merken, wie dünn sie handeln, wenn sie sich gegen die Beachtung der Vorschriften sträuben, die zum Schutze der Arbeiter und des Publikums erlassen werden müssen.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Breslau, 26. Februar. (B. H.) In Zabrze fand, wie der „Bresl. Gen.-Anz.“ meldet, in der Kolonia A und B heute Vormittag 12 Uhr 7 Minuten ein 6 Sekunden dauerndes, so starkes Erdbeben statt, daß viele Fensterscheiben in den Häusern zertrümmert wurden.

Brag, 26. Februar. (B. L. B.) Landtag. Die Adresse wurde einstimmig angenommen. Im Laufe der Debatte erklärte der Junge Engel, die Regierung würde auf dem eingeschlagenen Wege nicht zur Ordnung im Reiche gelangen. (Beifall bei den Jungesenen.) — Prinz Boblowich erklärte namens des konservativen Großgrundbesitzes, seine Partei werde ohne Rücksicht auf den Standpunkt dieser oder jener Regierung bei den wiederholt ausgesprochenen Grundsätzen verharren. (Stürmischer Beifall.) Der Berichterstatter Kramarz fragt, ob es staatsmännisch wäre, im gegenwärtigen Moment eine gewisse Entscheidung gerade gegen die Majorität des böhmischen Landtages hervorzuführen. (Beifall.) Die Regierungen kommen und gehen; aber das tschechische Volk bewahre seine Ueberzeugung und seine Traditionen.

Rom, 26. Februar. (B. L. B.) Die Deputiertenkammer nahm in geheimer Abstimmung mit 168 gegen 51 Stimmen den Entwurf betreffend die Bildung einer Kommunal- und Provinzial-Kreditkasse an.

Athen, 26. Februar, 7 Uhr 10 Min. abends. (B. L. B.) Gegen den König ist ein Attentat verübt worden. Der König wurde nicht verletzt.

Abgeordnetenhaus.

92. Sitzung vom 26. Februar 1898, 12 Uhr.

Vom Ministerliche Dr. v. Miquel, später Wessfeldt und Kommissarien.

Zweite Beratung der Novelle zum Zentralgenossenschafts-Kassengesetz. (Erhöhung des Kassenvormögens von 20 auf 50 Millionen Mark.)

Abg. Vockelberg (L.) beantragt als Referent der Budgetkommission unveränderte Annahme der Vorlage. Die Budgetkommission habe besonders Kennniss genommen von dem Geschäftszustand der Kasse, dass die Möglichkeit giebt, Genossenschaften, die ihren Kredit zu spekulativen Zwecken ausnützen, den billigen Kredit bei der Zentralgenossenschaftskasse zu entziehen.

Abg. v. Pögg (L.) wird mit seinen Freunden für die Vorlage stimmen. Lange wird es ja nicht dauern, dann wird man ja mit der Forderung neuer Summen für die Kasse kommen. Das ist auch ganz erklärlich, denn die 400 Millionen in der Reichsbank dienen dem kurzfristigen Geldumlauf des Handels und der Industrie und da ist es keine unbillige Forderung, wenn für die Betriebe, die einen längeren Kredit haben müssen, ein besonderes Institut geschaffen wird, wie das ja auch in Frankreich geschieht. (Bravo! rechts.)

Abg. Cahendy (Z.) erklärt sich ebenfalls für die Vorlage. Abg. Schler (fr. Vg.): Die Kasse könnte ankommen mit dem fehlenden Grundkapital und Redner wird deshalb gegen die jetzige Vorlage stimmen, obwohl er der ersten Vorlage und auch der ersten Kapitalerhöhung zugestimmt habe. Herr v. Pögg kündigt ja denn auch ganz mit Recht schon eine künftige, weitere Kapitalerhöhung an. Aber man kann doch begreifen, dass ein Bankier diesem Geschäftsbetrieb mit Neid zusieht. Die rapide Steigerung des Verkehrskapitals passt gar nicht zu dem sonst so vorsichtigen Wesen des Finanzministers. Viel Unheil kann durch unvorsichtige Kreditgeber angerichtet werden. Man hätte mindestens noch ein Jahr die Kasse in ihrem jetzigen Rahmen arbeiten lassen können.

Abg. Dr. Arendt (fr.) behauptet, dass alle Bedenken des Vorredners in der Kommission eingehend geprüft worden sind. Erfreulicherweise nähern sich ja auch die Schulze-Delitzsch'schen Genossenschaften dem neuen Institut.

Abg. Strombeck (Z.) ist bereit, für die Vorlage zu stimmen, obwohl er schwere Bedenken gegen die schnelle Steigerung des Verkehrskapitals hat. Auch den Kassenericht findet er mangelhaft.

Abg. Dr. Sattler (natl.): Grundrisslich haben die Nationalliberalen der Genossenschaftskasse nie gegenüber gestanden. Bedenken, die sie gegen die Vorlage hatten, sind durch die Auskunft, die der Leiter der Kasse, der Abg. Frhr. v. Guene, in der Kommission erteilt hat, widerlegt.

Abg. Brömel (fr. Vg.) hätte gewünscht, dass die Kommission einen schriftlichen Bericht erhalten hätte, damit die Ausführungen des Herrn v. Guene bekannt geworden wäre. Redner tritt einigen Ausführungen des Abg. Dr. Arendt, die gegen die Reichsbank und ihre Zinspolitik gerichtet waren, entgegen. Die Diskont-Erhöhung erkläre sich genügend aus der vorübergehend ungewöhnlich starken Finanzschwäche des Reichsbank-Kredits. Wenn sich schließlich auch Schulze-Delitzsch'sche Genossenschaften finden, um den billigen Kredit der Zentral-Genossenschaft zu benutzen, so ist das weiter nicht zu verwundern, denn wo es etwas zu verdienen giebt, findet sich immer eine Anzahl von bereiten Leuten. Die Genossenschaftskasse mit der Reichsbank zu vergleichen ist ganz unzutreffend. Für die Gründung der Kasse ist auch Redner eingetreten; die Fortentwicklung der Kasse hat den anfänglichen Erwartungen nicht entsprochen; er stimme daher gegen die Vorlage.

Abg. Frhr. v. Erffa (L.) bemerkt, dass es nicht üblich sei, über Kommissionsberatungen, bei denen sich eine erhebliche Stimmeneinheit ergiebt, schriftliche Berichte zu erstatten, weil es da eben kein pro und contra zu erörtern giebt.

Abg. Dr. Arendt weist sich von jeder Animosität gegen die Reichsbank frei, bleibt aber dabei, dass ihr durch Staatsmittel mehr Vortheile zugewendet sind, als der Genossenschaftskasse.

Abg. Freiber v. Guene (Z.) findet es schwer, im Plenum eine Erklärung wiederzugeben, die er in der Kommission gemacht. In der Kommission unterhalte man sich mehr zwanglos und vertraulich. Redner erörtert zunächst die Prüfung der Kreditwürdigkeit der Genossenschaften, die mit größter Vorsicht vorgenommen werden. Herr Brömel habe von diesen Dingen augenscheinlich keine Ahnung, wenn er behaupte, es finde sich genügend anderweit Kredit. (Sehr richtig.) Für wohlhabende Leute giebt es überall Kredit. Für kleine Leute aber nicht. Es liegen Briefe vor, wonach die Handwerker ihre Kundenwechsel mit 7 pCt. diskontieren. (Hört! hört!) Die Genossenschaften werden infolge der Wirkung der Zentral-Genossenschaftskasse mit ihrem Zinsfuß zurückgehen müssen. Die Zentral-Genossenschaftskasse entwickle sich langsam, lasse aber heute bereits erkennen, dass sie eine erhebliche Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse in den betreffenden Kreisen herbeigeführt hat. Es sei auch eine ruhige Weiterentwicklung zu hoffen, wenn diese auch vielleicht nicht ganz den lähnen Wünschen des Abg. v. Pögg entsprechen sollte. (Bravo!)

Abg. Brömel wendet sich gegen die Arendt'schen Ausführungen. Bisher lasse sich ein Urteil über die Kasse nicht fällen, das wird erst in wirtschaftlich schweren Zeiten möglich sein.

Die Vorlage wird hierauf angenommen und sodann in die Beratung des Etats der Zentral-Genossenschaftskasse eingetreten, der ohne Debatte erledigt wird.

Sodann wird die gestern abgebrochene Beratung über den Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung fortgesetzt bei dem Ausgabebetitel: Zur Remuneration der nicht festangestellten Staatskommissarien bei den Börsen 25 100 M.

Abg. Brömel (fr. Vg.) regt an, die Remuneration ganz erheblich herabzusetzen, denn die Börsen sind heute so wenig umfangreich, dass die Leute nichts zu thun haben.

Minister Wessfeldt bittet die Position zu bewilligen, da der börsenlose Zustand hoffentlich kein langer sein wird.

Abg. Brömel theilt diese Hoffnung nicht, er ziehe übrigens nach den Erklärungen des Ministers seinen Antrag zurück.

Die Position wird hierauf bewilligt.

Auf Anregung des Abg. Kirch (Z.) theilt Regierungskommissar Geheimrath Lüderz mit, dass die Regelung der Gehalts- und Assistenzverhältnisse der Lehrer an der Kunstgewerbeschule in Düsseldorf und anderen Städten soweit gefördert sei, dass demnächst die erforderlichen Bestimmungen in Kraft treten werden. Nöthigenfalls werde der Staat auch Zuschüsse zu den Kosten leisten.

Abg. Hansen (fr.) weist auf die schlechte Unterbringung der kunstgewerblichen Sammlung in Flensburg hin, die, obwohl sie nächst den Sammlungen in Berlin und Köln die bedeutendste sei, doch dem Untergange geweiht erscheine, wenn nicht bessere bauliche Verhältnisse geschaffen werden.

Regierungskommissar Geheimrath Grandke erwidert, dass es grundsätzlich Sache der Gemeinden bleiben müsse, für die Zwecke des gewerblichen Unterrichts die erforderlichen Aufwendungen zu machen. Die Regierung müsse sich hier jeder Einmischung enthalten, schon wegen der Konsequenzen, welche andere Städte daraus ziehen würden.

Abg. Bachmann (natl.) bittet die Regierung, die Sache nochmals zu erwägen, es bestehe in Flensburg ein dringendes Bedürfniss für einen solchen Museumsbau, den die Stadt allein nicht ausführen könne.

Abg. Hansen bemerkt, dass vor zwei Jahren die Erklärung des Herrn v. Buelow viel entgegenkommender lautete. Der Rest des Etats wird ohne weitere Debatte genehmigt.

Montag 11 Uhr: Eisenbahn-Etat. Schluss 4 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission wird ihre nächste Sitzung, in welcher die Beratung des Flottenetats fortgesetzt werden soll, am Mittwoch Vormittag 10 1/2 Uhr halten.

Die sechste Kommission des Reichstages setzte heute die Beratung der Novelle zur Konkursordnung fort. Bei § 96 wurde nach zweifelhäufiger Beratung des Antrags Minteln, wonach ein zur Führung von Handlungsbüchern verpflichteter Kaufmann zum Antrage auf Konkursöffnung verpflichtet sein soll, „sobald aus der Jahresbilanz sich ergibt, dass die Schulden mindestens das Doppelte des Aktivvermögens betragen“, mit Stimmengleichheit (9 gegen 9 Stimmen) abgelehnt. Die §§ 97 bis 161 wurden angenommen, die dazu gestellten Abänderungsanträge in wesentlichen abgelehnt. Bei der Beratung des Zwangsvergleichs wurde die Verhandlung abgebrochen. Nächste Sitzung Dienstag, den 1. März.

Dem Reichstag ist eine Denkschrift über die Aufnahme der Anlagen zur Herstellung von Gussstahlkugeln mittels Kugelschrotmühlen (Kugelschrotmaschinen) in das Verzeichniss der einer besonderen Genehmigung bedürftigen Anlagen zugegangen.

Der Abg. v. Brockhausen richtete im Verein mit zahlreichen konservativen Abgeordneten die folgende Interpellation an die Staatsregierung:

Welche Maßnahmen hat die kgl. Staatsregierung in Aussicht genommen, um die Schäden und Gefahren, welche dem gewerblichen Mittelstande durch die den Detailhandel mit Waaren verschiedener Gattungen betreibenden großkapitalistischen Unternehmungen entstehen, thunlichst einzuschränken?

Kommunales.

Gehaltsaufbesserungen des städtischen Bureaupersonals und der juristischen und technischen Beamten. Seit dem Jahre 1894, in dem die jetzige Gehalts-Stala für die Magistrats-Sekretäre festgesetzt ist, hat der Staat die Einkommensverhältnisse der Regierung-Sekretäre unter anderem dadurch verbessert, dass er vom 1. April 1896 ab die zur Erreichung des Höchstgehalts erforderliche Dienstzeit von 24 auf 21 Jahre herabgesetzt und vom 1. April 1897 ab das Höchstgehalt um 600 M. erhöht hat. — Infolge dessen fangen die Regierungskassentare in Berlin, die am 1. April 1897 eingestellt waren, mit 1800 M. und 540 M. Wohnungsgeld-Zuschuss an und steigen in 21 Jahren auf 4800 M. und 540 M. Wohnungsgeld-Zuschuss, zusammen 5340 M. Einkommen. — Da die Anforderungen, die der Magistrat an die Vorbildung und Fachkenntnisse, sowie an die Leistungen der Magistratssekretäre stellen muss, mindestens eben so groß sind, wie die an die Regierungskassentare gestellt, so will derselbe seinen Sekretären wenigstens eine Erhöhung des Höchsteinkommens um 600 M. zu Theil werden lassen, dagegen von einer Verkürzung der Dienstzeit Abstand nehmen. — Bei der hierdurch bedingten anderweitigen Festsetzung der einzelnen Gehaltsstufen hat der Magistrat darauf Bedacht genommen, die Sekretäre möglichst frühzeitig in ein auskömmliches Mittelgehalt aussteigen zu lassen, ein Bestreben, das auch in der Gehalts-Stala für die Regierungskassentare zum Ausdruck gekommen ist. — Nach der vom Magistrat vorgeschlagenen Stala würden die Magistratssekretäre 12 Jahre nach ihrer Anstellung 3600 M. Einkommen erhalten, während die Regierungskassentare 3200 M. und 540 M., zusammen 3740 M. nach 9 Jahren, also 8 Jahre früher erreichen. Die Gehälter der Bureau-Direktoren sollen von 6000 M. auf 7000 M., die der beiden Revisoren und der vier Kantanten von 6000 M. auf 6300 M. und das Anfangsgehalt der Ober-Stadtssekretäre von 5100 M. auf 5400 M., steigend von zwei zu zwei Jahren um 300 M. bis zum Höchstgehalt von 6300 M. festgesetzt werden. — Das Gehalt der Bureau-Assistenten soll mit Rücksicht hierauf um 300 M. auf 3900 M. Höchstgehalt erhöht werden und zwar um 100 M. nach 6 Jahren, um weitere 100 M. nach 9 Jahren und um 100 M. nach 21 Dienstjahren. — Hierbei wird bemerkt, dass zizka 45 von diesen Beamten ein Dienstalter von 10—13 Jahren und die übrigen ein solches von 7 Jahren und darunter haben. — Das Gehalt der Steuererheber, Rathswaagemeister, Grundbuchaufseher, Stadtschreiber, Magistratsdiener, Arbeitshaus-Aufseher, Chauffeur- und Wegeaufseher usw. in der zweiten Gehaltsstufe um 50 M. in der dritten und in allen anderen Gehaltsstufen dagegen um 100 M. erhöht werden. — Vom 1. April 1897 ab sind die Gehälter der richterlichen Beamten erhöht worden und soll, damit die Assessoren der städtischen Verwaltung ihre Stellungen nicht als Uebergangsstation betrachten, ihr Gehalt von 6000 M. auf 7500 M., zu erreichen in 18 Dienstjahren, erhöht werden. Ebenso verhält es sich bei den Schul- und Bauinspektoren sowie Stadtbauameistern, deren Höchstgehalt von 7200 M. auf 7800 M. bzw. von 7800 auf 8400 M. und von 6000 auf 6600 M. festgesetzt werden soll. — Bei den Stadtbauassistenten hat bei der Anstellung die Anrechnung der früheren Dienstzeit nach verschiedenen Grundstufen stattgefunden, es soll deshalb ein Ausgleich für die älteren Stadtbauassistenten geschaffen und außerdem das Höchstgehalt von 3900 M. auf 4000 M. festgesetzt werden. — Für die alademisch gebildeten Techniker will der Magistrat mit Rücksicht auf ihre Vorbildung das Höchstgehalt auf 5100 M. festsetzen. — Bei den Oberaufsehern der Straßenreinigung ist die Einführung des Dienstalterssystems mit Turnus vom 1. April in Vorschlag gebracht.

In ihrer geheimen Sitzung am Donnerstag hat sich die Stadtverordneten-Versammlung mit der Wiederwahl des Geheimen Sanitätsraths Prof. Dr. Jahn und des Medicinalraths Dr. Fürbringer zu Direktoren der chirurgischen bzw. der inneren Abtheilung des Krankenhauses „Friedrichshain“ vom 1. April d. J. ab auf fernere 6 Jahre einverstanden erklärt. Ebenso genehmigte die Versammlung, dass der Oekonomierath Hausburg als Direktor des Central-Viehhofes vom 1. Juli d. J. ab auf fernere 6 Jahre angestellt werde.

Tokales.

Die Lokalliste für Berlin und Umgegend ist nun herausgegeben und der heutigen Nummer unseres Blattes beigelegt worden. Bei der Wichtigkeit der Lokalliste erwächst den Parteigenossen die dringende Pflicht, die Lokalliste auch in der gegenwärtigen Jahreszeit streng zu beachten. Hier in Berlin wie in nächster Nähe der Reichshauptstadt besteht noch der traurige Zustand, dass behördliche und ordnungsparteiliche Einflüsse die sozialdemokratisch gestimmte Arbeiterschaft an der Wahrnehmung des bishigen Vereins- und Versammlungsrechts hindern, das in Preußen unter den unzeitgemähesten Verhältnissen gesetzlich festgelegt ist. Den Saalabtreibern und Verweigerungen gegenüber, die in Berlin selber verstreut, in den Vororten dagegen offen betrieben werden, bleibt uns kein Mittel übrig, als die Lokalliste; und diese dort, wo nötig, durchzuführen, muss das Bestreben aller Parteigenossen sein. Arbeiter, Parteigenossen, besuchet daher nur solche Lokallisten, welche auf der Liste verzeichnet stehen. Vor allen Dingen erwächst aber den Vorständen von Arbeitervereinen, welche

zur Zeit die Sommervergütungen abschließen, die Pflicht, auf das strengste die neue Lokalliste zu beachten. Angesichts der bevorstehenden Reichstagswahlen wird die Lokalliste brennender denn je, und jeder Arbeiter möge sich daher vor Augen führen, dass auch in diesem wichtigen Kampfe nur Beharrlichkeit und Energie uns zum Ziele führen kann!

Arbeiter-Bildungsschule. Heute, am 27. Februar, abends 7 Uhr, in dem „Arminhaken“, Kommandantenstr. 20: Vortrag des Herrn Professor Dr. Förster über Sternschnuppen und Feuerkugeln im Hinblick auf das Jahr 1899. Wie laden die Parteigenossen und Genossen zu diesem Vortrage höchst ein und erwartet zahlreichen Besuch der Vorstand.

Achtung! Mitglieder der Freien Volksschule! Die fünfte Abtheilung ist geschlossen, Mitglieder zu dieser Abtheilung können, da diese gefüllt ist, nicht mehr aufgenommen werden. Die Mitglieder der anderen Abtheilungen können daher die erste Vorstellung dieser Abtheilung, welche Sonntag Nachmittag 2 1/2 Uhr im Lessing-Theater stattfindet („Partei Tuxaler“), nicht noch einmal besuchen, da eine Ueberfüllung des Theaters vermieden werden muss. Nachzügler aus anderen Abtheilungen erhalten, so weit Raum vorhanden ist, nur einen Stehplatz.

Die zweite Vorstellung der fünften Abtheilung ist voraussichtlich Sonntag, den 13. März, im Friedrich-Wilhelmsstädtischen Theater. Die Vorstellung der vierten Abtheilung findet gleichfalls heute, den 27. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Friedrich-Wilhelmsstädtischen Theater statt. Aufgeführt wird: „Die lustigen Weiber von Windsor“. Die Eintrittsmarken zum Märzfest der Freien Volksschule werden nur an Mitglieder in den Zahlstellen à 50 Pf. verabfolgt bzw. in die Mitgliedskarten geklebt. Da die Nachfrage groß ist, empfehlen wir den Mitgliedern, sich rechtzeitig damit zu versehen. (Siehe heutiges Inserat.) Der Vorstand. J. A. G. Winkler, Kirchhoffstr. 46, 2 Tr., Berlin-Nitzdorf.

Der Ausgang einer Verchtigungssakre. Unseren Lesern wird noch die Verchtigungssakre in Erinnerung sein, die sich an die Abtheilung über die Abenteuer anknüpfte, welche einige barmherzige junge Leute mit der Leiche des in seinem Versteck verunglückten Droschkentuschers Schneider erleben mussten. Die Herren hatten beobachtet, wie der Kutcher vom Bod gefallen war, und dann auf einem Polizeirevier sich vergeblich um die Hilfe der dort stationierten Beamten bemüht. Auch waren sie mit der Leiche des unterwegs verstorbenen Kutchers in der Charitee abgewiesen worden. Der Polizeipräsident behauptete nach Schilderung des Vorfalls in einer pressgesetzlichen Verchtigung n. a. folgendes: „Die Hilfe eines Polizeibeamten oder, wie in der Mittheilung des „Vorwärts“ behauptet wird, des 11. Polizeireviers, ist vor der Fahrt nach der Charitee überhaupt nicht nachgesucht worden. Es ist daher auch unwar, dass den beiden jungen Leuten auf diesem Revier bedeutet worden sein soll, dass die Polizei mit einem Kranken auf der Wache nichts anfangen könne und dass sie denselben daher nach einem Krankenhaus bringen müssten.“

Tatsächlich brachten wir von unterrichteter Seite eine Zuschrift, in der nachgewiesen wurde, dass unsere anfängliche Darstellung des Falles durchweg genau den Thatsachen entsprach und dass der Polizeipräsident demgegenüber auf grund des pressgesetzlichen Mittheilungen für richtig hingestellt hatte, die objektiv unwar waren. Es wurde noch bemerkt, dass der peinliche Irrthum des Polizeipräsidenten sich am Ende daraus erklären lässt, dass in der anfänglichen Meldung irrtümlich das erste, statt wie richtig, das siebente Revierbureau als dasjenige bezeichnet war, in welchem sich der wesentliche Theil der verchtigten Wäre abgespielt hatte.

Kunzmeier hat auch der Polizeipräsident eingesehen, dass er im Irrthum war. Wir erhielten gestern von Herrn von Windheim die folgende Zuschrift:

Berlin, den 25. Februar. Ich halte mich für verpflichtet, der Redaktion mein Bedauern darüber auszusprechen, dass ich ihr unterm 17. d. M. eine den thatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechende Verchtigung habe zugehen lassen.

In dieser Verchtigung enthaltenen, thatsächlich unrichtigen Angaben sind auf eine grobe Pflichtverletzung zweier Beamten des 7. Polizeireviers, sowie auf den Umstand zurückzuführen, dass der bei dem Transport des verstorbenen Droschkentuschers Schneider mitgeführte gewesene Metalldreher Kuhl, trotz der eingehendsten Befragung, dem Vorkeser des 11. Polizeireviers gegenüber nichts davon erwähnt hat, dass er vor der Fahrt nach der Charitee zunächst das siebente Polizeirevier aufgesucht hatte.

Den beiden schuldigen Beamten wird eine schwere disziplinare Abhandlung zu Theil werden.

von Windheim. Wir nehmen mit Genugthuung von dieser Zuschrift Notiz. Wenn wir an dieselbe noch einen Wunsch knüpfen, so ist es der, dass — sit venia verbo — der menschliche Ton, der durch die Zeilen hindurchzieht, und an dem sich manche untere Beamte ein Beispiel nehmen könnten, auch im künftigen Verkehr mit der Presse dem Polizeipräsidenten erhalten bleibe. Möglicherweise beherzigen die maßgebenden Polizei- und Justizorgane aus dem „Fall Schneider“ aber noch eine Lehre. Wo eine solche Verchtigung am grünen Golde der Polizei möglich ist, wie nahe liegt es da, dass auch an der ungleich schlechter gestellten Presse irrtümliche Mittheilungen, durch die sich jemand getroffen fühlen kann, sehr erklärlich sind und daher durchaus nicht mit Ausbietung so und so vieler Strafgesetzbuchs-Paragrafen geahndet zu werden brauchen. Manche für die Sicherheitsbehörde sehr unangenehme Erscheinung würde verschwinden, wenn man sich an maßgebender Stelle solcher zu Herzen nehmen möchte.

„Volkswohl“ nennt sich eine Kranken-Zuschusskaffe, die vor Jahresfrist von Personen ins Leben gerufen worden ist, welche in der damals unter wenig rühmlichen Verhältnissen vertriehenen „Kontordia“ thätig waren. Mit der neuen Kaffe scheint es nun ein ähnliches Ende zu nehmen, wie mit der „Kontordia“. Zur Zeit herrscht unter den Mitgliedern des „Volkswohl“ große Unzufriedenheit darüber, wie die Kaffe ihren Verpflichtungen nachkommt, oder vielmehr nicht nachkommt. Wie uns mitgetheilt wird, erhält schon seit einigen Wochen der größte Theil der begünstigten Kranken Mitglieder kein Krankengeld, weil nämlich die Mittel zur Zahlung desselben fehlen. Weiter heißt es, der Vertrauensarzt der Kaffe, welcher auch ihr Gläubiger ist, mache den Mitgliedern, welche sich behufs Erlangung des Krankengeldes von ihm untersuchen lassen müssen, die möglichsten Schwierigkeiten, um sie, wenn es irgend geht, vom Besuche des Krankengeldes auszuschließen. In der kürzlich abgehaltenen Generalversammlung soll festgesetzt worden sein, dass die Kaffe mit einer verhältnismäßig erheblichen Unterbilanz arbeite. Trotzdem wurde aber die Remuneration des Vorsitzenden Beutler von monatlich 30 M. auf 60 M. erhöht. Befremden erregt es auch, dass im Bureau der Kaffe, die nur etwa 700 Mitglieder hat, neben dem Kassirer Paul, der monatlich ein Gehalt von 150 M. bezieht, noch ein Schreiber beschäftigt wird. Auch ist man darüber unangehalten, dass Herr Paul für eine zweitägige Reise nach Bochum, wo eine Filiale der Kaffe besteht, die Summe von 130 M. liquidirte und erhielt, während die Kaffe nicht einmal in der Lage ist, die fälligen Krankengelder auszugeben. In nächster Zeit soll eine Versammlung von Mitgliedern der Kaffe abgehalten werden. Man ist gespannt darauf, ob es der Leitung gelingt, die von den Mitgliedern erhobenen Vorwürfe zu entkräften.

Ein Beitrag zur Fügigkeit des „Lokal-Anzeigers“. Die Dortmunder „Tremontia“ schreibt: Was die Sensationslust

bringt alles fertig bringt! Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ bringt in seiner neuesten Nummer drei Bilder von der „Gruben-Lakatrope bei Bochum“. Das erste Bild soll den „Förder-Schacht auf der „Karolinenstraße“ zur Vergütung der Verunglückten“ (1) darstellen. Der „Lokal-Anzeiger“ erklärt dieses Bild selbst wörtlich also: „Auf dem ersten unserer Bilder sehen wir zunächst den gewaltigen Förder-Schacht emporragen, der zur Rettung der Unglücklichen angelegt wurde (1), die in den Schoß der Erde 350 Meter tief hinabstiegen, um die schwarzen Diamanten“ hervorzuholen.“ — Was so ein kundiger Berliner nicht alles fertig bringt! Die Weisheit steht auf derselben Höhe, als wenn bei einem Eisenbahn-Unfall jenseits des Gotthards jemand sagen würde, der Gotthard-Tunnel ist in einer Stunde fertig geworden, um die Verunglückten schneller über die Grenze schaffen zu können. — Das zweite Bild unter der Ueberschrift „Am Thore der Zeche“ erklärt der „Lokal-Anzeiger“ in folgender Weise: „Das furchtbare Krachen (1) der Explosion brachte den Dabeingebliedenen die Schreckenstunde von dem Unglück, und bald sah man nach dem Thore zum Zechenplatz, das unser zweites Bild zeigt — die Armen hinstürzen, deren Angehörige vor einer Stunde erst gesund durch dasselbe Thor gewandelt waren. Händeringend umstehen die Unglücklichen das Thor, durch welches man die verstümmelten Leichen heranzüht.“ Der Mann, der vorstehende Szene geschrieben, hat augenscheinlich von einem solchen Zechenunglück keine Ahnung. Nicht ein einziger Angehöriger der Verunglückten hat von dem „Krachen der Explosion“ auch nur einen Ton gehört. Auch ist es die reine Phantasie, daß die Angehörigen händeringend vor einem Thor gefunden haben, „durch welches man die entsehlte verstümmelten Leichen hinausträgt.“ Die Leichen sind nach ihrer Herausförderung im Kesselhause, Maschinenaal und so weiter untergebracht, nur die Verletzten wurden forttransportiert. Aus dem Wilde des „Lokal-Anzeigers“ sieht man Frauen und Kinder vor dem Thore des Zechenplatzes hinstehen, ja an der Gede liegen. Es wäre zu wünschen, daß die samosen Zeichner des „Lokal-Anzeigers“ sich wirklich den Zechenplatz in Homme mal ansehen und dann mal selbst den Versuch machen, sich dort hinzulegen. Unsere Leser aber wollen verstehen, daß wir sie mit diesem Unsinne behelligen, es war aber notwendig, an einem eklatanten Beispiel mal wieder festzustellen, mit welcher Leichtfertigkeit eine sensationssüchtige Presse vorgeht. Wir sind überzeugt, daß tausende Leser des „Berliner Lokal-Anzeiger“ die Bilder desselben anstaunen und ihr Leibblatt bewundern oder seiner „Sitzigkeit und Nichtigkeit“, mit der es über die wichtigsten Tagesereignisse Bericht zu erstatten weiß. Und doch liegt in den meisten Fällen nur eine widerliche „Mache“ vor, mit der derartige farblose Zeitungen auf die Sensationslust des großen Publikums spekulieren. Sie wissen ganz genau, daß die „Dummen nicht alle werden“.

Für Hebammen. Unter Leitung des Königl. Bezirksphysikus, Sanitätsrath Dr. Richter, werden im Polizeipräsidium wöchentlich zweimal in den Abendstunden Fortbildungskurse für Hebammen mit praktischen Übungen abgehalten. Da der Preis des Unterrichts sich nicht höher stellt als 1 Mark für den Monat und die Praxis der Hebammen durch Theilnahme an den Kursen nicht unterbrochen wird, so wird allen Hebammen dringend empfohlen, sich zu betheiligen. Meldungen sind zu richten an Herrn Bezirksphysikus Sanitätsrath Dr. Richter, Bohringersstraße 50, welcher auch über den Beginn, die Dauer und die Termine der Kurse Auskunft erteilt. Nachweisbar Unbemittelte erhalten kostenlosen Unterricht. Der Theilnahme auswärtiger Hebammen steht nichts im Wege.

Der Geschäftsausschuß der Berliner ärztlichen Stände-vereine wird sich in seiner nächsten Sitzung am 4. März mit einem aus Kreisläutern bestehenden Ausschusse beschäftigen, auf Grund dessen der Geschäftsausschuß beim Polizeipräsidium und bei den Direktionen der Personenbeförderungs-Anstalten dahin wirken soll, daß Ärzte in Ausübung ihres Berufs in dringenden Fällen gegen Ausweis durch ihre Passiranten als überzählige Fahrgäste befördert werden dürfen. Bisher berechnete die ärztliche Passiranten ihren Besitz nur, bei besonderen Anlässen die polizeilichen Absperrungslinien zu durchschreiten. Man will übrigens auch dahin wirken, daß Ärzte, welche sich bei Ausübung ihres Berufs des Fahrradbesitzes bedienen, die vom Fahrradverkehr ausgeschlossenen Straßenzüge freigegeben werden. Die Fahrräder sollen dann besonders gekennzeichnet werden.

Kein Patriot ohne Medaille. 325 000 Exemplare der Kaiser Wilhelm-Medaille sind bisher, fast ausschließlich in Preußen zur Vertheilung gelangt, während mindestens eine gleiche Anzahl noch vertheilt werden soll. Wie nunmehr bestimmt ist, gelangt die Kaiser Wilhelm-Medaille nicht nur in Preußen, sondern auch in den übrigen deutschen Bundesstaaten zur Vertheilung. Ebenso erhalten die im Auslande lebenden Deutschen auf Antrag die Medaille zugesandt. Könnte der gelbe Orden, vom Militär abgesehen, nicht einem jeden zugesandt.

Ueber Beobachtung eines Parlamentariers durch Spichel berichtet die „Trier. Landeszeitung“ aus Berlin: „Es giebt hier Detektivbureaus, welche den Auftrag übernehmen, einzelne Personen zu überwachen und deren Privatleben auszukundschaften. Längere Zeit hindurch stand der Herr Abgeordnete Kaplan Dasbach unter einer solchen Ueberwachung von vier Beamten eines Bureaus dieser Art. Einer derselben beging die Unvorsichtigkeit, ein Telephon in dem Hause, in welchem Herr Dasbach wohnt, und vor welchem jene vier Personen sich fast den ganzen Tag aufhielten, zu benutzen und bei einem Austraggeber anzufragen, ob er noch länger auf seinem Posten bleiben solle, oder ob bald Abfertigung kommen werde. Wenn Herr Dasbach in einen Fahrstuhlwagen stieg, nahm einer der Beamten eine Droschke und fuhr ihn nach. Inzwischen hat die Ueberwachung aufgehört. Wer sie veranlaßt hat, wird wohl eines Tages bekannt gegeben werden können.“

Wegen eines Revolverattentats auf seine Ehefrau ist der Arbeiter Dietrich festgenommen und der Staatsanwaltschaft vorgeführt worden. Derselbe hat am Freitag Abend in dem Hause Liebenwalderstr. 41 auf seine getrennt lebende Ehefrau, die er schon früher wiederholt zu erschließen und zu erstechen gedroht hat, weil sie nicht zu ihm zurückkehren wollte, aus unmittelbarer Nähe einen Schuß aus einem Revolver abgefeuert. Er behauptet, daß er seine Frau nicht habe tödten, sondern nur erschrecken wollen und da in der Patrone keine Kugel, sondern nur Stroh und wenig Pulver war, würde eine tödliche Verletzung wohl auch nicht herbeigeführt worden sein, wenn der Schuß sein Ziel getroffen hätte. Der Thäter befindet sich indes in dem Glauben, Kugelpatronen gekauft zu haben, die ihm von dem vorsichtigen Inhaber einer bekannten Waffenhandlung nur deshalb nicht verabreicht worden waren, weil er bei dem Ankauf der Patronen schlicht erregt war.

Am Fahrstuhl zu Tode gekommen ist gestern der 25 Jahre alte Arbeiter Franz Böhl aus der Pankestraße. Er war in der Brauerei von Gregory auf einem Boden beschäftigt und hatte nachmittags leere Säge in den Fahrstuhl gelegt, um sie in das untere Stockwerk zu befördern, wo ein zweiter Mann den Stuhl bediente. Böhl hatte sich nach vorn gebeugt, um irgend etwas nachzusehen, aber nach unten kein Zeichen gegeben, daß er noch nicht fertig sei. Da wurde der Fahrstuhl in Bewegung gesetzt und legte sich dem Böhl auf den Hals, so daß durch Genickbruch der Tod sofort eintrat.

Der Vorstand des Rabattsparevereins Eiden berichtet uns zu der vorgestern von uns aus bürgerlichen Blättern entnommenen Notiz, betreffend die Veruntreuung von Geldern, daß sie auch auf seinen Verein nicht im geringsten zutrefte. Demnach scheint es sich um einen Reportersunfall zu handeln, durch den die Mitglieder der Konsumvereine unnütz bemüht worden sind.

Das Polizeipräsidium theilt mit: Am 22. Oktober v. J. ist der Königl. Förster Kommandant auf dem Waldwege der Försterei Diebladen erschossen aufgefunden worden. Neben der Leiche wurde ein Propfen vorgefunden, der zur Ladung des Gewehrs, woraus der Schuß abgegeben war, benutzt worden ist. Der Propfen ist ein Theil eines Kupferstückes, der schloßartige Gebilde mit Parallaxen erkennen läßt. Die Leiche liegt, befindet sich das Original dieses Stückes

in der Kupferstück-Sammlung der kaiserlichen Königl. Museen und ist in ihm das im Jahre 1780 von Bandgrafen und Erbprinzen Wilhelm zu Hesse erbaute Schloß „Wilhelmsbad“ dargestellt. Es wird sich weiter darum handeln, wohin Abzüge und Verkleinerungen dieses Stückes gelangt sind.

Bei einem Einbruchversuch wurden am Freitag Abend zwei Männer erfaßt. Dieselben versuchten die Hausthür des Hauses Dresdenstr. 72, in dessen hinterem Theil das Thalia-Theater liegt, aufzubrechen. Der Pförtner Bräunlich des Thalia-Theaters packte jedoch einen der Eindringler, den 21 Jahre alten Schlosser Krumm. Der zweite entkam.

Verkehrsnachrichten. Die seit Jahren schon geplante elektrische Straßenbahn vom Prenzlauer Thor nach Hohen-Schönhausen wird endlich in diesem Jahre gebaut werden. Die Bahn, die vom Prenzlauer Thor aus durch die Friedenstraße, Landsberger Platz, Landsberger Allee und Hohen-Schönhauser Weg über Wilhelmberg geleitet werden soll, wird eine Normalspurbahn mit oberirdischer Stromzuführung, und sowohl für Güter- wie Personenverkehr eingerichtet werden. Eine Weiterführung der Linie über Weissenhof und Heinersdorf nach Französisch-Buchholz ist in Aussicht genommen. — Die Abnahme einer neuen Straßenbahnlinie der Großen Berliner Pferdebahn hat gestern Nachmittag stattgefunden. Es handelt sich um die Linie Kurfürstendamm, Ede Angsbürger Straße, durch die Grolmannstraße nach dem Savignypfad. Die Linie wird am 1. März eröffnet. — Die Allgemeine Berliner Omnibus-Gesellschaft wird in nächster Zeit auf ihrer Linie Halle'sches Thor — Chausseestraße unter beträchtlicher Vermehrung der Wagenzahl Theilstrecken zu 5 Pf. einführen.

Mit einem Kollaps wurde am Freitag Abend der Kutscher Bahr verkränkt. Auf dem Potsdamer Güterbahnhofe gerieth er mit einem Kollapsler in Streit, der ihm mit einem Kollapsler Verwundungen an den Händen, Kopf und Gesicht zufügte.

In vollständigem Alarmzustand befand sich die Berliner Feuerwehr in der Nacht zum Sonnabend. Nicht weniger als 14 Löschzüge waren gegen 1 Uhr früh ausgerückt, und zwar die meisten derselben nach Gützinstr. 65, wo die Eisengießerei von Hartmann in Flammen stand. Das Feuer war in den Portierräumen des linken Seitenflügels ausgebrochen und hatte bei Anbruch der Nacht eine derartige Ausdehnung gewonnen, daß aus sämtlichen Fenstern Flammen schossen. Bald gingen drei Dampf- und fünf Druckpumpen gegen die Flammen vor, die mittlerweile die Decken zu den oberen Geschossen durchschlagen hatten und an den hier lagernden Modellkapeln immer neue Nahrung fanden. Der eine Flügel des Gebäudes ist von unten bis oben total ausgebrannt und der Dachstuhl eingestürzt. Der Schaden ist daher auch ganz bedeutend. Erst nach 4 Uhr war das Feuer vollständig erlosch. — Um dieselbe Zeit war Oranienstr. 185 in einer großen Tischlerei ein Brand ausgebrochen, der einen größeren Posten Holz und die Balkenlage zerstörte und erst nach einstuündiger Löschthätigkeit beseitigt werden konnte.

Selbstmord oder Unglücksfall? Die 22 Jahre alte Näherin Martha R. nahm am Freitag in einer Bade-Anstalt ein Bismutbad. Die Wärterin fand sie später in der mit Wasser gefüllten Wanne als Leiche auf. Ob sie infolge eines plötzlichen Unwohlseins ertrunken ist oder ob sie den Tod gesucht hat, weiß man nicht.

Der Zustand der Frau des Kaufmanns Rosenberg, die sich, nachdem ihr Gatte im Untersuchungsgefängnis Selbstmord verübt, eine Kugel in den Kopf jagte, hat sich erheblich verschlechtert, da die Entferrnung des Geschosses bisher noch nicht erfolgen konnte. Die Revolverkugel hat unterhalb der Schläfe den Knochen durchschlagen und ist dann auseinandergeplatzt.

Selbstmord. Auf dem Friedhofe der Freireligiösen Gemeinde machte der 62 Jahre alte Fabrikbesitzer Hermann S. am Grabe seiner Kinder seinem Leben ein Ende. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht. Färrteltete Vermögensverhältnisse scheinen den Mann in den Tod getrieben zu haben.

In Halle des Ossu-Schubins Abends, mit dem der Verein „Berliner Presse“ seine diesjährige Vortragsreihe im Ardeltienhause zu schließen gedachte, wird, da die Vorträge erkrankt ist, nun am 3. März, abends 8 Uhr, ein Künstler-Abend veranstaltet werden, zu dem u. a. Frau Anna Schramm vom königlichen Schauspielhause und Fräulein Louise Dumont vom Deutschen Theater ihre Mitwirkung gütlich zugesagt haben. Der Billetverkauf (nummerirte Plätze zu 3 Mark, unnummerirte zu 1.50 Mark) hat heute in den Buchhandlungen von Speyer und Peters, Lazarus und Trautwein und Umlang begonnen.

Die „Antur-Schauins“ (im Saale der Igl. Hochschule für Kunst, Potsdamerstr. 120) veranstaltet heute Abend ihre letzte Vorlesung. Herr Kunstschrittmacher Fritz Städt wird seinen Vortrag „In den Räubern unserer Künstler“ (bei Metzger, Uebermann, Müller u. s. w.) wiederholen. Künstlerisch angeführte Vorträge werden mittels des elektrischen Strophons auf der Schaubühne projicirt.

In der Urania, Lindenstraße, wird die ganze Woche hindurch der dekorativ ausgestattete Vortrag: „Der dunkle Erdbeil“ zur Ausführung gelangen. — In der Urania, Jussowstraße, beginnt Herr Dr. Schömann in einem Zyklus von 6 Vorträgen über: Erdgeschichte; der erste Vortrag: „Die Urzeiten der Erde und die Denkmäler der Schöpfung“ findet am Dienstag statt. Am Donnerstag spricht der Direktor der kaiserlichen Sternwarte, Herr Geheimrath Professor Dr. Förster über: „Protoplasma und Kometen“. — Wie die Bewegung der Erde erkannt wurde. Ein Kurioses von 10 Vorträgen über Astronomie, gehalten von Herrn W. Witt, wird mit dem Vortrage: „Schein und Wahrheit“ am Freitag seinen Anfang nehmen. Am Mittwoch wird Herr Dr. G. Raab über: „Moderne Räder“ und am Sonnabend über: „Das Bier“ sprechen.

Das Berliner Aquarium hat nicht nur unter seinen Reptilien Bestand, sondern auch unter der Bewohnerschaft der Wasserbecken äußerst seltene Erscheinungen aufzuweisen. Unter all den Fischen, die dem Aquarium im Laufe der Jahre zugesandt wurden, stehen, was Seltenheit und Werth anbelangt, die in einem Reservoir des sog. Runder untergebrachten Wundfische in erster Reihe. Nur dem Umstände, daß das Aquarium zu Novgorod am adriatischen Meere eine eigene Fangstation besitzt, ist es zu danken, daß dieser schon im Altertum wegen seines schönen Gesichts berühmte Mittelmeerfisch hierher ins Binnenland gelangte. Der Beschauer erkennt in der Wunde unähnlicher eine Verwandte des Aales, die sich von kleinen aber durch das Fehlen der Brustflossen und die nach außen in langen Bögen endenden Raimfische sowie durch mancherlei Besonderheiten in der Lebensweise unterscheidet. Auffallend und ganz eigenartig ist das fast beständige Offenstehen des im Ober- und Unterfisch mit großen Flossen fähigen bewaffneten Mundes, was diesen schuppenlosen „Meerfischgen“ ein um so unheimlicheres Gepräge verleiht, als ihre Augen starr und wild blicken und aus den natürlichen oder künstlichen Vertiefen der Thiere nur der Kopf hervorsticht, während der Leib noch Schlangennart sich lagert.

Aus den Nachbarorten.

Die Grundstücks-Spekulation in den Vororten scheint ihrem Umfange nach zurückzugehen. So soll die Umfassung in Charlottenburg im laufenden Rechnungsjahre um 300 000 M. gegen den Voranschlag zurückbleiben. Dies würde einen Minderumsatz von 60 Millionen in einem Jahre bedeuten. Der zur Veranlagung des Stadthausbals eingeführte Zuschuß hat deshalb die Erhöhung der Charlottenburger Umfassung um 1/3 auf 1 Pct. beschloffen. Das wäre allerdings eine eigenhümliche Praktik.

Eine Vereinigung der westlichen Vorort-Gemeinden Wilmerdorf, Schmargendorf, Friedenau, Dalessee und der Kolonie Grunewald ist in der letzten Sitzung des Kommunalvereins der östlichen Stadtbezirke von Charlottenburg zur Sprache gekommen. Die Bestrebungen einer Verbindung von Charlottenburg mit Berlin würden, so berichtete Stadtverordneter Ströbler, immer noch fortgesetzt, aber auch die Regierung sehe auf dem Standpunkt, daß von der Eingemeindung so lange keine Rede sein könne, als bis die Straßen vollständig regulirt und Nachttheile für die einzelnen Gemeinden nicht mehr zu befürchten wären.

Die Gemeindevertretung von Schöneberg hatte sich gestern mit einem Antrage zu beschäftigen, nach welchem der bisherige Gemeindevorsteher Schmod mit der Summe von 100 000 M. abgefunden werden soll. In öffentlicher Sitzung wurde dieser Antrag jedoch mit 14 gegen 14 Stimmen abgelehnt. Der in der Sitzung erschienenen Landrath Stubenrauch meinte, daß nach Ablehnung des Antrages die Abfindung des Herrn Schmod sich bedeutend kostspieliger gestalten werde.

Die Errichtung eines städtischen Elektrizitätswerks in Charlottenburg auf dem Grundstück des Lagerplatzes am Bülow 7/8 (unweit der Berlinerstraße hinter dem Postamt I und der Polizeidirektion) ist jetzt vom Magistrat bei den Stadtverordneten-Versammlung beantragt worden. — Die neue Anlage der Stadt Charlottenburg, welche die dortigen städtischen Körperschaften auf 24 Millionen Mark festgesetzt hatten, und welche der Bezirksauschuß auf 22 Millionen herabgesetzt hat, beantragt jetzt wiederum der Magistrat bei den Stadtverordneten auf 23 Millionen zu erhöhen und zwar soll 1 Million als letzte Rate für den Bau des neuen Rathhauses hinzukommen.

Soziale Rechtspflege.

Gegen den schon mehrfach öffentlich genannten Oekonom des Restaurants im Reichthage, Herrn Stresemann, klagte der Kellner B. beim Gewerbegericht auf Gewährung einer vierzehntägigen Lohnentschädigung. Der Kläger behauptet, unberechtigterweise entlassen zu sein und berechnet sich den Lohn- und Trinkgelde-Ausfall mit sage und schreibe 350 M. pro Tag, einen für Kellner winzigen Tagesverdienst. Die Verhandlung wurde einer Beweisaufnahme wegen vertagt, indessen verdienen es folgende bemerkenswerthe Ausführungen des Herrn Stresemann, jetzt schon der Öffentlichkeit übergeben zu werden. Er sagte: Die Kellner haben über meinen Kopf hinweg sich an das Reichstagspräsidium gewandt, um eine Gehaltsaufbesserung zu erlangen, also an eine Stelle, die die Sache gar nicht angeht. Sie haben mich dadurch bloßgestellt. Der Präsident erklärte mir, daß er mit der Angelegenheit nichts zu thun habe. Zur Strafe entließ ich darauf eine Anzahl Kellner mit der Bemerkung, sie später eventuell wieder einzustellen. Hätten sich die Kellner an mich gewandt, dann wäre ich ihren Wünschen näher getreten, denn ich habe es gut mit ihnen gemeint. — Wieviel auf die Güte des Herrn Stresemann zu geben ist, geht daraus hervor, daß trotzdem alles beim alten geblieben ist. Der Kläger B. gehört zu den Gemäßigten.

Schwester und Bruder standen sich in einem Rechtsstreit, der die Kammer I des Gewerbegerichts beschäftigte, als Parteien gegenüber. Ein Fräulein Kupfer verlangte von ihrem Bruder 80 M. als Monatsgehalt, indem sie behauptete, sie sei bei ihm als Zuschneiderin thätig gewesen. Der Beklagte söcht die Zuständigkeit des Gewerbegerichts an und machte geltend, daß er die Schwester nur bei sich aufgenommen habe, um sie zu unterrichten. Von einem regelrechten gewerblichen Verhältnis könne nicht die Rede sein; die Klägerin habe alles gemacht und sich u. a. häuslich beschäftigt. Die Beweiserhebung ergab, daß Fräulein K. thätig als Zuschneiderin hat und daneben allerdings auch andere Dienste, zum Theil solche häuslicher Natur, zu verrichten hatte. Das Gewerbegericht erklärte sich für zuständig. Es ging von der Erwägung aus, daß für die Entscheidung der Frage, ob ein gewerbliches Arbeitsverhältnis vorliege, die wirkliche Beschäftigung maßgebend sei. Ein Arbeitsverhältnis sei anzunehmen, da die Klägerin thätig als Zuschneiderin gearbeitet habe. Der Beklagte wurde verurtheilt, seiner Schwester 80 M. zu zahlen.

Geriichts-Beitrag.

Als schlechter Nachlasspfleger hat sich der Redakteur und Verleger des ordnungsgemäßen „Schöneberger Wochenblattes“, Herr Albers Lindfleisch erwiesen, welcher gestern unter der Anklage des Betruges vor der ersten Strafkammer vom Landgericht II stand. Der Angeklagte, früherer Gerichtsvollzieher-Auskultant, ist seinerzeit wegen Unverschämtheit amtlich anvertrauter Geber zu zwei Jahren Gefängnis und später einmal wegen Hausfriedensbruchs mit 20 M. Geldstrafe vorbestraft worden. Nach seinem amtlichen Schiffsbruch hat er das von seinem Schwiegervater ererbte „Schöneberger Wochenblatt“ übernommen. Letzteres war amtliches Gemeindeorgan und wurde von dem bisherigen Amtsvorsteher Schmöckert protegirt. Die geachtete Stellung, in der sich der Angeklagte befand, verschaffte ihm großes Ansehen im Orte und so wurde er auch ein Freund des Glasermeisters Gorchhoff. Dieser starb im Jahre 1898 und nun bot Lindfleisch noch am Verordnungsstage der hinterlassenen Wittve an, ihr die Erbchaftsregulierung abzunehmen. Die Frau lehnte dies ab, aber ihre majorennen Kinder, ein Sohn und eine Tochter ließen sich durch das Zureden des natürlichen Freundes bewegen, diesem ihr kleines Vermögen anzuvertrauen. Margarethe Gr. besaß ein Sparloosbuch über 100 Mark. Lindfleisch lockte ihr das Buch unter dem Versprechen ab, dasselbe auf der Sparkasse festzulegen, damit kein Dritter etwas abheben könne. Später brachte sie ihm noch einmal 20 und einmal 30 M. zwecks Einzahlung bei der Sparkasse, und als die Erbchaftsregulierung erfolgt war, übergab sie ihm ihr ganzes Erbe mit 450 M., um dieses ebenfalls anzulegen. Der junge Hans Gr. übergab ihm sein Erbe mit 300 M. zwecks Sicherstellung, doch ließ er sich durch Zureden bewegen, einzuwilligen, daß das Geld zur theilweisen Belegung einer Hypothek verwendet werden dürfe. Als später Margarethe Gr. ihr Vermögen mit 600 M. nebst den Zinsen herausfordern wollte, erhielt sie mit schwerer Mühe 100 M. und als angebliche Zinsen 250 M., alles übrige ist ihr verloren gegangen. Ebenso ist der Bruder Hans Gr. um sein kleines Erbschaft betrogen worden und zwar betrogen durch den „väterlichen Freund“, der sogar mit dem trauischen „Du“ anreden durfte. Der Angeklagte machte zum Zweck seiner Vertheidigung allerlei Ausflüchte, in der Hauptsache behauptete er, daß beide Geschwister ihm ihr kleines Kapital nur als Darlehen übergeben hätten. Damals sei gerade seinem Blatte eine schwere Konkurrenz entstanden und da habe er das ihm anvertraute Geld zur Vergrößerung seines Blattes verwendet. Nach erfolgter Beweisaufnahme nahm der Gerichtshof zwar bezüglich der von Hans Gr. empfangenen 300 M. an, daß ein Darlehensgeschäft vorliege, dagegen liege bei der Margarethe Gr., wenn auch nicht Betrug, so doch vielfache Unterschlagung vor. Da der Angeklagte junge Leute, die ihm als väterlichem Freund volles Vertrauen schenken, um ihr kleines Vermögen gebracht habe, wurde die Strafe auf neun Monate Gefängnis und ein Jahr Ehrverlust bemessen.

Erschreckende Zustände im Koburger Land-Krankenhaus bedröckte eine Verhandlung vor dem Schöffengericht zu Neustadt auf. Das „Kob. Tagbl.“ berichtet darüber: Bei dem Bau des neuen Fabrikgebäudes des Landtags-Abgeordneten Arnold wurde der Schieferbedeckter Sander durch einen Sturz vom Dache schwer verletzt. Im städtischen Krankenhaus zu Neustadt wurde ihm die erste ärztliche Hilfe geleistet, und er sodann von drei Mitgliedern der Kreisländer Sanitätskolonne in das Landes-Krankenhaus nach Koburg übergeführt. Auf Grund der Mittheilungen der Kolonnenmitglieder über die Aufnahme und Behandlung des Sander schrieb Herr Arnold an den leitenden Arzt des Krankenhauses, Medizinalrath Dr. Berger, einen Brief, worin er ihn vertraulich über die Art der Krankenbehandlung aufklärte. Es heißt darin u. a.: „... Umsonst haben mich die Mittheilungen der Leute, die den Verunglückten in das Land-Krankenhaus brachten, aufgeregt und empört. Sie mußten den Schwerverletzten, aber und aber mit Blut bedeckten Mann in den Krankenstuhl tragen, in dem circa 20 theils schwer, theils weniger kranke Menschen im Alter von 2-60 Jahren lagen; auf den in der Mitte des Saales stehenden Tisch, der zweifellos auch zu wirtschaftlichen Zwecken verwendet wird, wurde ein Tuch und Kospfoster gelegt, und auf dieses legte man den verunglückten Menschen nackt, gewiß zum Grausen und zur Aufregung sämtlicher Kranken im Zimmer. Einem jungen, kranken Menschen von circa 14 Jahren befaß man, daß arg verstaumelte Wein des Verunglückten zu halten. In welcher Weise dies geschah, können Herr Geheimrath gelegentlich von den drei Mitgliedern der Sanitätskolonne erfahren. Ich bin fest überzeugt, daß Herrn Geheimrath derartige Zustände unbekannt sind; deshalb erlaube ich mir, Ihnen dies mitzutheilen und um Ab-

Hilfe zu bitten. Abgesehen davon, daß auch in Krankenhäusern meiner Meinung nach ein derartiges Verfahren der nötigen Schonung und Zucht, die gewahrt werden muß, nicht entspricht, so muß es schon für die vielen Kranken furchtbar aufregend sein und dürfte keineswegs zur Besserung dieser Unglücklichen dienen. Bei Kindern und Halblindern, wie sich solche im Zimmer mitbefindenden Verwunden sich solche Eindrücke überhaupt wohl kaum. — Die ganze Art und Weise des — wie ich annehme — Wärters, der das Nötige bei Anknüpfung des Verunglückten veranlaßt, war nach Aussage der Mitglieder der Sanitätskolonne wenig menschenfreundlich. Ich mache Ihnen, sehr werther Herr Geheimrath, diese Mitteilung privat und bitte Sie dringend, bei ähnlichen Fällen für Abhilfe beizutragen. Die Folge, die Dr. Berger aus diesem vertraulichen Schreiben zog, war, daß er es dem Staatsanwalt übergab, der darauf gegen die drei Kolonnenmitglieder die Anklage wegen verleumdender Beschuldigung erhob. Die Verhandlung nahm aber einen ganz anderen Ausgang, als der Staatsanwalt erwartet hatte. Die als Zeugen vorgeladenen Krankenschwestern und Matrosen bewiesen ein merkwürdig schwaches Erinnerungsvermögen. Sie konnten sich z. B. nicht mehr erinnern, ob der Verunglückte auf dem Tisch noch gelegen habe. Auf die Frage des Vorsitzenden, welche Instruktionen sie für die Behandlung Verunglückter hätten, antwortete Schumann, daß sie überhaupt keine Instruktionen besäßen. Man packe eben einen solchen an, wie es gerade am besten passe. Thatsächlich wurde festgestellt, daß Berger nicht in einem Aufnahmezimmer

Unterkunft gefunden hat, sondern in einem Krankenzimmer, wo verschiedene Kranke, darunter auch Kinder, lagen. Der Verunglückte wurde dort auf einen gewöhnlichen Tisch gelegt, der sonst auch zum Essen und sonstigen wirtschaftlichen Zwecken verwendet wird. Der Tisch ist zur Aufnahme eines Kranken nicht lang genug, so daß die Beine, auch das dreimal gebrochene des Verunglückten von diesem herabhängen. Die Beine des Sander wurden, wie von einem der Angeklagten erzählt wurde, um ihn in die richtige Lage zu bringen, durch Anlassen an den Fersen hinaufgeschoben, wobei sich das dreimal gebrochene Bein im Festsitz herausbog, so daß der Verunglückte vor Schmerz laut schrie. Das Ergebnis der Zeugenvernehmung veranlaßte den Vertreter der Anklagebehörde, die Anklage fallen zu lassen. Der Verteidiger wies darauf hin, daß die drei Angeklagten, von denen zwei beim Militär im Lazareth gedient und als Unter-Lazarethgehilfen entlassen und infolge dessen genau darüber unterrichtet waren, wie Verunglückte zu behandeln sind, den Dank der Öffentlichkeit verdient hätten, daß sie solche Mißstände aufdeckten und dadurch für Abhilfe sorgten. Von dem gleichzeitig als Zeugen anwesenden Vizepräsidenten des Landtages, dem Abg. Arnold, erwartete er, daß er im Landtage auf Befreiung dieser Angeklagten energisch einwirken werde. Das Urtheil lautete auf Freisprechung; es wurden auch die Kosten der Verteidigung der Staatskasse aufgebürdet.

Witterungsbericht vom 26. Februar 1898, 8 Uhr morgens

Stationen.	Barometer- stand in mm redukt auf d. Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (90° F.)
Swinemünde	767	SW	2	wolfig	2
Hamburg	768	SW	3	wolfig	1
Berlin	768	SW	1	bedeckt	2
Wiesbaden	768	SW	2	wolfig	-1
München	768	SW	4	wolfig Nebel	-4
Wien	770	SW	1	wolfig	2
Paranda	777	SW	—	Schnee	-12
Petersburg	776	SW	1	bedeckt	-6
Sort	768	SW	3	heiter	4
Aberdeen	749	SW	3	wolfig	3
Paris	767	SW	2	Dunst	0

Wetter-Prognose für Sonntag, 27. Februar 1898.
Zunächst etwas wärmer, vorwiegend trübe und regnerisch bei mäßigen südwestlichen Winden; nachher auflockernd und etwas kühler.
Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonntag, den 27. Februar.

Freie Volksbühne (Friedr. Wilhelm-Schiller-Theater). 4. Abtheilung. Die lustigen Weiber von Windsor. Anfang 7 1/2 Uhr.
 (Veiling-Theater). 5. Abtheilung. Bartel Turaser. Anf. 7 1/2 Uhr.

Opernhaus. Hienzi, der letzte der Tribunen. Anfang 7 Uhr.
 Montag: Lobetanz. Die Rose von Schiras.

Schauspielhaus. Der Burggraf. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Montag: Mutter Thiele.

Deutsches. Nora. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Nachm. 2 1/2 Uhr: Dammels Himmelst. Vorher: Blau.

Reising. Im weißen Röhl. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Montag: Das große Heim.

Berliner. Ein Winternächten. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Nachm. 2 1/2 Uhr: König Heinrich.

Reichens. Sein Trid. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Nachm. 3 Uhr: Dorina.

Neues. Die Schilfröte. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Nachm. 3 Uhr: Trilby.

Goethe. Hans Hudebett. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Nachm. 3 Uhr: Krieg im Frieden.

Unter den Linden. Fatiniga. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Nachm. 3 Uhr: Orpheus in der Unterwelt.

Schiller. Das Stiftungsfest. Anfang 8 Uhr.
 Nachm. 3 Uhr: Wallenstein's Tod.

Dalia. Endlich. Die kleinen Räuber. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Montag: Dieselbe Vorstellung.

Central. Die Jugendfalle. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Montag: Dieselbe Vorstellung.

Deke-Milance. Penion Schäffer. Anfang 8 Uhr.
 Nachmittags: Die relegierten Studenten.

Montag: Unsanfter Wettbewerb.

Süssen. Die Stütze der Hausfrau. Anfang 8 Uhr.
 Nachm. 3 Uhr: Trilby.

Montag: Die Stütze der Hausfrau.

Chend. Unter der Polarsonne. Anfang 8 Uhr.
 Nachm. 3 Uhr: Leben und Lieben.

Friedrich. Wilhelmshildisches. Die kleinen Vogabunden. Anfang 8 Uhr.
 Montag: Dieselbe Vorstellung.

Alexanderplatz. Verlorene Mädchen. Anfang 8 Uhr.
 Nachm. 4 Uhr: Die Königstochter als Bettlerin.

Montag: Verlorene Mädchen.

Urania. Taubenstraße 48-49. Naturkundl. Ausstellung v. 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr.

Wissenschaftliches Theater. Invalidenstr. No. 57-62. Täglich abends 7 Uhr.
 — Ausstellungs-Saal und Vorträge. — Näheres die Tagesanschlage.

Schiller-Theater (Wallner-Theater).
 Sonntag, nachm. 3 Uhr: 4. Vorstellung im 2. Schiller-Gedächtn. Wallenstein's Tod. Abends 8 Uhr: Das Stiftungsfest.
 Montag, abends 8 Uhr: Die Muffran.
 Dienstag, abends 8 Uhr: Die Muffran.

Luisen-Theater
 34. Reichenbergerstraße 34.
 Nachm. 3 Uhr: Volks-Vorstellung. Regie: J. Türk.
 Trilby. Anna Müller-Linde. Abends 8 Uhr: Revität!

Trilby.
 Schauspiel in 5 Akten u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100. u. 101. u. 102. u. 103. u. 104. u. 105. u. 106. u. 107. u. 108. u. 109. u. 110. u. 111. u. 112. u. 113. u. 114. u. 115. u. 116. u. 117. u. 118. u. 119. u. 120. u. 121. u. 122. u. 123. u. 124. u. 125. u. 126. u. 127. u. 128. u. 129. u. 130. u. 131. u. 132. u. 133. u. 134. u. 135. u. 136. u. 137. u. 138. u. 139. u. 140. u. 141. u. 142. u. 143. u. 144. u. 145. u. 146. u. 147. u. 148. u. 149. u. 150. u. 151. u. 152. u. 153. u. 154. u. 155. u. 156. u. 157. u. 158. u. 159. u. 160. u. 161. u. 162. u. 163. u. 164. u. 165. u. 166. u. 167. u. 168. u. 169. u. 170. u. 171. u. 172. u. 173. u. 174. u. 175. u. 176. u. 177. u. 178. u. 179. u. 180. u. 181. u. 182. u. 183. u. 184. u. 185. u. 186. u. 187. u. 188. u. 189. u. 190. u. 191. u. 192. u. 193. u. 194. u. 195. u. 196. u. 197. u. 198. u. 199. u. 200. u. 201. u. 202. u. 203. u. 204. u. 205. u. 206. u. 207. u. 208. u. 209. u. 210. u. 211. u. 212. u. 213. u. 214. u. 215. u. 216. u. 217. u. 218. u. 219. u. 220. u. 221. u. 222. u. 223. u. 224. u. 225. u. 226. u. 227. u. 228. u. 229. u. 230. u. 231. u. 232. u. 233. u. 234. u. 235. u. 236. u. 237. u. 238. u. 239. u. 240. u. 241. u. 242. u. 243. u. 244. u. 245. u. 246. u. 247. u. 248. u. 249. u. 250. u. 251. u. 252. u. 253. u. 254. u. 255. u. 256. u. 257. u. 258. u. 259. u. 260. u. 261. u. 262. u. 263. u. 264. u. 265. u. 266. u. 267. u. 268. u. 269. u. 270. u. 271. u. 272. u. 273. u. 274. u. 275. u. 276. u. 277. u. 278. u. 279. u. 280. u. 281. u. 282. u. 283. u. 284. u. 285. u. 286. u. 287. u. 288. u. 289. u. 290. u. 291. u. 292. u. 293. u. 294. u. 295. u. 296. u. 297. u. 298. u. 299. u. 300. u. 301. u. 302. u. 303. u. 304. u. 305. u. 306. u. 307. u. 308. u. 309. u. 310. u. 311. u. 312. u. 313. u. 314. u. 315. u. 316. u. 317. u. 318. u. 319. u. 320. u. 321. u. 322. u. 323. u. 324. u. 325. u. 326. u. 327. u. 328. u. 329. u. 330. u. 331. u. 332. u. 333. u. 334. u. 335. u. 336. u. 337. u. 338. u. 339. u. 340. u. 341. u. 342. u. 343. u. 344. u. 345. u. 346. u. 347. u. 348. u. 349. u. 350. u. 351. u. 352. u. 353. u. 354. u. 355. u. 356. u. 357. u. 358. u. 359. u. 360. u. 361. u. 362. u. 363. u. 364. u. 365. u. 366. u. 367. u. 368. u. 369. u. 370. u. 371. u. 372. u. 373. u. 374. u. 375. u. 376. u. 377. u. 378. u. 379. u. 380. u. 381. u. 382. u. 383. u. 384. u. 385. u. 386. u. 387. u. 388. u. 389. u. 390. u. 391. u. 392. u. 393. u. 394. u. 395. u. 396. u. 397. u. 398. u. 399. u. 400. u. 401. u. 402. u. 403. u. 404. u. 405. u. 406. u. 407. u. 408. u. 409. u. 410. u. 411. u. 412. u. 413. u. 414. u. 415. u. 416. u. 417. u. 418. u. 419. u. 420. u. 421. u. 422. u. 423. u. 424. u. 425. u. 426. u. 427. u. 428. u. 429. u. 430. u. 431. u. 432. u. 433. u. 434. u. 435. u. 436. u. 437. u. 438. u. 439. u. 440. u. 441. u. 442. u. 443. u. 444. u. 445. u. 446. u. 447. u. 448. u. 449. u. 450. u. 451. u. 452. u. 453. u. 454. u. 455. u. 456. u. 457. u. 458. u. 459. u. 460. u. 461. u. 462. u. 463. u. 464. u. 465. u. 466. u. 467. u. 468. u. 469. u. 470. u. 471. u. 472. u. 473. u. 474. u. 475. u. 476. u. 477. u. 478. u. 479. u. 480. u. 481. u. 482. u. 483. u. 484. u. 485. u. 486. u. 487. u. 488. u. 489. u. 490. u. 491. u. 492. u. 493. u. 494. u. 495. u. 496. u. 497. u. 498. u. 499. u. 500. u. 501. u. 502. u. 503. u. 504. u. 505. u. 506. u. 507. u. 508. u. 509. u. 510. u. 511. u. 512. u. 513. u. 514. u. 515. u. 516. u. 517. u. 518. u. 519. u. 520. u. 521. u. 522. u. 523. u. 524. u. 525. u. 526. u. 527. u. 528. u. 529. u. 530. u. 531. u. 532. u. 533. u. 534. u. 535. u. 536. u. 537. u. 538. u. 539. u. 540. u. 541. u. 542. u. 543. u. 544. u. 545. u. 546. u. 547. u. 548. u. 549. u. 550. u. 551. u. 552. u. 553. u. 554. u. 555. u. 556. u. 557. u. 558. u. 559. u. 560. u. 561. u. 562. u. 563. u. 564. u. 565. u. 566. u. 567. u. 568. u. 569. u. 570. u. 571. u. 572. u. 573. u. 574. u. 575. u. 576. u. 577. u. 578. u. 579. u. 580. u. 581. u. 582. u. 583. u. 584. u. 585. u. 586. u. 587. u. 588. u. 589. u. 590. u. 591. u. 592. u. 593. u. 594. u. 595. u. 596. u. 597. u. 598. u. 599. u. 600. u. 601. u. 602. u. 603. u. 604. u. 605. u. 606. u. 607. u. 608. u. 609. u. 610. u. 611. u. 612. u. 613. u. 614. u. 615. u. 616. u. 617. u. 618. u. 619. u. 620. u. 621. u. 622. u. 623. u. 624. u. 625. u. 626. u. 627. u. 628. u. 629. u. 630. u. 631. u. 632. u. 633. u. 634. u. 635. u. 636. u. 637. u. 638. u. 639. u. 640. u. 641. u. 642. u. 643. u. 644. u. 645. u. 646. u. 647. u. 648. u. 649. u. 650. u. 651. u. 652. u. 653. u. 654. u. 655. u. 656. u. 657. u. 658. u. 659. u. 660. u. 661. u. 662. u. 663. u. 664. u. 665. u. 666. u. 667. u. 668. u. 669. u. 670. u. 671. u. 672. u. 673. u. 674. u. 675. u. 676. u. 677. u. 678. u. 679. u. 680. u. 681. u. 682. u. 683. u. 684. u. 685. u. 686. u. 687. u. 688. u. 689. u. 690. u. 691. u. 692. u. 693. u. 694. u. 695. u. 696. u. 697. u. 698. u. 699. u. 700. u. 701. u. 702. u. 703. u. 704. u. 705. u. 706. u. 707. u. 708. u. 709. u. 710. u. 711. u. 712. u. 713. u. 714. u. 715. u. 716. u. 717. u. 718. u. 719. u. 720. u. 721. u. 722. u. 723. u. 724. u. 725. u. 726. u. 727. u. 728. u. 729. u. 730. u. 731. u. 732. u. 733. u. 734. u. 735. u. 736. u. 737. u. 738. u. 739. u. 740. u. 741. u. 742. u. 743. u. 744. u. 745. u. 746. u. 747. u. 748. u. 749. u. 750. u. 751. u. 752. u. 753. u. 754. u. 755. u. 756. u. 757. u. 758. u. 759. u. 760. u. 761. u. 762. u. 763. u. 764. u. 765. u. 766. u. 767. u. 768. u. 769. u. 770. u. 771. u. 772. u. 773. u. 774. u. 775. u. 776. u. 777. u. 778. u. 779. u. 780. u. 781. u. 782. u. 783. u. 784. u. 785. u. 786. u. 787. u. 788. u. 789. u. 790. u. 791. u. 792. u. 793. u. 794. u. 795. u. 796. u. 797. u. 798. u. 799. u. 800. u. 801. u. 802. u. 803. u. 804. u. 805. u. 806. u. 807. u. 808. u. 809. u. 810. u. 811. u. 812. u. 813. u. 814. u. 815. u. 816. u. 817. u. 818. u. 819. u. 820. u. 821. u. 822. u. 823. u. 824. u. 825. u. 826. u. 827. u. 828. u. 829. u. 830. u. 831. u. 832. u. 833. u. 834. u. 835. u. 836. u. 837. u. 838. u. 839. u. 840. u. 841. u. 842. u. 843. u. 844. u. 845. u. 846. u. 847. u. 848. u. 849. u. 850. u. 851. u. 852. u. 853. u. 854. u. 855. u. 856. u. 857. u. 858. u. 859. u. 860. u. 861. u. 862. u. 863. u. 864. u. 865. u. 866. u. 867. u. 868. u. 869. u. 870. u. 871. u. 872. u. 873. u. 874. u. 875. u. 876. u. 877. u. 878. u. 879. u. 880. u. 881. u. 882. u. 883. u. 884. u. 885. u. 886. u. 887. u. 888. u. 889. u. 890. u. 891. u. 892. u. 893. u. 894. u. 895. u. 896. u. 897. u. 898. u. 899. u. 900. u. 901. u. 902. u. 903. u. 904. u. 905. u. 906. u. 907. u. 908. u. 909. u. 910. u. 911. u. 912. u. 913. u. 914. u. 915. u. 916. u. 917. u. 918. u. 919. u. 920. u. 921. u. 922. u. 923. u. 924. u. 925. u. 926. u. 927. u. 928. u. 929. u. 930. u. 931. u. 932. u. 933. u. 934. u. 935. u. 936. u. 937. u. 938. u. 939. u. 940. u. 941. u. 942. u. 943. u. 944. u. 945. u. 946. u. 947. u. 948. u. 949. u. 950. u. 951. u. 952. u. 953. u. 954. u. 955. u. 956. u. 957. u. 958. u. 959. u. 960. u. 961. u. 962. u. 963. u. 964. u. 965. u. 966. u. 967. u. 968. u. 969. u. 970. u. 971. u. 972. u. 973. u. 974. u. 975. u. 976. u. 977. u. 978. u. 979. u. 980. u. 981. u. 982. u. 983. u. 984. u. 985. u. 986. u. 987. u. 988. u. 989. u. 990. u. 991. u. 992. u. 993. u. 994. u. 995. u. 996. u. 997. u. 998. u. 999. u. 1000.

Apollo-Theater.
 Friedrichstr. 215. Dir. J. Glück.
 Granto u. Maud. Les Senett's.
 La Loie Fuller.
 Mr. Arvey The Milons
 und
 sämtliche Künstler
 des Februar-Programms.
 Kasseneröffnung 6. Anf. 7 1/2 Uhr.
 Dienstag, den 1. März 1898:
 Vollständig neues Programm.

Reichshallen-Theater.
 34. erstklassige Künstler!
 Flora Fleurette,
 The Menados,
 Harry Allister,
 Samarowa, russisch. Quintett.
 Rauch- und Feuersprühender
 Kratertanz.
 Die lustigste aller Pantomimen:
 Ein ruhiges Zimmer zu
 vermieten
 u. s. w., u. s. w.
 Anfang: Sonntag 6 1/2 Uhr.
 Montag: 7 1/2 Uhr.

Quarg's
 Vaudeville-Theater
 Grand-Hotel Alexanderplatz.
 Heute, letztes Gastspiel der
 1. Original-Budapester.
 Grosse
 Abschieds-Vorstellung
 Jockl Geiger
 Der Beheme.

Feen-Palast
 22 Burgstrasse 22.
 Direktion: Winkler und Fröbel.
 Heute, Sonntag:
 Vorletzte Vorstellung
 des gesammten so erfolgreichen
 Künstler- und
 Schauspiel-Personals.
 Um 7 1/2 Uhr: 3. vorletzte Arie:
 Das radelnde Berlin
 Morgen, Montag, d. 28. Febr.
 Gr. Jubiläums-Abschieds- und
 letzte Vorstellung
 Zum 50. und letzten Male:
 Das radelnde Berlin.
 Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntag 8 Uhr.
 Sämtliche Ehren- und Frei-
 larten sind nur noch bis inf.
 28. Februar gültig.

Ostend-Theater.
 Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. G. Weich.
 Ausstattungs-Novität! Zum 12. Male:
 Unter der Polarsonne.
 Kostümlustiges mit Gesang u. Tanz
 in 5 Bildern von E. Sommermann
 und Chr. Bischoff. Musik v. G. Schäfer.
 Gesangsleiter von H. Dill.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Nachmittags 3 Uhr (N. Preis):
 Zum letzten Male:
 Leben und Lieben.
 Volksstück mit Gesang von Oskar
 Klein. Musik von Wanda.
 Im Tunnel vor und nach der Vor-
 stellung: Freitagskonzert. Anfang
 6 Uhr. — Montag und folgende Tage:
 Unter der Polarsonne.

Urania Central-Theater

Taubenstr. 48/49.
 Naturkundliche Ausstellung. Täglich
 geöffnet von 10 Uhr vormittags
 ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr.
 — Wissenschaftliches Theater. —
 Invalidenstr. No. 57-62.
 Täglich abends 7 Uhr.
 — Ausstellungs-Saal und Vorträge. —
 Näheres die Tagesanschlage.

Berliner Aquarium
 Unter den Linden 68a,
 Eingang Schadowstr. 14.
 Heute Sonntag Eintrittspreis
 25 Pf.
 Reichhaltigste Sammlung
 der Welt an lebenden Seethieren,
 Reptilien etc.

Passage-Panopticum.
 Letzte Woche
 Ben Ali Bey,
 der orientalische
 Magier
 und die
 8 lustigen
 Wienerinnen.

Castan's
 Panopticum.
 Friedrichstr. 105.
 Neu!!
 Indisch-
 hindustani-
 sche
 Gaukler
 — und —
 Schlange-
 Beschwörer.
 Das BÄRENWEIB.

Volks-Theater
 im Welt-Restaurant
 97. Dresdener-Strasse 97.
 Auf allgemeines Verlangen:
 Die heilige Vehmeh!
 Operetten-Burleske in 2 Akten von
 D. Victor-Meeder.
 Hauptrollen: Ralph Polster: Robert
 Dill. Haja: Elsa Richter. Buddel:
 Otto Wendt. — Vorher:
 Erlauben Sie, Madame!
 Schwank in einem Aufzuge.
 Im vorbereit. Saale:
 Tyroler Sänger Alois Ebner.
 Freitag, 4. März: Benefiz Robert
 Dill.

Eröffnung: 2. März 1898.
 Grosse
 Völker-Schauausstellung
 im Feen-Palast
 veranstaltet von der Ver-
 waltung des
 Wiener zoolog. Gartens
 Aschanti-Dorf
 199 Eingeborene
 Javaner-Dorf
 37 Eingeborene.
 Eröffnung: Mittwoch.

Konzert-Sanssouci
 Kottbuser Strasse Nr. 1a.
 Direktion: G. Pierry.
 Sonntags, Dienstags, Donnerstags
 Eine Stunde
 Kaiser von Oesterreich
 Lustspiel in 1 Akt.
 Auftr. von Spezialitäten 1. Rang.
 Neu! Tom & Tam, die lustigen
 Neu! Gäuschen.
 Neu! Ada Bisson, Tauben-Dress.
 Entree 30 Pf. Sonntag 50 Pf.
 Anf. des Konz. 7 Uhr, Konz. 8 Uhr.
 Passpartouts gelten Wochentags
 Sonntag Anf. 5 Uhr, Konz. 6 Uhr.
 Nachher: Grosser Ball.

Künstliche Zähne.
 Dr. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr.
 Teilzahlung pr. Woche 1 Tr.

Alle Jakobstr. 30.
 Direktion Richard Schultz.
 Sonntag, den 27. Februar 1898:
 Zum 38. Male:
 Emil Thomas a. G.
 Die Jugendfalle.
 Besteht die Kindstättungsposse u. Gesang
 und Tanz in 4 Bildern unter Benutzung
 eines französischen Sujets von Jul.
 Freund und Wäh. Mannhadt.
 Musik von Jul. Hindschhofer.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen und die folgenden Tage:
 Die Jugendfalle.

Achtung! 2. Wahlkreis. Achtung!
Sonntag, den 27. Februar, abends 6 1/2 Uhr, bei Zubeil, Finkenstr. 106:
Versammlung.

Tages-Ordnung:
Vortrag des Genossen **Alfons Borchardt** über: **Belurich Seine.**
Nach dem Vortrage: **Gemüthliches Beisammensein und Tanz.**
Die Vertrauensperson.

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

Öffentliche Versammlung 1/10
am Sonntag, den 27. Februar, abends 6 Uhr, im Lokale des
Herrn Schmidt, Hochstraße Nr. 32a.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag der Genossin **Neu Anna Mosch** über: **Die Stellung der Frau im Klosterstaat.** 2. Diskussion.
Nach der Versammlung: **Gemüthliches Beisammensein.**
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Vertrauensperson.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Versammlung

am Dienstag, den 1. März 1898, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal
von **Daupe, Brunnenstraße Nr. 154.**

Tages-Ordnung:
1. Die Sozialdemokratie und ihre Entwicklung in den letzten 20 Jahren.
Ref.: Reichstags-Abgeordneter **Fritz Zubeil.** 2. Diskussion. 3. Bericht-
angelegenheiten.
Zahlreiches Erscheinen erwartet
Der Vorstand.

Achtung, Studateure!

Montag, den 28. d. M., abends präz. 8 Uhr, bei **Buske, Grenadierstr. 33:**
Filial-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn **Dr. Weyl** über:
Synopsismus. 2. Urabstimmung über den Verbandstag. 3. Gewerkschaft-
liches. — Näheres unter „Gewerkschaftliches“.
Der Bevollmächtigte.

Achtung! Maurer. Achtung!

Charlottenburg, Wilmersdorf und Schmörgendorf.
Montag, den 28. Februar, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn
Wernicke, Wilmersdorferstr. 39 (Bismarckhöhe):
Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen **Silberchmidt** und Diskussion. 2. Wahl
der Delegierten zur Konferenz der Provinz Brandenburg. 3. Berichtsbereit.
Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Vertrauensmann.

Arbeiter-Bildungsschule.

Am Sonntag, den 27. Februar 1898, abends 7 Uhr,
in den **Arminhallen, Kommandantenstr. 20:**
Vortrag d. Hrn. **Prof. Dr. Förster** über **Sternschnuppen**
und **Feuerkugeln im Hinblick auf das Jahr 1899.**

Nach dem Vortrage: **Gemüthliches Beisammensein u. Tanz.**
Eintritt 10 Pf. Garderobe 10 Pf.
Der zum 7. Stiftungsfest verbundene Prolog mit Programm ist in
dieser Versammlung à 10 Pf. zu haben; ebenso Billets à 20 Pf. zu
dem am Sonntag, den 17. April, abends 6 Uhr, in Keller's Festsaal,
Koppenstr. 29, stattfindenden Vortrag des Herrn **Dr. Wih. Meyer**
(früher Direktor der „Urania“) über **„Die Reise nach Spitzbergen“** mit
zahlreichen Lichtbildern. 4/13

Achtung, Stöckarbeiter!

Montag, den 28. d. M., abends 8 Uhr:
Öffentl. Versammlung der Stöckarbeiter
bei **Stechert, Andreasstraße Nr. 20.**

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Dr. Zadek.** 2. Diskussion. 3. Bericht-
angelegenheiten. 4. Berichtsbereit.
Um pünktliches Erscheinen bittet
Die Agitationskommission der Stöckarbeiter.
Sonntags, den 19. März, findet das **6. Stiftungsfest** bei **Rieft,**
Weberstr. 19, statt. — Billets sind beim Kollegen **Heinroth, Weidenweg 79,**
3 Tr., zu haben.

Lackierer, Filiale IV.

Dienstag, den 1. März 1898, abends 8 1/2 Uhr, bei **Schöning,**
Königsstraße Nr. 68:
Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Dr. H. Weyl** über: Die Ernährung des
gesunden und kranken Körpers. 2. Die Mährengelung und Arbeitser-
leichterung der Kollegen bei der Firma **Falkson.** 3. Innere Bericht-
angelegenheiten. — Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen
ersucht
Der Vorstand.

Bildungsverein „Mehr Licht!“

(früher Ethische Gesellschaft.)
Sonntag, den 27. Februar, abends 7 Uhr, **Alexanderstraße 27c:**
Versammlung. 120/8

Tages-Ordnung: Vortrag des Herrn **Dr. Wollheim** über: **Selbst-
wohlthat und Selbstvernichtung.** Diskussion.
Darum: **Gemüthliches Beisammensein mit Tanz.**
Gäste stets willkommen.

Zentral-Verband der Cöpler und Biegler
Deutschlands, Filiale Berlin.

Dienstag, den 1. März 1898, abends 6 Uhr, im Lokale des Herrn
Röllig, Rosenhaterstraße Nr. 11/12:
Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.
2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. 195/2
Es ist Pflicht jedes Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Vorstand.

Achtung! Bilderrahmenmacher. Achtung!

Sonntags, den 5. März,
im **Neuen Klubhaus, Kommandantenstraße 72:**
V. Stiftungs-Fest.

Festrede. Grosse Bilderverloosung. 44/1
In den Pausen: **Humoristische Vorträge.**
Zu zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein **Das Komitee.**

Rechtsbureau, Grüner Weg 40 (Zurück
Stenerstr., gericht. Vertretung. 29/06
Meine Verlobung mit Fr. Dorothea
Burch erkläre hiermit für aufgehoben.
10745) H. Greve, Mühlentstr. 38.

Carl Becker
Cigarren, Cigarretten
u. Tabake
Friedrichstr. 25 an der Mauerstr.

The jolly british girls.
Anf. 8 Uhr. Sonntags 2 Vorst.
Nachm. 1 Kind frei.

Verantwortlicher Redakteur: **Anast Jacobov** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glöck** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Vading** in Berlin.

Achtung! Parteigenossinnen u. Genossen! Achtung!
Montag, den 28. Februar, abends 8 Uhr, im Lokale des Genossen **Wernau, Schwedterstr. 23/24:**
Große Volksversammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag der Genossin **Neu Louise Ziets** aus **Hamburg** über:
„Die bevorstehenden Reichstags-Wahlen und die Frauen.“
2. Diskussion.
Dienstag, den 1. März, referirt Genossin **Ziets** in **Bickel's Lokal, Gasenstraße 53,** und
Mittwoch, den 2. März, in der **Brauerei Moabit** (früher **Abend**), **Thurnstraße.**
Um zahlreiches Besuch in allen Versammlungen, besonders der Parteigenossen ersucht
Die Vertrauensperson.

Große öffentliche Versammlung
der **Maaf- und Kostümschneider und Näherinnen**

am Dienstag, den 1. März, 1898, abends 8 1/2 Uhr,
im Lokale der **„Armin-Hallen“, Kommandantenstraße Nr. 20.**

Tages-Ordnung:
1. Der **Werbemische Großbazar** als Typus in der Entwicklung der Großbazar und wie
werden die im Interesse der Konsumenten und Produzenten liegenden Forderungen dabei be-
rücksichtigt. Referent **Kollege J. Timm.** 2. Diskussion. 164/2
Alle Kollegen und Kolleginnen sind zu dieser Versammlung eingeladen. Besonders eingeladen sind die
Arbeiter der Firmen **Worthelm, S. Adam, Vortrefflich, Westend Chioting, H. Hoffmann, H. Weltmann & Oppen-
heimer, Jägerstraße.**
Der Vertrauensmann: J. Timm.

Malers, Anstreicher etc.

Montag, d. 28. Febr., abends 8 Uhr, in den **Armin-Hallen, Kommandantenstr. 20:**
Öffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung: Das Koalitionsrecht der Arbeiter und des **Posadowsky'sche Erlaß.**
Referent **Reichstags-Abgeordneter Max Schippel.**
Das Erscheinen sämtlicher Berufsgenossen ist Pflicht.
Der Vertrauensmann: Mark.

Freie Vereinigung der
Badener
zu **Berlin und Umgegend.**

Mittwoch, den 2. März, abends
9 Uhr, **Dragonerstr. 15,** im Lokale des
Herrn **Vonage.** 98/5
Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Besprechung über die Bewoizung
um Aufnahme in den preussischen
Staatsverband. 2. Berichtsbereit-
heiten. — Landdeute willkommen.
Der Vorstand.

Verband der Graveure
und **Ziiseneur Deutschlands.**
(Zentrale Berlin.)

Am Dienstag, den 1. März, findet
Umstände halber keine Vereins-
versammlung statt. Die nächste Ver-
eins-Versammlung findet am Dienstag,
den 8. März, statt. Vortrag des Herrn
Zupont: Der moderne Stil. 74/6

Der Arbeiter-Gesang-Verein
„Olympia“

10196 M. d. A. S. G. B. u. U.
nach Kinnabergabe Parteigenossen
(1. Lönse depors). Uebungsstunde:
Dienstag abends 9 Uhr im Streif-
schen Lokal, Rammstraße 88.
Wiedungen werden dort entgegen-
genommen.
Der Vorstand.

Gesellschaftshaus
Zwincmänderstr. 42 (alte Nr. 35)
jeden Sonntag:
Ball u. Theater-Vorstellung.

Empfehle meine Säte (250 u. 700
Personen fassend) sowie Vereinszimmer
zu Festlichkeiten und Versammlungen
4002/2
Hübner.

Louis Keller's Festsäle
Koppenstr. 29
Größtes und schönstes Stablfestament
4101/2
der Residenz.
Sontag:
Grosse Soirée der
Norddeutschen Sängers
Zimmern, Gahndley,
Zimmermann, Weising, Ziebbe,
Stangenberg und Feick, sowie
Großes Instrumental-Konzert
des **Neuen Berliner Konzert-**
Orchesters unter persönlicher Leitung
des **Wundtweilers Rudolf Tief.**
Nachdem: **Großer Ball.**
Zwei stark besetzte Orchester, Streich-
und Musikant.
Anfang 5 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Neues
Olympia
Blumen-
Theater.
(Circus Konz.) Karlstrasse.
Heute Sonntag
2 Vorstellungen.
Nachm. 4 Uhr, Abds. 8 Uhr.
Nachm. 1 Kind frei.
Holassy Kiralfy's
Konstantinopel
mit dem sensationellen
Feuer- und Flammentanz
ausgeführt nicht von einer
Person, sondern von gesammten
Ballot-Perosnal.
ca. 1000 Mitwirkende,
sowie das neue kolossale
Spezialitäten-
Programm.
Wiederauftreten
von
The jolly british girls.
Anf. 8 Uhr. Sonntags 2 Vorst.
Nachm. 1 Kind frei.

Achtung!
Dienstag, den 1. März, abends 8 1/2 Uhr, bei **Keller**
(großer Saal), **Koppenstr. 29:**
Außerordentl. Generalversammlung.

Tages-Ordnung:
1. Amendement zu dem Antrag der **Arbeitslosenunterstützung.**
2. Anträge verschiedener Zahlstellen zum **Verbandsstag.** 3. Wahl
der **Delegierten.**
Jedes Mitglied ist verpflichtet zu erscheinen. Ohne Mitgliedsbuch
kein Eintritt. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
Der Vorstand.

Für die englischen Maschinenbauer gingen ferner folgende Beiträge
ein: Tischlerei **Wagner, Vangelt.** 55 (außer 8) 4,50. Tischlerei **Witt, Oranien-**
straße 34 5,05. In Summa 9,55. Vereinsbeitrag 4973,22 M. Gesamtsumme
4982,77 M. Arbeitsnachweis für Holzarbeiter, **Koppenstr. 29.**

Achtung!
Dienstag, den 1. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn
Klemke, Bergstr. 137:
Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Wahl des Delegierten zum **Verbandsstag.**
4. Berichtsbereitungen und Berichtsbereit. (77/20)
Einem jeden Mitgliede wird es zur Pflicht gemacht, in dieser Ver-
sammlung zu erscheinen.
Die Lokalverwaltung.

Achtung!
Montag, den 28. Februar, abends 8 Uhr, im Englischen Garten,
Alexanderstr. 27c:
Öffentliche Versammlung
der an
Holzbearbeitungs-Maschinen und auf
Holzplätzen beschäftigten Arbeiter.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Delegierten zur **Gewerkschaftskommission.** 2. Abrechnung
des **Vertrauensmanns.** 3. Neuwahl des **Vertrauensmanns** und Delegierten
zur **Gewerkschaftskommission.** 4. **Gewerkschaftliches.** 82/2
Der Vertrauensmann.

Achtung!
Am Dienstag, den 1. März, abends 8 Uhr, im Lokale
„Viktoria-Garten“, Badstrasse 12:
Große öffentliche Versammlung
aller in der **Lederfabrikation** beschäftigten Arbeiter, als:
Weißeberger, Lohgerber und Lederfärber.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Milburg** über: **Das Unfallversicherungs-**
Gesetz und die Arbeiter. 2. **Rassenbericht.** 3. **Berichtsbereit.**
Es wird ersucht, zu dieser Versammlung pünktlich und vollständig zu er-
scheinen. (1009/6) **Der Vertrauensmann.**

Tabakarbeiter u. -Arbeiterinnen!

Dienstag, den 1. März, abends 8 1/2 Uhr, bei **Gründel, Brunnenstr. 188:**
Große öffentliche Versammlung

Tages-Ordnung: Vortrag des Reichstags-Abgeordneten
Wilhelm Klee: Der Kampf um die Koalitionsfreiheit. Ab-
rechnung der **Kommision** und **Neuwahl** derselben. (187/1) **Die Kommission.**

Verband deutscher Gold- und Silberarbeiter
und verw. Berufsgenossen
(Zahlstelle Berlin.)

Dienstag, den 1. März 1898, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale **Dredenerstr. 45:**
Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Was haben die **Gold- und Silberarbeiter** im Jahre 1898 zu er-
warten? Referent **Kollege G. Wagner.** 2. Diskussion. 3. **Verbands-**
angelegenheiten und Berichtsbereit.
Gäste willkommen. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist zahlreiches
und pünktliches Erscheinen notwendig.
Die Ortsverwaltung.

Arbeiterbildungsverein Schöneberg

Montag, den 28. Februar, abends 8 Uhr, bei **Obst, Grünwaldstr. 110:**
Ausserordentliche Versammlung.

Gäste haben Zutritt. Neu-Anmeldungen werden entgegengenommen.
Einen zahlreichen Besuch erwartet (15/2) **Der Vorstand.**

Entschädigung erhalten Vereine,
Versammlungen etc., die **Wochentags** (außer **Sonntags**) meine Säle von
100-300 Pers. (mit Bühne) benutzen. **Franz Müller, Central-Festsaal,**
Alte Jakobstr. 32 (Central-Theater). Einige **Sonntags** im April noch frei.
900/6

Verband der Arbeiter in
Gasanhalten etc.

Das Mitglied
Wilhelm Grollmisch

(Holzarbeiter) ist am 24. d. Mts. 98
verstorben. Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 27., nachmittags 3 Uhr,
vom **Trankhaus** **Wienbohrer** 37 ans
nach dem **Thomaskirchhof** in **Brig**
statt. Um rege Betheiligung bittet
10218 **Der Vorstand.**

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
(Verwaltungsstelle Berlin.)

Codes-Anzeige.
Am Donnerstag, den 24. d. M.
habt unser Mitglied, der **Formier**
Ernst Pankrat.

Seine **leinen** **Kunden.**
Die Beerdigung findet am **Sonnt-**
tag, den 27. d. M., nachm. 5 Uhr,
von der **Leichenhalle** des **Kreuzkirch-**
hofes in **Wienendorf** aus statt. Um
rege Betheiligung ersucht
116/19 **Die Ortsverwaltung.**

Zentral-Arbeiten- u. Sterbe-
liste der deutsch. Wagenbauer.

Am Freitag, den 23. d. M., verstarb
unser Mitglied, der **Schmid**
Ferdinand Reinsch

im Alter von 54 Jahren.
Seine **leinen** **Kunden.**
Die Ortsverwaltung Berlin,
10445 **Bezirk 6.**

Bitte meiner Tochter **Joseph** auf
meinen Namen nichts zu borgen, da
ich für nichts aufkomme. 10668
Thomaz Katalajcz, Wollentstr. 38.

Naturheil-Verein
Rixdorf.

Montag, den 28. Februar,
abends 8 1/2 Uhr, bei **Gröpler:**
Damen-Vortrag
mit **Lichtbildern.**

Zutritt nur für **Damen.**
Eintrittsgeld 20 Pfennig.
9795 **Der Vorstand.**

Billige Lektüre!

3000 Jahrgänge, 1895, 1896
von: **Ueber Land und Meer,**
Gute Stunde, Gartenlaube, Buch
für **Alle, Universum, Illustrirte**
Welt, Fliegende Blätter, Mogen-
dorfer, a 2 Mark, Daheim, Das
neue Blatt, Modenwelt, Heitere
Welt, Hausfreund und Berliner
Illustrirte Zeitung, geben pro
Jahrgang à 1,50 Mark gut
erhalten ab.
Germania, Commandit-Gesell-
schaft für Journalleser, Berlin,
Besselstr. 2b.

Bekanntes u. Parteigenosse, empfehle mein
Zigaretten- und Tabakgeschäft.

10486 **Wilhelm Henze,**
Berlin O., Hornborscherstr. 4.

Kleine Plattenstalt
ist billig zu verkaufen, auch kann der
Ramm **Beischäftigung** erhalten, 12 Tbr.
Bogenbahn, Oferten unter **P. P.**
Poham **Ankammerstraße.** 10475

Einrichtung Wohn- u. Schlafzimmer,
umhängebalt (spottbillig) **Vangelt.** 10,
Restaurant.

Kinderwagen - Räder, neue und ge-
brauchte, Ballfabrikstr. 101. 10606

Grütraum- und Vorkassegeschäft
zu verkaufen oder die **Geschäfts-**
leitung zum 1. April **Überrück.** 13.

2 **Hobelbänke, 5 Schraubstöcke, Hand-**
werkzeuge ist billig zu verk. **Barthel,**
Rixdorfstr. 15, 3. Quergeb. 2 Tr.

Bäderei mit **Patentofen** **Berlin-**
straße 26, Rixdorf, 1. April
zu verm. **Näh. beim Herrn. Tegen.**

Materialwaarengesch. u. Destillations-
niederlage, altes Geschäft, verl. Exp.
herb, Belfernmann, 88, Wiethe 80 Tbr.
Rahmschneide, fast neu, billig ver-
käuflich **Hagenbergerstr. 4, 4 Tr. l. 10296**

Sira 2000 Zeitelblätter, 7/8 Str.
und noch mehr billig zu
verkaufen, ebenso 1000 **Weißbier-**
gläser, 1/2 Str., bei 10245
Jacob, Adenicher Bankstraße.

Rachschickungen f. An. in **Deutsch**
u. **Neudeng.** **Off. K. l. Postamt Rixdorf.**

Arbeitsmarkt.

10206 **Arbeiterinnen**
auf **Waschunterstöcke**

die **Posten** übernehmen können, finden
gegen **Bezahlung** von **Arbeits-**
lohn **Verne** **donnerde** **Be-**
schäftigung. **Löh & Ortelt, Roonstr. 42.**

Suche f. m. 13 jährigen **dispen-**
sirten **Sohn** m. g. **Hand-**
schrist **Be-**
schäftigung. **Wm. Weinte, Dredenerstr. 3.**

Belegerin für **Goldbleiben,** auch
solche, die es **erlernen** wollen, verl.
Ed. Turzhusch, Rottbaur Ufer 7.

Leibschneiderei **Rixdorf** verlangt
stte, Adicinstr. 10. 10236

Berflerberer werden **sol. verl. Rix-**
dorf, Schönweiderstr. 27.

Feuerversicherungs-
Agenten 1025*

werden von **alter** **Gesellschaft** gegen
hohe **Provision** **gelucht.** **Offerten** unter
Off. R. E. 720 an **Hausenstein**
& Vogler A. O., Berlin S.W. 19.

Handarbeits-Unterricht **erth** **Meier,**
Geiststr. 48, Monat 1. M. Aus-
kunft von 4-8. 10756

Mamiells auf Schneiderei
„**langt** **Friedrich, Postwälderstr. 1 II.**

Terefa Gchner am Sonnabend in Szene und wird am Sonntag wiederholt. Diesen Sonntag Nachmittags gelangt Kretzschmar's Schauspiel „Dorina“ zur Aufführung. — Im Vesting-Theater beendigt Herr Dr. Rudolf Tyrolt sein Gastspiel am Montag im Lustspiel „Das große Hund“ von G. Karlowitz. An allen übrigen Spieltagen der Woche wird das Lustspiel „Im weißen Rösch“ wiederholt, das am Dienstag der nächsten Woche das Publikum der 50. Aufführung feiert. — Das Repertoire des Neuen Theaters wird auch in der nächsten Woche nützlich von Gaudissier's Schwanf „Die Schilddrüse“ beherrscht. Nur am Mittwoch werden diese Aufführungen durch eine Wohlthätigkeits-Vorstellung unterbrochen. Diesen Sonntag 3 Uhr geht „Tribby“ in Szene. — Im Goethe-Theater gastirt Gustav Radelburg in „Haus und Hof“ diesen Sonntag, Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend. Die Eröffnungsvorstellung von „Die verführte Frau“ ist mit Gustav Radelburg als Graf Palmay für Montag angefügt. Wiederholungen des Lustspiels finden Dienstag, Freitag und nächsten Sonntag statt. Nachmittags-Vorstellungen: diesen Sonntag „Krieg im Frieden“, nächsten Sonntag „Dorf und Stadt“. — Im Thalia-Theater werden die ganze Woche hindurch „Die kleinen

Vänner“ gegeben. — Im Schiller-Theater geht Sonntag Nachmittags 3 Uhr als vierte Vorstellung im zweiten Schillerjahre „Wallenstein's Tod“ in Szene. Abends 8 Uhr wird der Schwanf „Das Sittungsfest“ von G. v. Moser gegeben. Grillparzer's Trauerspiel „Die Ahnfrau“ wird Montag, Dienstag, Mittwoch, Freitag und Sonnabend wiederholt. Donnerstag wird „Die Besessenen“ gegeben. — Sonntag findet im Theater unter den Linden die 300. Vorstellung von „Hottentot“ statt. Diesen Sonntag Nachmittags geht „Orpheus in der Unterwelt“ in Szene. — Im Central-Theater bleibt „Die Jugendkammer“ vorläufig auf dem Spielplan. — Im Belle-Alliance-Theater wird „Venus Schöller“ am Sonntag gegeben und Freitag wiederholt. Ferner bringt der Wochenplan Wiederholungen von „Im Orient“ Dienstag, „Auspachagabundus“ Mittwoch; „Räuber von Helldrom“ Donnerstag; „Acan“ Sonnabend. Am Sonntag, 6. März, gehen „Die Räuber“ neunzehntmalig in Szene. Als Nachmittagsvorstellungen sind „Die relegierten Studenten“ und „Venere“ angefügt. Die zweite Versuchsaufführung des dramatischen Instituts bringt am Montag das Volksstück „Unlauterer Wettbewerb“. — „Die Sätze der Handfrau“ im Luisen-Theater bleibt die ganze Woche auf dem Spielplan. Heute Sonntag Nachmittags gelangt „Tribby“ zum ersten Male zu kleinen Breiten zur Aufführung. — Im Ostend-

Theater bleibt das Aufnahmestück „Unter der Talarfarbe“ auch für diese Woche auf dem Repertoire. Heute Nachmittags geht zu kleinen Breiten „Leben und Lieben“ zum letzten Male in Szene. — Im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater geht das Sensationsdrama „Die kleinen Bogabunden“ zum 50. Male in Szene; am Montag und Dienstag, nachmittags 4 Uhr, gelangt das Lustspiel „Im Lichte der Wahrheit“ von Comisar zur Darstellung. — Im Alexanderplatz-Theater gelangt das Berliner Sittenbild „Verlorene Mädchen“ von Eugen Bruns am Dienstag bereits zum 25. Male zur Aufführung; heute Nachmittags 4 Uhr geht das Schauspiel „Die Königin“ von Bettlerin oder „Die Schufe des Lebens“ von Dr. Harpach in Szene. Parodie-Theater. Die an dieser Bühne heute, Sonntag, stattfindende Extravorstellung bietet folgendes Programm: den Schwanf „Endlich allein“, dann die Burleske „Charles's Toilette“ und dann die beiden Opern „Bojazzo“ und „Zambrano“, in denen Herr Direktor Hugo Bolle die Titelfrollen singt. — Das neue Programm des Apollo-Theaters, welches am Dienstag, den 1. März, in Kraft tritt, bringt neben Lise Zoller, deren erfolgreiches Gastspiel für den ganzen Monat prolongirt wurde, eine Reihe neuer Recitationen, unter denen die englische Tänzerin Ida Deady und die Konzertsängerin Irma Dezel hervorstechende Spezialitäten auf ihrem Gebiete sind.

(Redigirt unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes, nach welchem Gesetze unrichtige Angaben in dieser Veröffentlichung strafbar sein würden.)

Scheithauer's Stenographie.

Vorteile vor allen anderen Methoden: Keine Unterscheidung zwischen dicken und dünnen Strichen; jedes Wortbild trägt seine Bedeutung in sich selbst, ist also von der Schreibweise vollständig unabhängig; jeder Grundstrich wird nur in zwei Höhen, jeder Haarstrich nur in zwei Weiten verwendet; alle Zeichen sind unter Berücksichtigung der Lehren der Graphologie so gewählt, dass sie selbst bei schlechtester Darstellung den ungefähren Klang des Wortes ergeben müssen, daher: völlig konkurrenzlose Schreiblichkeit und Deutlichkeit, die Stenogramme sind sicher lesbar wie Buchdruck; grösste absolute Kürze der Schrift, deshalb gar keine Abkürzungen für Silben oder Wörter; rascheste Erlernung, da fast nur die Aneignung des Alphabets zum Schreiben und Lesen notwendig ist.

„Ich war bisher Anhänger der Stolze'schen Stenographie; zu dem neuen System Stolze-Schrey umzusatteln, bin ich durchaus nicht gewillt. — Wer ihr System einer genaueren Prüfung unterwirft, muss Anhänger desselben werden, er mag wollen oder nicht, er müsste denn gegen seine Ueberzeugung handeln.“ — Wilhelm Saelmann, Aschersleben.

„Was der Jugend versagt ist, hat das Alter die Fülle, kann ich, ausrufen, nachdem ich seit den jungen Tagen ein brauchbares, leicht erlernbares Kurzschrift-System suche. Nun ich inzwischen alt und grau geworden bin — 71 Jahre — finde ich das Gesuchte endlich in Ihrem System.“ — Otto Frick, Spremberg, N.-L.

„Es ist eine Lust, nach diesem System zu arbeiten. Wer, wie ich, jede neue Erscheinung auf dem Gebiete der Kurzschrift mit Interesse verfolgte, wer gleich mir mit mehreren anderen Systemen sich abgeplagt hat (zuletzt war ich eifriger Anhänger der viel gepriesenen Stenotachygraphie), der wirft mit Freuden die anderen Systeme zur Seite und bedauert nur noch die verlorene Zeit und Mühe.“ — Mittelschullehrer Steinke, Stolp.

„Eigentlich hatte ich garmiecht die Absicht, Ihre Stenographie zu lernen, ich wollte nur einmal einen Vergleich mit dem System Stolze anstellen, weil ich Ihre Annoncen für — „übertrieben“ hielt. Ich muss jedoch sagen, dass Ihre Angaben völlig den That-sachen entsprechen. Das System Stolze, welches ich bisher geschrieben habe, habe ich daher zur Seite gelegt.“ — G. Martin, Adresse Stärkofabrik in Karstädt, Priegnitz.

„Man braucht nur die Zeichen Ihres Systems zu lernen und man kann jedes einzelne Wort schreiben und, was das Bewundernswürtheste ist: das System steht keinem an Kürze nach! Ein vollkommeneres System lässt sich garmiecht denken.“ — Hugo Gemborg, Weissensfeld, seit 10 Jahren Stolzeaner.

„Es ist dem Verfasser gelungen, alle den anderen Systemen anhaftenden Mängel völlig zu beseitigen. In der That ist bei Scheithauer's Stenographie nichts weiter zu lernen als 26 Konsonanten und 11 Vokal-Zeichen. Mit diesen Zeichen schreibt man so wie in der gewöhnlichen Schrift, ohne dass es eines weiteren Regel-Apparates bedarf. Das System ist drucklos, verwendet alle Zeichen ausnahmslos nur in zwei verschiedenen Höhen und hat vor allen bisher bekannten Systemen den gewaltigen Vorzug, dass es nach graphologischen Grundsätzen aufgebaut ist, d. h. die Zeichen sind so gewählt, dass selbst beim flüchtigen Schreiben

die Verzerrungen der Schrift derartig verlaufen müssen, dass nur ähnliche Laute gelesen werden können.“ — „Preussische Schulzeitung“.

„Scheithauer's Stenographie ist sehr rasch erlernbar. Man braucht sich beinahe nur das stenographische Alphabet einzuprägen und kann dann flott darauflos schreiben. Scheithauer's Stenographie ist reine Buchstabenschrift. Unterscheidungen zwischen dicken und dünnen Zeichen werden nicht gemacht. Das System ist von der Schriftlinie unabhängig. Kürzungen oder Sigel existiren nicht.“ — „Frankfurter Journal“.

Scheithauer's Stenographie ist unzweideutig: jedes Wort hat nur eine Bedeutung, unabhängig davon, ob das Zeichen auf der Schriftlinie steht, oder darunter, oder darüber. In den Systemen von Gabelsberger, Stolze, Arends, Roller, in Lehmann's Stenotachygraphie und in Schrey's Debattenschrift gibt es unzählige Wort-bilder, die mehrere grundverschiedene Bedeutungen haben, je nach ihrer Stellung zur Schreiblinie. So gibt es (um einige wenige aus tausenden Beispielen herauszugreifen) im System Gabelsberger keinen Unterschied zwischen **Seife** und **Selte**, **Mensch** und **schon**, **Eifer** und **Elfer**; das System Stolze schreibt die Wörter **verliebt**, **verleibt**, **verlobt** ganz gleich, ebenso **Verlegenheit** und **Verlogenheit**, **Scheune** und **Schnee**; in der Stenotachygraphie haben die Wörter **so** und **schr**, **Mehl** und **mit**, **Seile** und **siehe** dieselben Zeichen; ganz ähnlich ist es mit den genannten anderen Systemen.

Ueberhaupt ist kein anderes System im Stande, den Grundsatz durchzuführen, dass jedes Zeichen nur eine Bedeutung haben darf. So macht z. B. auch das System Stolze-Schrey keine Unterscheidung zwischen **des** und **sich**, und diese Zweideutigkeit steigert sich bei dem genannten, wie bei allen anderen Systemen, in der für den Gebrauch der stenographischen Praktiker bestimmten Schriftform in ganz unerträglicher Weise.

Die meisten Stenographien unterscheiden dünne und dicke Zeichen, d. h. jedes Zeichen hat eine besondere Bedeutung, wenn es dick, und eine andere, wenn es dünn geschrieben wird. Die volle Tragweite solcher Unterscheidungen erhellt am besten aus einer Anwendung des Grundsatzes der Druckverstärkung auf die gewöhnliche Schrift; man schreibt

nach Gabelsberger: „**robe**, **hupft**, **mechte**“ statt „**Rabe**, **Haupt**, **machte**“;
nach Stolze-Schrey: „**richten**, **grism**, **fören**“ statt „**rauchen**, **grausam**, **föhren**“;
nach dem System der Stenotachygraphie: „**richen**, **wegen**“ statt „**rauchen**, **Wagniss**“.

Derartige unsinnige Unterscheidungen, die der damit arbeitenden Stenographie das Brandmal der unsicheren Schreibbarkeit und schlechten Lesbarkeit aufdrücken, gibt es in Scheithauer's Stenographie nicht.

In den Systemen Stolze, Roller und in der Stenotachygraphie werden viele Zeichen in vier verschiedenen Höhen (mit völlig verschiedenen Bedeutungen!) verwendet. Gabelsberger und Stolze-Schrey unterscheiden Zeichen in drei verschiedenen Grössen mit verschiedenen Bedeutungen. Scheithauer's Stenographie verwendet ohne Ausnahme alle Grundstriche nur in zwei Grössen, manche Zeichen, die in anderen Systemen in zwei bis drei Grössen vorhanden sind, finden bei Scheithauer überhaupt nur in einer einzigen Höhe Verwendung, um die Schrift leicht darstellbar und sicher lesbar zu machen.

Alle anderen Systeme sind, im Vergleich zu Scheithauer's Stenographie, ungeheuer schwer erlernbar und setzen fast ausnahmslos bei dem Schüler die Kenntniss der etymologischen Gliederung der Wörter voraus, über die sich oft die Gelehrten selbst nicht einig sind. Ausser dieser und der Kenntniss eines umfangreichen stenographischen Alphabets verlangt jede andere Methode aber noch die Einprägung einer Unmenge von Regeln über die Verbindung dieser Zeichen. Wer Scheithauer's Stenographie erlernen will, hat sich im Wesentlichen nur die alphabetischen Zeichen einzuprägen und kann alsdann sofort an praktische Übung gehen, zu einer Zeit, in welcher der Schüler eines anderen Systems kaum erst ein paar Regeln seiner Methode und einige wenige Zeichen erlernt hatte!

Trotz dieser beispiellosen Einfachheit ist Scheithauer's Stenographie in absolutem Sinne so kurz, dass sie ohne alle Wort- und Silben-Kürzungen („Sigel“) auskommt. Man schreibt demnach jeden wirklich gehörten Laut, und das Stenogramm bildet die getreue Photographie der Sprache, während die anderen Systeme nur eine fratsenhafte Karikatur des gesprochenen Wortes geben, in welcher viele Worte und Silben nicht klannässig geschrieben, sondern durch willkürliche Punkte und Striche dargestellt sind.

In welcher Zeit kann man Scheithauer's Stenographie erlernen? Wer ein gutes Gedächtniss und einen ausgeprägten Formensinn hat, wird sich das stenographische Alphabet in einigen Stunden einprägen. Wem diese Eigenschaften abgehen, der wird entsprechend länger zu lernen haben, es dürfte aber ausser dem Bereiche der Möglichkeit liegen, einen Menschen mit gesunden Sinnen zu finden, der Scheithauer's Stenographie nicht in einigen Tagen zu erlernen vermöchte.

Jeder, der sich wochenlang mit einem anderen System abgequält hat, ohne wirklich schnell schreiben zu können, werfe das bisher verwendete als für ihn völlig werthlos beiseite und wende sich zu Scheithauer's System. Zahlreiche Uebertritte von Gabelsberger, Stolze, Schrey, Roller, Arends, Stenotachygraphie beweisen schlagend, dass Scheithauer's System alle anderen Methoden thurmhoch übertrifft.

Unter Benutzung der nachstehend bezeichneten Lehrmittel vermag selbst der Befangendste sich mit absolut sicherem Erfolge in kürzester Frist eine gründliche Kenntniss der Stenographie anzueignen, leichter und sicherer, als durch den theuersten und besten mündlichen Unterricht nach irgend einem anderen System, mag dieses auch noch so „einfach“ — **genannt** werden!

Ausführliches Lehrbuch zum Selbstunterricht 60 Pfennig, Lesebuch dazu 60 Pfennig. Der Versand erfolgt gegen Nachnahme oder vorherige Einsendung des Betrages. — Arbeiter-Bildungsvereine werden auf Wunsch ein Lehrbuch gratis für ihre Bibliothek zugesandt.

Karl Scheithauer
Neumarkt No. 21, Leipzig.

Montag den 28. Februar

Helblauere Emaille-Geschirre

Kasserollen	Durchmesser ca.	12	14	16	cm	Topfdeckel	Durchmesser ca.	16	18	20	22	24	cm			
	ohne Ring	25,	35,	45	Pf.			—	22,	25,	30,	35	Pf.			
	Durchmesser ca.	16	18	20	22	24	Pfannen rund mit Stiel	25,	32,	40,	50,	60	Pf.			
	mit Ring	55,	65,	75,	90,	—		für ca.	6	8	10	12	Tassen			
Schmortöpfe ohne Ring	48,	55,	65,	80,	95	Pf.	Kaffeekannen	gerade Form	70	85	Pf.	1,08	1,25	Mk.		
„ „ mit Ring	60,	70,	80,	95	Pf.	1,15	Mk.	Milchtöpfe	oberer Durchm. ca.	7	8	9	10	12	14	cm
Wasserkessel mit Absatz, Durchm. ca. 22 cm	1,30	Mk.	Eimer, Durchm. ca. 28 cm, Bügel mit Holzgriff	80	Pf.					30	35	40	50	60	80	Pf.

Warenhaus A. Wertheim

Vereinsbrauerei-Ausschank Rixdorf
 Grosse Säle.
 Mittwochs und Sonntags:
 Gr. Frei-Konzert.
Oeconomie: Martin Berndt
 Vorzügliche Küche, Durstspülung, Schließband, Regenbahnen u. sonstige biederer Belustigungen.
 Eishahn.
 40169* - Pferdebahn vom Marktplatz für 10 Pf. bis zur Brauerei.

Kur-Bade-Anstalt und Massage
 für Rheuma-, Gicht- und Nervenranke
 von **H. Mania**, Brunnenstrasse No. 16.
Loh-, Dampf- und Heissluft-Kasten-Bäder, Kohlensäure und andere medizinische, sowie Wannebäder. Lieferant u. Masseur sämtlicher Ortskranken- u. Freier Hilfskassen. Die Filiale nur für Massage ist Thurmstr. 46 (4-5 1/4 Uhr.)
Langjähriger, nicht in einigen Tagen ausgebildeter Anstalts-Masseur.
 NB. Bitte meine Anstalt nicht mit der Brunnenstr. 2 zu verwechseln.

Bade-Anstalt Dunckerstr. 14
Lohtannin- und Dampf-Kasten-Bäder.
 (Damentage: Dienstag und Freitag.)
 Wannen-, sowie sämtliche medizinischen Bäder.
 Lieferant sämtlicher Krankenkassen Berlins u. Umgeg., vom Wirtschaftsverband des Berliner Lehrer-Vereins und Post-Spar- und Vorschuss-Vereins.

A. Schulz,
Möbel- und Polsterwaaren-Fabrik
 gegründet 1878
Reichenberger Strasse 5,
 zwischen Kottbuser Thor und Ritterstrasse.
 Sehr grosses Lager 41939*
Bürgerlicher Wohnungs-Einrichtungen
 in Nussbaum u. Mahagoni v. 240, 300, 400, 500, 600, 800 - 10 000 M. in nur anerkannt gediegener Ausführung. T. A. IV. No. 2395.

Kinderwagen, Puppenwagen,
 Sport-, Kasten u. Leiterwagen.
 Serkellbare Kinderstühle.
 Kindermöbel u. Puppenmöbel.
 Allerhöchster Lager Deutschlands in Reife, Kinderwagen.
 Für Wiederverkäufer beste und billigste Bezugsquelle.
B. Teschke (4 eigene Geschäfte)
 Hauptgeschäft: Rosenthalerstrasse 40, I. (am Godefroy Markt, nahe Bahnhof Börse).
 41992*

Dr. Thompson's Seifenpulver
 ist das beste
 und im Gebrauch billigste und bequemste
Waschmittel der Welt.

Metzner's Korbwaaren-Fabrik.
 Berlin, Andreestr. 23, vis-à-vis dem Andreeplatz.
 II. Geschäft: Brunnenstr. 95, vis-à-vis Humboldt.
 III. Geschäft: Beusselstr. 67 (Moabit).
 IV. Geschäft: Leipzigerstrasse (Zwischen Rosenthaler).
Kinderwagen, größtes Lager Berlins.
1000 Mark zahle ich jedem, der mir in Berlin ein größeres Kinderwagen-Lager als das meinige nachweist.
 40349*

Möbel und Polsterwaaren Franz Tutzauer,
 Tischlermeister, Berlin SW., Blücherstr. 14.
 Vorthellhafteste Bezugsquelle. Grösste Auswahl.
Uhren, Gold-, Silber- und Alferidewaaren
Reinh. Wankel
 Brunnenstrasse 163,
 an der Anklamerstrasse.
Passende Einsegnungsgeschenke.
 Beste Fabrikate. Billigste Preise.

Berliner Stadtbrauerei
 Berlin N. Seltortler Strasse 4. Telephone Amt III. Nr. 8884
 Wir empfehlen den Herren Gastwirthen unser kräftig eingebrautes, vorzügliches
Bock-Bier zum Preise von 25 Mark pro Tonne.
Goldfarbiges Lagerbier zum Preise v. 20 Mark pro Tonne.
 (sowie unser
Pilsener Bier zum Preise von 24 Mark pro Tonne.
 Dem Original-Pilsener durch- aus gleichwertig.
 inclusive Spundgeld

Baer Sohn

24a Chausseestrasse 24a. 11 Brückenstrasse 11.
 16 Gr. Frankfurterstr. 16.

Fabrikation im grossen Maassstabe.

Streng feste, sehr billige, in Zahlen gezeichnete Preise.

Einsegnungs-Anzüge!

Jeder Käufer eines Einsegnungs-Anzuges erhält ein elegantes Stammbuch umsonst.

Diagonal und glatt Cheviots. Je nach Grösse und Qualität. 18,- 15,- 12,- 9 Mk. 50	Satin und Kammgarn-Cheviots. Je nach Grösse und Qualität. 24,- 18,- 15,- 12 Mk. 50	Kammgarn- und Tuch-Arten. Je nach Grösse und Qualität. 27,- 24,- 21,- 18 Mk.	Elegante Kammgarn- in sehr feiner Verarbeitung. Je nach Grösse und Qualität. 30,- 27,- 24,- 21 Mk.
---	--	--	--

Moderne Maass-Anfertigung
 bei ausserordentlich reichhaltigem Stofflager, zu sehr mässigen Preisen, unter Leitung eigener erster Meister. — Hochmoderne Façons. — Chiker Schnitt. — Tadelloser Sitz.
 Einfacher, mittlerer und sehr vornehmer Geschmack.

HERREN- u. KNABEN-Bekleidung.

Gegen Erkältung, Nicht und Rheumatismus.
Loh-Tannin-, Heisstrockenluft- und Dampf-Kastenbäder
 mit Verpackung, Massage.
Ritter-Bad, Bad Frankfurt,
 18 Ritterstr. 18 (Ecke Prinzenstr.) 136 Gr. Frankfurterstr. 136.
 Bäderlieferung für sämtliche Krankenhäuser Berlins und Umgegend.

Echtes AUER-Licht

Deutsche Reichspatente No. 39 162, 41 945, 44 016, 74 745, 43 199.
 Der Preis der Glühkörper beträgt jetzt
1 Mark
 Brenner mit Glühkörper und Cylinder **5 Mark.**
Juwel-Brenner,
 ein kleinerer Apparat, besonders geeignet für kleinere Räume, Treppen, Corridore, Küchen, Kronleuchter;
die billigste Beleuchtung, die existirt.
 Preis des Brenners mit Glühkörper und Cylinder
3 Mark 50 Pf.
 Einzelne Juwel-Glühkörper **75 Pfennig.**
Deutsche Gasglühlicht Aktiengesellschaft
 BERLIN C. Molkenmarkt 5.
 Verkaufsstellen in allen Stadttheilen.

COHN'S Festsäle, Beuthstrasse 19-22.
 Im April und Mai sind noch einige Sonnabende und Sonntage unter sehr kouranten Bedingungen zu vergeben; ausserdem empfehle meine renovirten Festsäle zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art

Trauringe reelle Tafeln, ge- resp. 980. 2 Tafel. 22,50 Mark. 1 1/2 Tafel. 17,50 Mark. Kronen- gold gestemp. 900. 7 Gramm 20,50 Mark. 5 1/2 Gramm 15,50 Mark. Alle anderen Goldsachen ebenso reell. (336b) Hugo Lemcke, Auguststr. 91. an d. Oranienburgerstr. Gebr. 1840.

Möbel vollständige Wohnungs-Einrichtungen von 250 Mark an, sowie Einzelstücke zu den billigsten Preisen. 42859* Wilhelm Lambrecht, Zimeustr. 19.

Eleg. Masken-Anzüge für Damen und Herren herzustellen überst billig
Carl Hanke (Kulicke), Buchhändler, Oranienstr. 157, II.

Roh-Tabak
 Billigste Preise 40302*
Max Jacoby
 Streilitzerstrasse Nr. 52.
Rohtabak
 Grösste Auswahl! Billigste Preise!
 Guter Brand! Vorzügliche Qualität!
 Sämtliche
Fabrikations-Unterjilien.
 (Neue Formen, sehr gr. Ausw. & 1.40 Mark.) Man verlange Preis-Verzeichniss. 40812*
Heinrich Graud,
 Nr. 185, Brunnenstr. Nr. 185

Roh-Tabak.
 Grösste Auswahl. — Billigste Preise
P. E. Platt & Söhne,
 Brunnenstr. 197 (am Rosenthaler Thor), 40299*
 ab 1. April 1898 Brunnenstr. 16, Hof pt.

Roh-Tabak
 en gros. en détail.
Zeun & Ellrich
 Rheinsbergerstr. 67, nahe Brunnenstr.

Möbel auf Theilzahlung
 J. Ostrowski jr.
 Grasse 11
 Hauptgeschäft: Nr. 11

Bruch bandagen
 aller Art, Leibbinden, Spritzen, Suspendorien aller Größen, Unterlagelöffel, Verbandstoffe, sowie alle Artikel zur Krankenpflege empfohlen.
J. Ch. Pollmann, Bandagist,
 30. Linienstrasse 30.
 Eigene Werkstatt.
 25jähr. prakt. Erfahrungen. Lieferant sämtl. Orts- u. Hilfs-Krankenhäusern.

Zähne v. Mt. 2 an eventuell Theilzahl.
Frau Olga Jacobson
 61/19* Zubalidenstr. 145.

Dr. Lehrich,
 Spezialarzt f. Haut u. Harub.,
 Weingeshwüre und Lupus.
 An der Stadtbahn 24,
 (am Bahnhof Alexanderplatz.)
 Sprechst. 9-12 und 3-6.
 Freitag's keine. 40819*
 Poliklinik: Montag, 9-10 1/2
 Donnerstag, 9-10 1/2

Dr. Simmel Horitzplatz,
 I. Haus v. Aschinger
 2 Treppen rechts.
 Spezialarzt f. Haut u. Harubiden.
 10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4.

Unfallkassen, Klagen, Eingaben
Patzger, Steglitzerstr. 65.
 Künstl. Zähne gegen bequeme billige Theilzahlung. Schmerzlose Zahnoperationen. Elfenbeinstr. 92 (Rosenthaler Th.) Sprechst. Freitag's 9-12, 3-5 Zahnärztler Herold, ehem. Assistent in Wien, Berlin, Stuttgart etc.

Möbel auf Theilzahlung.
 Neue
J. Kellermann, Jakobstr. 26.

Cognac
 selber zu machen.
 Man nehme 1 Originalflasche
Reichel's Cognac-Essenz
 für 75 Pfg., 1 Liter feinsten Weingeist (Spiritus vini) für 1 Mark 1.40 und 1 1/2 Liter Wasser. Die Mischung ergibt ein reines, gesundes, wohlbedimmliches Getränk von vollem, herrlichem Bouquet und höchstem Geschmack, welches durch Lager edtem Cognac vollständig gleicht.
 Es giebt Nachahmungen, welche Cognac in nichts gleichen als in der Farbe und nur Wirthschaften erregen. Tausendfach erprobt und anerkannt ist nur die unübertreffbare, unvergleichliche
Reichel's Cognac-Essenz,
 welche echt einzig und allein nur direkt erhältlich ist bei **Otto Reichel,** Eisenbahnstr. 4. Fernspr. Nr. 4, 3100. Verkaufsstellen nirgends. Jede Bestellung frei Haus. Die Selbstbereitung von Rum, Arac, Nordhäuser und sämtlichen Liqueuren mit dem geschildert geschützten Combinirten Original-Reichel-Essenz. Prospekte mit Rezepten gratis und franco.

Möbel
 verkaufen gewesene und neue, haarend billig. Theilzahlung gestattet. Beamtens ohne Anzahlung. 40559*
Neue Königstr. 59
II. Gneisenaustr. 15.

Patente
 ERICH PEYER & CO. JOSEPH BERLIN
 ERICH PEYER & CO. JOSEPH BERLIN
 ERICH PEYER & CO. JOSEPH BERLIN